

Die Politische Meinung

FRANKREICH

—
Vor der Wahl

ZUM SCHWERPUNKT Günter Müchler, Wohin steuert Frankreich und mit wem?;
Claire Demesmay, Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Brexit;
Gilles Kepel, Motive, Entwicklung und Ziele des Dschihadismus

INTERVIEW Gesicht zeigen! Julia Klöckner über die Debatte um das
Vollverschleierungsverbot

INAUGURATION Frank Priess, Folgen und Folgerungen aus der US-Wahl

NACHRUF Hans-Gert Pöttering zum Tode von Roman Herzog

MARTIN LUTHER – STREITBAR UND UMSTRITTEN

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

DEBATTEN ZU 500 JAHREN REFORMATION

MIT BEITRÄGEN U. A. VON **PETRA BAHR, HEINRICH BEDFORD-STROHM, GÜNTHER BECKSTEIN, WOLFGANG BÖHMER, UDO DI FABIO, UTE GAUSE, CHRISTOPH KÄHLER, THOMAS KAUFMANN, WOLF KRÖTKE, CHRISTINE LIEBERKNECHT, ANGELA MERKEL, HANS MAIER, CHARLOTTE KNOBLOCH, JERRY PILLAY, KLÁRA TARR CSELOVSZKY, DOROTHEA WENDEBOURG, JOACHIM WANKE, MUNIB A. YOUNAN**



ERHÄLTlich
IM ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL, PER E-MAIL
ODER PER POST *

Katholiken und Protestanten stehen vor der Aufgabe, ausgerechnet dort nach Gemeinsamkeiten zu suchen, wo ihre Trennung vor 500 Jahren begann. Noch dazu bleibt die Gestalt Martin Luthers ein Stein des Anstoßes. Gediogene Festtagsroutine darf beim Reformationsjubiläum 2017 nicht aufkommen, die wunden Punkte bedürfen einer kritischen Auseinandersetzung.

November 2016
5 Euro

* Bestellung per Mail: pia.grundheber@kas.de
Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Ist das der Mann, der uns vor dem nächsten bösen Erwachen bewahrt? Wenige Tage, nachdem Theresa May einen harten Bruch mit der Europäischen Union angekündigt und Donald Trump unter fortgesetztem Poltern das Amt des US-Präsidenten übernommen hatte, besuchte der französische Präsidentschaftskandidat François Fillon die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Am 23. April und 7. Mai 2017 wählen die Franzosen. Bis vor kurzem sah es so aus, als habe Fillon die besten Chancen. Vor Bekanntwerden der „Penelope“-Vorwürfe hat ihn eine deutsche Zeitung sogar zum „Albtraum des Front National“ ausgerufen, vor dem Marine Le Pen zittern müsse.

Dem ersten Anschein nach betritt an diesem Abend kein Heiliger Georg das Auditorium. Ohne viel Aufhebens lässt sich Fillon zu seinem Platz geleiten. Gutmütig blickt er während der Begrüßungsansprache zum Rednerpult hinauf. Er komme als Gaullist, bekennt er eingangs seiner Rede. Vom mitreißenden Pathos seines großen politischen Ahnherrn leuchtet danach nur selten etwas auf. Die Zeiten sind andere geworden: Deutsch-französischer und europäischer Frühling – das war einmal.

Nicht der Auftritt, die Botschaft ist dramatisch: Er wolle ein Alarmzeichen setzen, die Europäer wachrütteln: „Wir müssen unseren Platz in der Welt verteidigen oder wir werden verschwinden.“ Schwerverdauliches mutet er seinen deutschen Zuhörern zu: Frankreich werde nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen; zugleich fordert er europäische Verteilungsmechanismen; das Konzept eines Kerneuropas scheint in seinen Ausführungen zur Eurozone auf; eine deutlichere Positionierung gegenüber den USA vor allem in Handelsfragen, verbesserte Beziehungen zu Russland sind seine Ziele ...

Wenn alles gut geht, dann wird es schwierig, lautet die Quintessenz dieses Abends – rund drei Monate vor den französischen und acht Monate vor den deutschen Wahlen. Die bequeme Selbstverständlichkeit der deutsch-französischen und europäischen Partnerschaft hat sich verbraucht und benötigt einen neuen Energieschub. So sehr man sich den Sieg eines europafreundlichen Präsidentschaftskandidaten in Frankreich herbeisehnen muss, er wäre nicht viel mehr als ein Etappensieg. Die Kassandrarufer dieses „europäischen Schicksalswahljahrs“ sollten uns über die Wahltage hinaus Motivation genug sein.

Das Jahr 2017 hat mit vielen Veränderungen begonnen – im Großen wie im Kleinen: Mit der vorliegenden Ausgabe verabschiedet sich unsere Redakteurin Rita Anna Tüpper von den Leserinnen und Lesern der Politischen Meinung. Herausgeber und Redaktion bedanken sich für ein über fünfzehnjähriges Engagement.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Frankreich – vor der Wahl

12 ALLES OFFEN

Günter Mächler

Wohin steuert Frankreich und mit wem?

19 DIE KINDER DER REVOLUTION HADERN MIT REFORMEN

Thomas Hanke

Frankreich fallen wirtschaftliche und politische Veränderungen schwer

25 EINE KONSERVATIVE REVOLUTION?

Nino Galetti, Nele Wissmann

Das Wahlprogramm François Fillons

31 FÜR EINEN NEUANFANG

Jürgen Rüttgers

Was Frankreich und Deutschland gegen die Desintegration Europas tun müssen

36 TANDEM FÜR DREI

Claire Demesmay

Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Brexit

47 MEHR DAMPF FÜR DIE KONSENSMASCHINE

Andreas Jung

Frankreich und Deutschland in der europäischen Krise nach dem Brexit

51 SPOTLIGHTS ERWARTUNGEN AN DIE GRANDE NATION

Einschätzungen aus vier Ländern

64 WIE HÄLTST DU'S MIT DER RELIGION?

Janine Ziegler

Laizität und religiöse Wirklichkeit

72 UNSERE VORFAHREN, DIE GALLIER?

Benedict Göbel

Was Deutschland aus der integrationspolitischen Debatte in Frankreich lernen kann

83 TÖDLICHES PROGRAMM

Gilles Kepel

Motive, Entwicklung und Ziele des Dschihadismus

89 REAKTIONEN AUF DEN ISLAMISTISCHEN TERROR

Thorsten Müller

Deutsch-französische Unterschiede trotz gemeinsamer Bedrohungslage

95 DEBATTEN UM VERHÜLLUNG

Barbara Vinken

Der Burkini aus der Perspektive der Modeforschung

Interview

42 DIE EUROPÄISCHE DIMENSION DER INNENPOLITIK

Stephan Toscani über Grenzregionen als Laboratorien der europäischen Idee

58 „ALLES FLIEGT IN STÜCKE, NUR DER ISLAM BLEIBT HEIL“

Samuel Schirmbeck im Gespräch mit Norbert Seitz über das Versagen von Linken in der Islamismusdebatte

100 GESICHT ZEIGEN!

Julia Klöckner über Konsequenzen aus dem Anschlag in Berlin und die Bedeutung der Debatte um die Vollverschleierung

Gelesen

78 SCHREIBEN ÜBER DEN AUSNAHMEZUSTAND

Michael Braun

Die Sicht Gila Lustigers und Michel Houellebecqs

Wahl des US-Präsidenten

105 TRUMPS FATALER TRIUMPH

Stephan Eisel

Eine Analyse zur Wahl des neuen US-Präsidenten

111 „MAKE EUROPE STRONG AGAIN!“

Frank Priess

Folgen und Folgerungen aus der US-Wahl

Nachruf

117 „DIENST AM MENSCHEN, DIENST AN DER GEMEINSCHAFT“

Norbert Lammert

In memoriam Peter Hintze

120 DER STIFTUNG AUF DAS ENGSTE VERBUNDEN

Hans-Gert Pöttering

Zum Tode von Roman Herzog

Aus der Stiftung

123 ORTE DER ERINNERUNG

Gerhard Wahlers

Der Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bewahrung jüdischen Kulturguts in Osteuropa

126 FUNDSTÜCK



Aux armes, citoyens! – Zu den Waffen, Bürger?

Porträts des französischen Fotokünstlers Charles Fréger

Nichts illustriert die Wahrnehmungsunterschiede zwischen Franzosen und Deutschen besser als die jeweilige Sicht auf die Streitkräfte. Während sich die französische Republik an jedem 14. Juli mit einer großen Militärparade feiert, sind wir Deutschen – nach maßlosem Säbelrasseln – peinlich darauf bedacht, Nationalidee und Wehrgedanken sorgsam voneinander zu trennen.

Mancher bei uns kann sich inzwischen über den militärischen Pomp unserer Nachbarn nur noch wundern, wie aber soll man es einem Franzosen erklären, dass bei unserer zentralen Einheitsfeier am 3. Oktober 1999 der Kinderliedbarde Rolf Zuckowski – laut damaligem Fernsehkommentar bekannt für Titel wie „Stups, der kleine Osterhase“, „Wie schön, dass du geboren bist“ und „Weihnachtsbäckerei“ – den musikalischen Kulminationspunkt setzte?

Charles Fréger zeigt Menschen in Uniformen – hier der Republikanischen Garde, Fremdenlegion und französischen Marine. Es sind Porträts, wie sie ein deutscher Fotograf wohl nie so entwerfen würde: unbefangen im Umgang mit militärischer Repräsentation, fernab von Sachlichkeit.

Die Bilder spielen mit dem Thema von Uniformität und Individualität und wirken dabei so theatralisch, dass die Ernsthaftigkeit des Militärischen entgleitet.

Charles Frégers Porträts zeigen, dass es nicht unbedingt zu einem Verlust an Persönlichkeit führt, wenn man sich nach außen hin um eine gemeinsame Form bemüht. Geht es nicht auf ganz anderen Ebenen aktuell genau darum – beispielsweise auf der europäischen?

Quelle: Charles Fréger
aus den Serien „Outremer“, 2011–2013 und „Empire“, 2004–2007

Frankreich

Vor der Wahl

Ständig aktuelle Berichte und Informationen:
www.kas.de/frankreich







Alles offen

—
Wohin steuert Frankreich und mit wem?

GÜNTER MÜCHLER

Geboren 1946 in Wuppertal, Historiker und Politikwissenschaftler, von Mai 2004 bis Ende August 2011 Programmdirektor von Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur und DRadio Wissen. Die letzten Jahre lebte Müchler in Frankreich.

Frankreich leidet. Heimgesucht von verheerenden Terroranschlägen, paralysiert von wirtschaftlicher Stagnation und Massenarbeitslosigkeit, wird man die Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des französischen Modells nicht mehr los. Das Land ist mit sich selbst beschäftigt wie seit dem Algerienkrieg nicht mehr.

Mit Tunnelblick sehen viele Franzosen mittlerweile in der Le-Pen-Bewegung den einzigen Ausweg aus der Krise. Was sie in die Arme des Front National (FN) treibt, sind nicht ausschließlich Überzeugung oder Enthusiasmus, sondern Trotz und Fatalismus. Nur der FN verspricht, was sie vage erwarten: dass alles anders wird.

Das Selbstvertrauen der von Marine Le Pen geführten Rechtspopulisten wurde durch zwischenzeitliche Vorkommnisse im angloamerikanischen Raum (Trump, Brexit) noch einmal gestärkt. (Dabei wird allzu gern vergessen, dass es auch Populisten linker Provenienz in Europa gibt, siehe die griechische Syriza und die italienische Fünf-Sterne-Bewegung des Beppe Grillo). Mit Wohlgefallen verfolgt man an der FN-Spitze auch das Wachstum der deutschen Populistenspezies. Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sandten führende Frontisten den „Patrioten von der AfD“ herzliche Glückwünsche. Im Entstehen begriffen ist, aller Logik widerstreitend, eine Internationale der Nationalisten, deren Amalgam Demokratieverachtung und autoritärer Führungsstil sind. Man kennt sich, man hilft sich. Die Liquidität des FN wird gestützt durch einen Elf-Millionen-Kredit aus Putins Russland.

„KAPITÄN EINES TRETBOOTS“

Für die mediengewandte FN-Parteivorsitzende Marine Le Pen waren die letzten Jahre reinstes Doping. Unter den Sozialisten ist in Frankreich nichts vorgekommen, keine der großen Reformblockaden wurde aufgelöst. Hinzu kam, dass der aktuelle Hausherr im Élysée, François Hollande, die auf das Establishment bezogene Untauglichkeitsvermutung nicht widerlegte. Hollande erholte sich von dem früh erreichten Sympathietief nie. Trotz aller Anstrengungen gelang es ihm nicht, als Steuermann der Nation wahrgenommen zu werden, er blieb nur „Kapitän eines Tretboots“. Dieses Etikett hingte ihm keineswegs ein bürgerlicher Unhold an, sondern der Genosse Jean-Luc Mélenchon, der mit Oskar Lafontaine befreundete Führer des Front de Gauche.

Weil so viel auf Baisse lief, lief es gut für die Regisseure des FN. Der Punkt auf dem „i“ wäre für sie gewesen, wenn sich für die im April anstehende Präsidentschaftswahl ein Remake des Duells von 2012 gefügt hätte. Bei dieser Versuchsanordnung von Hollande gegen Sarkozy hätte Marine Le Pen realistische Chancen gehabt, als Siegerin aus dem ersten Wahlgang hervorzugehen, und wer weiß, was dann. Doch dazu wird es nicht kommen. Die Vorwahlen bei den Konservativen machten Nicolas Sarkozy und mit ihm Marine Le Pen einen Strich durch die Rechnung.

Die Vorwahlen (*primaires*) waren Schritt Numero zwei im ohne viel Optimismus gestarteten Erneuerungsprozess der republikanischen Rechten. Begonnen hatte er mit der Umbenennung der Partei. Aus der Union pour un Mouvement Populaire (UMP, „Union für eine Volksbewegung“) wurden Les Républicains (LR, „Die Republikaner“). In Frankreich, wo die Verpackung nicht bloß in der Patisserie eine große Rolle spielt und wo die Parteien, im Unterschied zu Deutschland, ohne die Gravität einer Lebensgemeinschaft

von der Wiege bis zu Bahre auftreten, sind Änderungen im Design nicht unüblich. Allerdings bescherte die „Umtopfung“ den *Républicains* keine nennenswerte Schubkraft. Anders die *primaires*: Sie waren vor allem aufgrund der Offenheit – abstimmen durften nicht nur Parteimitglieder, zur Teilnahme genügte die Unterschrift unter eine „Charta des Wechsels“ und zwei Euro Gebühr – ein mit großer Publizität verfolgtes Wagnis.

Die Republikaner bestanden das Demokratieexperiment mit Auszeichnung. Mehr als vier Millionen Französinen und Franzosen beteiligten sich an der Auslese unter sieben Kandidaten. Die hohe Partizipation hatte sicher mit der nicht grundlosen Erwartung, man werde auf diese Weise aktiv an der Kreation des künftigen Staatspräsidenten mitwirken, zu tun. Drei TV-Debatten der Bewerber vor und zwischen den Wahlgängen mobilisierten zusätzlich. Ins Auge fiel, dass bei den kämpferischen und zugleich weitgehend sachlich geführten Debatten die Klärung inhaltlicher Positionen nicht zu kurz kam. Man konnte sich eine Meinung bilden und erlebte mit, dass demokratischer Wettbewerb auch anders geht als von Trump und Clinton vorgeführt.

WAHLPROGNOSEN UND PFERDEWETTEN

Die faustdicke Überraschung des ersten Wahlgangs war die von niemandem vorhergesagte klare Distanzierung Nicolas Sarkozys (nach dem Sieg der *Brexiter* über die *Reminders* und der gleichfalls scheinbar vom Himmel gefallenen Niederlage Hillary Clintons gegen Donald Trump ist spätestens jetzt die Frage erlaubt, was Wahlprognosen noch von Pferdewetten unterscheidet). Man hatte Sarkozy schon allein wegen der Beherrschung des Parteiapparats eine Kandidatur bei der Stichwahl zugetraut. Indessen scheiterte der Ex-Präsident schon im Ansatz bei dem Versuch, es dem aus der Verbannung von Elba ausgebrochenen Napoleon gleichzutun und Frankreich zurückzuerobern. Besonders schmerzlich war für ihn, dass er vor seinem ehemaligen Premierminister die Waffen strecken musste.

Der Kanterieg Fillons über Sarkozy war nicht die einzige Überraschung. Monatelang hatte Alain Juppé als haushoher Favorit bei den Konservativen gegolten. Juppé pflegte den Stil, der normalerweise in der politischen Mitte gut ankommt: moderat, ohne allzu viele Kanten, auf Sammlung berechnet. „Rassemblement“ besitzt im französischen Politikspeech den Klang eines Zauberworts. Dagegen warb Fillon mit einem entschiedenen Reformprogramm für sich: Abschaffung der 35-Stunden-Woche, Renteneintritt mit 65, Reduzierung des überdimensionierten öffentlichen Dienstes um 500.000 Stellen, Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent und andere Einschnitte. In Deutschland würde man dieses Programm nicht unbedingt ultraliberal nennen. In Frankreich dagegen sicherte es Fillon eine Titelseite

in der linken Tageszeitung *Libération*, die ihn mit Perücke als gallisches Double Margaret Thatchers zeigte. Aber nicht Juppé setzte sich durch, sondern Fillon.

„CATHO-RÉAC“

Der Wertkonservative führte eine mutige innerparteiliche Kampagne und wurde dafür belohnt. Er punktete auch damit, dass er sich zur Provinz und zum Katholizismus bekannte. Weder die eine noch die andere Verbindung ist in Frankreich ein garantierter Erfolgsbringer. Zwar ist „Paris“ in *la France profonde*, dem bodenständigen Frankreich, noch nie beliebt gewesen, doch in aller Regel gingen die Aufstände gegen die Zentrale furchtbar daneben – so während der Revolution, als die Girondisten gegen die „Bergpartei“ Robespierres putschten und dafür unter die Guillotine kamen. Und katholisch? Auch in diesem Punkt hat sich seit der Revolution nicht schrecklich viel geändert. Die Elite gibt sich antiklerikal. Wer das nicht tut, findet sich rasch als „catho-réac“ verortet, was im links-grünen Navigationssystem gleichbedeutend ist mit einem Kreis der Hölle, in dem sonst nur noch die Islamisten hausen. Die im Kulturkampf unterlegenen Katholiken zeigen denn auch politisch in aller Regel nur ein schwaches Profil. Erst bei den landesweiten Demonstrationen gegen die Homo-Ehe gaben sie ein Lebenszeichen von sich.

Was Fillon bei den Vorwahlen zweifellos half, war sein „Selfie“ als Kandidat der Rechtschaffenheit. Damit setzte er einen Kontrapunkt gegen Sarkozy, den ewig Skandalumwitterten. Umso furchtbarer trafen Fillons Anhang die Vorwürfe des *Canard Enchaîné*, dass der ehemalige Ministerpräsident seine Ehefrau Penelope jahrelang auf Staatskosten als Assistentin beschäftigt haben soll, und dies, ohne dass die gebürtige Engländerin eine nennenswerte Gegenleistung erbracht habe (bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war die juristische Aufarbeitung von „Penelope-Gate“ noch nicht abgeschlossen).

EMMANUEL MACRON

Von einer Entzauberung Fillons als Saubermann könnte neben Marine Le Pen Emmanuel Macron profitieren. Der 39-jährige frühere Investmentbanker, der sich rechtzeitig als Wirtschaftsminister Hollandes aus dem Staub machte, ist bis jetzt der Shootingstar des Präsidentschaftswahlkampfes. Praktisch aus dem Nichts aufgetaucht, hat die von Macron gegründete Bewegung „En marche“ mehr registrierte Anhänger gewonnen, als die Sozialisten besitzen. Vor allem bei jungen Leuten und in der politischen Mitte, die in Frankreich üblicherweise schwach ausgebildet ist, kommt Macron gut an. Wirtschaftspolitisch denkt er liberal, unter allen Kandidaten ist er wohl der am stärksten

europäisch profilierte. In seiner geschickt geführten Imagekampagne figuriert er als der Mann, der die Hoffnung der Franzosen auf Veränderung verkörpert.

Am wenigsten entsprechen dieser Hoffnung die Sozialisten. Mutlos und uninspiriert erscheinen sie als Inkarnation des verknöcherten Status quo. Das gilt auch für Benoît Hamon, mit dem die Sozialisten in den Präsidentschaftswahlkampf ziehen. 750 Euro soll jeder Franzose als Mindesteinkommen erhalten, ohne dafür einen Finger zu krümmen, verspricht Hamon. Und die Regeln des Maastricht-Vertrags? Sie interessieren bei den Sozialisten weniger als der Schnee von gestern. Hamon warf bei den *primaires* Manuel Valls aus dem Rennen. Diesem wurde zum Verhängnis, dass er als langjähriger Regierungschef Hollandes dem Schatten des glücklosen Präsidenten nicht entinnen konnte. Als *sous-capitaine* eines sinkenden Tretboots war er chancenlos.

ABSTIEG OHNE BEISPIEL

Drei Monate vor der Wahl sehen die Sozialisten wie die sicheren Verlierer aus. Der Abstieg ist ohne Beispiel. Vor fünf Jahren kannte die politische Landkarte Frankreichs nur die Farbe Rot. In der *Assemblée nationale*, in den großen Städten, in den Regionen und den Departements besaß der Parti Socialiste (PS) die Mehrheit. Es schienen die Weichen für ein Jahrzehnt linker Hegemonie gestellt.

Aber die Entwicklung verlief ganz anders. Die Sozialisten kamen nie in Tritt. Seit 2012 verloren sie alles, was zu verlieren war. Die eigene Kraft hatte gerade gereicht, Sarkozy aus dem Amt zu drängen. Weiter trug sie nicht. Das soziale Modell sollte nicht angetastet werden. Darin war sich der Präsident mit seiner Partei einig. Die Strukturkrise, in der Frankreich steckt, wurde zunächst rundweg geleugnet, obwohl die Alarmglocken schrillten. Als François Hollande die Torheit einsah, war es schon zu spät. Zu spät, zu schwankend, zu halbherzig – nach diesem Muster gestaltete sich seine ganze Amtszeit. Zuerst verprellte er die „Finanzen“, dann die gewerkschaftlichen Traditionsunternehmen. Hinzu kam, dass Hollande der selbst gestellten und nicht besonders ehrgeizigen Zielsetzung, ein „normaler Präsident“ zu sein, privatim ganz und gar nicht entsprach. Durch erotische Eskapaden und die eigentümliche Neigung, sein Innerstes ins Schaufenster zu stellen – zuletzt in Gestalt einer von ihm geförderten Buchveröffentlichung mit dem entlarvenden Titel *Un président ne devrait pas dire ça* („So darf ein Präsident nicht reden“) –, betrieb er systematisch Selbstdemontage.

Hollande hat die ökonomischen Probleme, an denen das Land krankt, nicht geschaffen. Aber er hat zu wenig getan, sie zu lindern. Die Arbeitslosigkeit hat unter ihm noch einmal zugenommen. Bei den Jüngeren verharrt sie mit 25 Prozent auf einem staatsgefährdenden Niveau. Bürokratie und hohe

Abgabenlast drücken der Wirtschaft weiterhin die Luft ab. Bei der Defizitbekämpfung bevorzugte man massive Steuererhöhungen, denen keine vergleichbaren Leistungskürzungen gegenüberstanden. Die Folge ist, dass Brüssel Paris ein weiteres Mal Absolution erteilen muss, was der von allen guten Geistern verlassene Kommissionspräsident Juncker mit dem Argument, es handele sich schließlich um Frankreich, bereits getan hat.

Um von ausbleibenden Fortschritten im innenpolitischen Kernbereich abzulenken, verlegte sich Hollande auf die Außenpolitik. Die Veränderung im Fokus hatte auch damit zu tun, dass im Verständnis des Präsidenten der „Islamische Staat“ (IS) Frankreich den Krieg erklärt hatte. Tatsächlich wurde kein Land in Europa von den Fünften Kolonnen des IS dermaßen heimgesucht wie Frankreich. Die Reaktion Hollandes war entschieden. Der Präsident und seine Regierung taten, was sie tun konnten. Schmerzlich ist jedoch die Erkenntnis, dass Frankreich seine Migrationsprobleme keineswegs so klug gemeistert hat, wie man es sich gerade im linken Spektrum lange Zeit einge-redet hatte. Die in der Idee der „nation une et indivisible“ (der „einen und unteilbaren Nation“) gründende Assimilationsstrategie (statt Integration) hat, in ähnlicher Weise wie die sterile Fuchtel des Laizismus, das Entstehen von Apartheidverhältnissen (so Ex-Ministerpräsident Manuel Valls) in der Banlieue eher noch begünstigt. Das Burkiniverbot an den Stränden der Côte d’Azur hat nicht zur Entkrampfung beigetragen und unterstreicht nur die Tatsache, dass der Grat zwischen dem Rationalistischen und dem Ridikülen schmal ist.

WEICHPÜLEN ALS METHODE

Fest steht: In der Konkurrenz um den Einzug in den Élysée-Palast haben die Sozialisten momentan die rote Laterne. Die Konservativen stehen in der Poleposition, die ihr Kandidat allerdings verspielen könnte. Zahlreich sind die Fragezeichen. Prognosen sollte man nicht allzu viel Vertrauen schenken. Kann Emmanuel Macron seinen Höhenflug fortsetzen? Und was ist mit Marine Le Pen? Die FN-Vorsitzende hat den Parcours der vergangenen fünf Jahre fast fehlerfrei durchlaufen. Ihren Vater und Parteigründer Jean-Marie Le Pen hat sie ausgebootet und damit die Anmutung der Bewegung nicht unwesentlich verändert. Geblieben ist es bei der kompromisslosen Abschottung nach außen, der vehementen Europafeindlichkeit, der Bewunderung autoritärer Führungsgestalten wie Putin und der Rhetorik der Systemverachtung. Gebrochen hat Marine Le Pen mit den wirtschaftsfreundlichen Vorstellungen der alten FN-Generation. Auf diesem Feld haben Linksfrontisten und Kommunisten mittlerweile im FN fast einen Doppelpänger.

Die Unbedenklichkeit der Parteivorsitzenden zeigt sich unter anderem darin, dass sie sich vom Personal des FN, das immer für unappetitliche Ausfälle

gut ist, sogleich distanziert, wenn sie es für geboten hält – eine Praxis, die auch in der deutschen AfD gängig ist. Mit Blick auf die Präsidentschaftswahl hat sie erklärt: „Ich bin nicht die Kandidatin des Front National; ich bin eine Kandidatin, die vom Front National unterstützt wird.“ Weichspülen ist die Methode, mit der sie es geschafft hat, die Reichweite der Bewegung bis tief hinein in das Wählerreservoir sowohl der Konservativen wie auch der Sozialisten auszudehnen. Tatsächlich lassen einschlägige Studien den Schluss zu, dass der FN inzwischen in allen sozialen Milieus des Landes angekommen ist.

An einen Erfolg des FN mag in Berlin niemand denken. Er würde die europäische Agenda mit einem Schlag verändern. Mit einem Sieg Fillons wäre die Bundesregierung wohl am besten bedient. Für Irritation hat in Berlin allerdings die erkennbare Absicht Fillons gesorgt, an de Gaulles Schaukelpolitik zwischen Washington und Moskau anzuknüpfen. Diese Politik war schon damals nicht besonders erfolgreich. Seither hat sich die Welt gründlich verändert. Die Bipolarität gehört der Vergangenheit an. Auch das Leitbild vom Europa der Nationen wirkt – unbearbeitet – verstaubt. Die Globalisierung ist eine Tatsache, und der Standpunkt, dass Europa sich nur als Einheit behaupten wird, ist nach Trumps Einzug ins Weiße Haus noch schwerer zu entkräften. Quo vadis, Europa? Die Weichen werden im Mai in Frankreich gestellt.

Die Kinder der Revolution hadern mit Reformen

—
Frankreich fallen wirtschaftliche und politische Veränderungen schwer

THOMAS HANKE

Geboren 1954 in Wuppertal, seit Januar 2012 Korrespondent und Kommentator des „Handelsblatts“ in Paris.

Frankreich hat den Ruf, nicht reformierbar zu sein. Seine Streiks, Protestaktionen und selbst körperliche Angriffe auf Manager sind legendär. Schon mit Veränderungen am Sozial- und Arbeitsrecht, die weit hinter der Agenda 2010 von Gerhard Schröder zurückblieben, hat Präsident François Hollande 2016 lange und teils heftige Streiks und Blockaden ausgelöst. Trotzdem tritt der konservative Kandidat François Fillon nun mit einem Programm an, das er selbst „radikal“ nennt und das deutlich über alle Ansätze zu Veränderungen hinausgeht, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat. Kann er damit Erfolg haben?

Auch wenn Klischees trügerisch sind: Es ist unbestreitbar, dass unser Nachbarland spät dran ist bei der Anpassung der sozialen Demokratie an die Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft, die von Technik und

Globalisierung ausgehen. Der umverteilende Staat hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht neu ausgerichtet, sondern immer stärker aufgebläht. Für Bildung, Gesundheit, Rente, Familienpolitik gibt Frankreich wesentlich mehr aus als seine Partnerländer in der Europäischen Union (EU). Doch die Ergebnisse sind häufig bestenfalls durchschnittlich.

Das Bildungssystem Frankreichs ist im internationalen Vergleich zurückgefallen; das belegen schlechte Resultate bei den PISA-Tests und hohe Schulabbrecherquoten. Jedes Jahr verlassen offiziell mindestens 80.000 junge Franzosen – andere Statistiken sprechen von deutlich höheren Zahlen – das Schulsystem ohne Abschluss. Sie werden wahrscheinlich nie eine zufriedenstellende Beschäftigung finden.

Ihr Gesundheitswesen halten viele Franzosen für weltweit vorbildlich. Doch wer an die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland gewöhnt ist, kommt aus dem Staunen nicht heraus. In Frankreich deckt die – defizitäre – staatliche Kasse nur einen Teil der Kosten ab. Jeder Versicherte braucht eine zusätzliche Versicherung. Deren Leistungen sind sehr unterschiedlich, je nachdem, welchen Beitrag sich der Versicherte leisten kann beziehungsweise sein Arbeitgeber zuschießt. Ärmere Franzosen gehen deshalb manchmal erst gar nicht zum Arzt.

ABSURDE BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMME

Arbeitslosen zahlt die französische Arbeitslosenkasse die vielleicht weltweit höchsten und längsten Leistungen. Doch bei der Vermittlung von Menschen, die ihre Stelle verloren haben, in ein neues Beschäftigungsverhältnis versagt die Agentur „Pôle emploi“. Es gibt auch keine vernünftige Umschulung oder Weiterbildung. Arbeitslose werden in absurde Programme gesteckt, die für Beschäftigungen qualifizieren, die es teilweise seit Jahren nicht mehr gibt.

Kurz nach der Überwindung der Krise von 2008/09 hat die Arbeitslosenquote in fast allen EU-Ländern abgenommen. Frankreich bildet die Ausnahme. Bis Ende des vergangenen Jahres stieg die Erwerbslosigkeit an und hat damit das politische Schicksal von François Hollande besiegelt. Erst seit Anfang des Jahres ist ein Rückgang zu erkennen – zu spät für den Präsidenten.

Ungenügende Margen der Unternehmen durch hohe Steuer- und Abgabenbelastung haben Frankreich seit Jahren Marktanteile und in der Folge Arbeitsplätze verlieren lassen. Die Linke hat Anfang der 2000er-Jahre versucht, mit der 35-Stunden-Woche dagegenzuhalten. Die Umverteilung des knapper gewordenen Arbeitsvolumens sollte die Arbeitslosigkeit im Zaum halten, bewirkte aber das Gegenteil. Die Konservativen trauten sich unter Nicolas Sarkozy nicht, die gesetzliche Arbeitszeit anzupassen. Hollande wagte das erst recht nicht, weil die 35-Stunden-Woche zu einer Art Heiligem Gral der Sozialisten geworden war.

SCHLUPFLÖCHER BEI DER ARBEITSZEIT

Allerdings ließ Hollande eine Reihe von Schlupflöchern bei der Arbeitszeit zu und erweiterte die Spielräume. Mit dem sogenannten Macron-Gesetz (nach dem früheren Wirtschaftsminister Emmanuel Macron, der jetzt selbst für die Präsidentschaftswahl kandidiert) wurde die Sonntagsarbeit erleichtert, womit Macron und Hollande sich den unversöhnlichen Hass der linken Gewerkschaften zugezogen haben. Das neue Arbeitsgesetz, gegen das wochenlang gestreikt wurde und das sogar zu Blockaden von Treibstoffdepots führte, hat die Festlegung der Arbeitszeit in die Verantwortung der Betriebe verlagert. Die 35-Stunden-Woche ist eine gesetzliche Referenz, doch de facto kann länger gearbeitet werden. Den Ausschlag geben nicht mehr die Gewerkschaften, sondern die Beschäftigten, zur Not per Abstimmung im Unternehmen.

Bekannt geworden ist der Fall des Smart-Werkes in Lothringen: Dort wurde vereinbart, die wöchentliche Arbeitszeit auf 39 Stunden anzuheben, die entsprechend einer 37-Stunden-Woche bezahlt wird. Veränderungen sind also möglich. Das zeigen auch die weitaus umfangreicheren Verträge zur Standortsicherung, die Peugeot-Citroën und Renault abgeschlossen haben. Sie trugen zur Senkung der Produktionskosten bei und führten zusätzlich zu höherer Auslastung und verstärkter Beschäftigungssicherheit.

Wenn das in einzelnen Unternehmen funktioniert, warum dann nicht in der ganzen Gesellschaft? Dafür gibt es viele Gründe. Die wichtigste Ursache ist wohl das Fehlen einer Tradition von sozialem Dialog und Kompromissen. Radikale Gewerkschaften, aber auch ein großer Teil der Arbeitgeber haben es vorgezogen, auf extremen Positionen zu beharren, statt aufeinander zuzugehen. Der eigenen Klientel konnte man dadurch suggerieren, man bleibe aufrecht und verrate die Interessen der Mitglieder nicht. Beide Seiten verfolgen eine Politik, die eher auf den Schutz der „Insider“ ausgerichtet ist als darauf, auch „Outsidern“ eine Chance zu geben. Die Löhne und vertraglichen Bedingungen der Festangestellten sollen geschützt werden. Dafür wird die Zerteilung des Arbeitsmarktes in Kauf genommen.

FÜRSTLICHE LOHNERHÖHUNGEN

Unternehmen erkaufen sich die Ruhe im eigenen Betrieb mit teils fürstlichen Lohnerhöhungen. Diejenigen Angestellten, die dann entlassen werden, weil sie die für hohe Löhne nötige Produktivität nicht leisten, interessieren nur wenig: Um sie soll sich die staatliche Sozialpolitik kümmern. Verhandlungen zwischen „Patrons“ und Gewerkschaften sind oft eine Farce. Man verhandelt zum Schein – in der Erwartung, dass der Staat entweder eine Regelung per Gesetz vornimmt oder mit Leistungen einspringt. So konnten sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht auf eine Reform der Arbeitslosenversicherung

einigen. Beide Seiten nehmen lieber ein weiteres Defizit hin, das der Staat ausgleichen soll, als sich von ihren starren Positionen zu lösen. Man hat sich an Verträge zugunsten Dritter gewöhnt.

Man muss Hollande zugutehalten, dass er versucht hat, den sozialen Dialog zu beleben. In mehreren Gesetzen hat er dafür Spielräume geschaffen. Ein Teil der Gewerkschaften, vor allem die den Sozialisten nahestehende CFDT (Confédération française démocratique du travail, Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund), setzt inzwischen auf Kooperation. Sie liegt damit interessanterweise im Trend: Bei allen vergangenen Sozialwahlen hat sie dazugewonnen, meist zugunsten der weit links angesiedelten CGT (Confédération générale du travail, Allgemeiner Gewerkschaftsbund), die früher eng mit der kommunistischen Partei verbunden war. Ohne die CFDT wäre das neue Arbeitsgesetz am Widerstand der Straße gescheitert. Dennoch bleibt es häufig bei einer Kultur des Misstrauens.

KONFRONTATION STATT KOMPROMISS

Es gibt in Frankreich wenige breite gesellschaftliche Debatten. Die Zivilgesellschaft hat wenig Einfluss. Der Staat ist omnipräsent, Entscheidungen und Anstöße kommen fast immer von oben. Man erwartet sehr viel vom Staat, reagiert aber auch schnell mit Liebesentzug, wenn der Eindruck aufkommt, man ziehe den Kürzeren. Jeder Präsident sondiert permanent die Stimmungslage. Unmassen von Geld werden für Demoskopie ausgegeben, immer in der Angst, das von oben regierte Volk könnte aufmüppig werden.

Dabei ist der Kreis derjenigen, auf die Rücksicht genommen wird, eher eng. Die Vororte (Banlieues) und die ärmeren Viertel von Großstädten sind abgehängt. Was dort geschieht, findet nur Aufmerksamkeit, wenn es zu offenen Rebellionen kommt. Große Teile der französischen Gesellschaft haben sich nun die bequeme Erklärung zurechtgelegt, die Fehlentwicklungen lägen an muslimischen Parallelgesellschaften. Dabei sind diese die Folge und nicht Ursache des Problems.

Die französische Politik schafft ein Klima, das Konfrontation statt Kompromiss begünstigt. Wer sich in Frankreich als Vertreter der Mitte bezeichnet, wird als Außenseiter und politisch chancenlos verlacht. Die Konservativen bezeichnen sich nicht als gemäßigte oder bürgerliche Mitte, sie nennen sich „rechts“. Und Sozialdemokraten wählen für sich das Etikett „links“. Das Präsidialsystem und das Mehrheitswahlrecht stärken die Fiktion, dass sich in der modernen französischen Gesellschaft wie zur Zeit der Revolution noch immer zwei Lager gegenüberstehen. Sehr viele Bürger sind dieses Maskenspiels überdrüssig, doch sie haben keinen Einfluss auf die handelnden Eliten.

Ein weiterer Grund für mangelnde Reformbereitschaft ist die französische Tradition, Ruhe mit sozialen Wohltaten zu erkaufen. Die Zahl der Sozialleistungen ist unüberschaubar geworden. Auch Bürger mit ordentlichem Einkommen oder ihre Kinder erhalten Zuschüsse für Miete oder Schulmaterial. In Paris, wo das Mietpreisniveau ungefähr dreimal so hoch ist wie in Berlin, verfügt der Staat über Tausende von Wohnungen, die nach völlig intransparenten Verfahren vergeben werden.

Viele haben sich in ihrem eigenen Biotop eingerichtet. Das ist gekoppelt mit der Befürchtung, zwangsläufig zu den Verlierern zu gehören, wenn auch nur ein Teil des Sozialsystems neu geordnet, vereinfacht oder gestrafft wird. Da Steuern und vor allem Sozialabgaben hoch sind, klammert man sich an jede bestehende Ausnahme oder Subvention. Ein Beispiel ist das Arbeitslosengeld für Mitarbeiter von Theatern und anderen Kultureinrichtungen, das oft kritisiert wird. Im Laufe der Jahre hat sich eingebürgert, dass diese Beschäftigten nur kurzfristige Verträge erhalten und den Rest des Jahres von der Arbeitslosenkasse über Wasser gehalten werden.

Ein anderes Beispiel sind die vom Rechnungshof mehrfach kritisierten Beihilfen für Film- und Fernsehproduktionen. Offiziell mit der Förderung der französischen Kultur begründet, führen sie zu einer Massenproduktion drittklassiger Filme, die fast kein Publikum finden, wenn sie überhaupt je in einem Kino gezeigt werden. Produzenten und bestimmte Schauspieler finden aber dadurch ein stattliches Auskommen.

ELEKTRISIERENDES WAHLPROGRAMM

Fillon hat den Kern der konservativen Wählerschaft mit seinem Programm elektrisiert. 39 statt 35 Stunden arbeiten lassen, das Renteneintrittsalter heraufsetzen, Leistungen der staatlichen Krankenversicherung kürzen, die Vermögensteuer abschaffen, die Mehrwertsteuer erhöhen: Das hat es ihm ermöglicht, sich von dem als „Gesundheitstee“ verspotteten Programm Alain Juppés abzuheben und seinen Konkurrenten zu schlagen. Doch ist die Forderung nach Reformen eine Sache, die Bereitschaft, sie zu ertragen, aber eine ganz andere.

1995 scheiterte Juppé mit einer tief greifenden Rentenreform. Sarkozys gemäßigte Variante kam erst gut zehn Jahre später durch. Alle Ansätze zu echten Umorientierungen bei den staatlichen Ausgaben oder zu einer kompletten Arbeitsmarktreform sind dagegen, soweit es sie überhaupt gab, sowohl von den Konservativen als auch von den Linken nach den ersten Protesten schnell wieder zurückgenommen worden.

Widerstände in der Gesellschaft existieren auch deshalb, weil der politische Diskurs hohl geworden ist. Denn es wird permanent über Reformen gesprochen. Allein Präsident Hollande hat mehrere große externe Berichte

über wirtschaftliche und soziale Reformen in Auftrag gegeben, die teils breit diskutiert wurden. Am Steuer- und Sozialsystem wird ständig herumgeschraubt. Und in der Arbeitswelt erleben die Beschäftigten hautnah den Druck der internationalen Konkurrenz. Tief greifende politische Reformen werden entweder nicht verstanden oder als Kapitulation vor der Globalisierung und zusätzliche Verunsicherung in einer Lage gefürchtet, die ohnehin von fehlenden Gewissheiten geprägt ist. Viele, die sich dadurch in die Enge getrieben fühlen, wählen aus Protest den Front National.

EIN ANDERES FRANKREICH

Neben das nur begrenzt reformierbare Frankreich, das sich zum Abstieg verdammt fühlt, tritt inzwischen ein anderes. Es ist sich der Probleme des Landes bewusst, denkt aber gleichzeitig optimistischer, ist international und veränderungsbereit. Dafür stehen die unzähligen Start-ups und auch die großen erfolgreichen Unternehmensgruppen. Ein Umdenken scheint begonnen zu haben: Demoskopen stellen fest, dass die Mehrheit der jungen Franzosen heute lieber Unternehmer werden würde anstatt Beamter, was vor einigen Jahren noch die Traumkarriere war.

Die Kandidatur des Parteilosen Emmanuel Macron und der Sieg von Expremier François Fillon bei der Vorwahl der Konservativen sind eine Folge davon. Beide stehen allerdings für sehr unterschiedliche Herangehensweisen: Fillon will in wenigen Monaten alle Veränderungen von oben anordnen, getreu der jakobinischen Tradition des Landes. Macron dagegen will soziale und wirtschaftliche Reformen mit einer Anpassung des politischen Systems an das Zeitalter der flachen Hierarchien und der Bürgerbeteiligung verbinden. Fillon hatte allen Umfragen zufolge lange die besseren Chancen. Angesichts interner Querelen um sein Programm und eines Skandals um die angeblich fiktive Beschäftigung seiner Frau sinken seit Ende Januar seine Werte, während die von Macron zulegen. Frankreichs klassische Parteien erodieren: Der Ausgang der Wahl ist vollkommen offen.

SCHWERPUNKT

Eine konservative Revolution?

—
Das Wahlprogramm François Fillons

NINO GALETTI

Geboren 1972 in Freiburg (Schweiz),
Leiter des Auslandsbüros Frankreich
der Konrad-Adenauer-Stiftung mit
Sitz in Paris.

NELE WISSMANN

Geboren 1985 in Bielefeld,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
im Auslandsbüro Frankreich
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der haushohe Sieg des „Außenseiters“ François Fillon bei den Vorwahlen der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains (LR) Ende November 2016 war eine große Überraschung. Umfragen sahen Fillon noch drei Wochen vor dem ersten Wahlgang weit abgeschlagen auf dem dritten, teilweise sogar auf dem vierten Platz. Der „Thatcher von der Sarthe“ nach dem gleichnamigen französischen Fluss und Departement –, wie ihn

französische Medien nennen, scheint mit seinem Wahlprogramm jedoch genau den Nerv der französischen Vorwahlzeit getroffen zu haben.

Fillons staatsmännische Aura, die – so schwärmen Beobachter – an den weiterhin sehr verehrten Charles de Gaulle erinnere, sei eine willkommene Abwechslung nach dem „Bling-Bling-Mandat“ von Nicolas Sarkozy und der „Nullrunde“ François Hollandes. Nicht unbedeutend ist in diesem Zusammenhang, dass das Wahlprogramm viele gaullistische Einfüsse aufweist. Drei Prioritäten hat François Fillon darin festgelegt: Die französische Wirtschaft soll einer strikten Liberalisierungskur unterzogen werden, der Staat seine Autorität zurückerlangen und die republikanischen Werte sollen in der französischen Gesellschaft gestärkt werden.

RADIKALE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

Für französische Verhältnisse sind die wirtschaftspolitischen Forderungen von Fillon geradezu radikal. Als „asozial“ und „ultraliberal“ bezeichneten die Sozialisten und Vertreter des rechtspopulistischen Front National (FN) das Wirtschaftsprogramm des Präsidentschaftskandidaten der Républicains – Fillon bringe das französische Sozialmodell in Gefahr.

Im europäischen Vergleich lesen sich Fillons Forderungen nicht wirklich revolutionär. Sollte er es als Präsident bis 2022 wirklich schaffen, die Staatsausgaben von 56 auf 49 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu drücken, wie er derzeit ankündigt, lägen sie nach heutigem Stand immer noch höher als in 21 anderen EU-Ländern. Fillon versuche nur durchzusetzen, was in Europa bereits in den vergangenen fünfzehn Jahren passiert ist, beschwichtigen denn auch Parteigrößen wie der ehemalige Minister Luc Chatel; das Programm sei durchaus mit den Reformen der Agenda 2010 des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder gleichzusetzen. Ob er mit diesem Vergleich punkten kann, bleibt jedoch fraglich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Besuch von Peter Hartz bei François Hollande im Januar 2014, der dem französischen Staatspräsidenten einen medialen „Shitstorm“ bescherte.

Fest steht hingegen, dass Frankreich dringend Reformen braucht, um die aktuelle Wirtschaftskrise zu überwinden. Den verkrusteten Strukturen hat François Fillon mit seiner Liberalisierungskur den Kampf angesagt: Insgesamt 100 Milliarden Euro möchte er während seiner Amtszeit bei den öffentlichen Ausgaben einsparen. Bis 2022 will Fillon 500.000 Stellen im öffentlichen Dienst streichen. Statt der 35-Stunden-Woche soll im öffentlichen Sektor künftig die 39-Stunden-Woche gelten. Diese Forderung soll dazu führen, dass sich auch der Privatsektor von der Erhöhung der Wochenarbeitszeit inspirieren lässt und zwischen den Sozialpartnern neue Verhandlungen angestoßen werden. Das Renteneintrittsalter will Fillon von 62 auf

65 Jahre anheben. Zur Ankurbelung der französischen Wirtschaft plant er, die Belastung der Unternehmen durch Steuer- und Sozialabgaben um rund vierzig Milliarden Euro zu senken. Auch der Vermögensteuer sagt Fillon den Kampf an. Sie soll schlichtweg abgeschafft werden, um Unternehmer wieder nach Frankreich zu locken.

POLITIK MIT DER BRECHSTANGE

Beobachter fragen sich, wie Fillon diesen ehrgeizigen Plan durchsetzen will. Erst im Frühjahr 2016 löste eine Arbeitsmarktreform in Frankreich landesweite Proteste und Streiks aus und konnte nur mit der Brechstange – konkret durch den Verfassungsartikel 49.3, der es einem Premierminister erlaubt, ein Gesetz ohne Parlamentsvotum für gültig zu erklären – durchgesetzt werden.

Tatsächlich scheint auch Fillon zu der Schlussfolgerung gekommen zu sein, dass in Frankreich vieles nur mit der Brechstange erreicht werden kann. Sein Wirtschaftsprogramm möchte er bereits in den ersten hundert Tagen seines Mandats, also spätestens bis Oktober 2017, durch ein „Einsatzkommando“ von kompetenten Ministern durchsetzen; das „gewerkschaftliche Monopol“ will er endgültig durchbrechen. Viel Hoffnung setzt der ehemalige Premierminister dabei auch auf Volksmandate, durch die er die nötige Autorität zur Durchsetzung der Reformen gewinnen möchte. Von einem Referendum über Einwanderungsquoten bis hin zur Senkung der Abgeordnetenzahl, der Zusammenlegung von Regionen und Departements und dem Ende von speziellen Regelungen im Rentensystem des öffentlichen Sektors ist die Rede. Die Liste der von ihm geplanten Referenden ist lang. Im Hinblick auf die letzten Volksabstimmungen in Europa ist jedoch Vorsicht angeraten.

In Frankreich ist in den vergangenen Monaten das Bewusstsein dafür gewachsen, dass nur tief gehende Reformen das Land wirtschaftlich retten können. Beachtenswert ist dabei, dass die starke französische Beamtenrepublik das vermeintlich radikale Reformprogramm von Fillon bei den Vorwahlen nicht abgestraft hat. Beobachter sehen die Vorwahlen deswegen auch als einen Lackmустest für die Zustimmung zu der verschriebenen Liberalisierungskur. Daraus lassen sich jedoch nur vorsichtige Prognosen für den Ausgang der wirklichen Feuerprobe ab Herbst 2017 stellen.

„BESIEGT DEN ISLAMISCHEN TOTALITARISMUS“

Im französischen Wahlkampf gehört eine Buchveröffentlichung für jeden Kandidaten zum guten Ton. Seit dem Frühjahr sind die Büchertische mit den Pamphleten der Politiker gut gefüllt. Auch Fillon bildet hier keine Ausnahme. Erstaunlich ist aber der Titel seines Buches. Kein allgemeingültiger

Wahlkampfeslogan ist auf dem Buchdeckel zu finden, sondern eine außenpolitische Forderung: *Vaincre le totalitarisme islamique*, den islamischen Totalitarismus besiegen. Aus seinem Wahlprogramm erschließt sich, dass die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus die Priorität seiner Außenpolitik sein soll.

Für Deutschland ergeben sich daraus zwei direkte Konsequenzen: Auch wenn das Wahlkampfteam Fillons in den letzten Wochen alles daran setzte, das Image Fillons als „Putin-Freund“ loszuwerden, ist eine Umkehr der französischen Russlandpolitik zu erwarten. Für Fillon ist die Zusammenarbeit mit Russland, aber auch mit dem Iran wichtig, um den Krieg in Syrien zu beenden und somit auch gezielt, so betont er in seinem Wahlprogramm, die Christen im Orient zu schützen. Die Rücknahme der Wirtschaftssanktionen ist Teil des Russlandkurses, für den Fillon wirbt und bei dem er von zahlreichen Parteifreunden unterstützt wird.

Auch wenn Fillon zwölf Milliarden Euro zusätzlich in Sicherheit, Verteidigung und den Justizbereich investieren möchte, ist es ihm ein Dorn im Auge, dass Frankreich bei Auslandseinsätzen häufig allein an vorderster Front steht. In Mali und der Zentralafrikanischen Republik brauche man, so Fillon in seinem Wahlprogramm, zumindest die finanzielle Unterstützung der europäischen Partner. Dies ist auch als deutlicher Wink an die deutsche Regierung zu verstehen, deren verteidigungspolitische Zurückhaltung Fillon bereits bei verschiedenen Gelegenheiten kritisiert hatte. „So kann das nicht weitergehen“, sagte er erst im Oktober 2016 in einem Zeitungsinterview an die deutsche Adresse.¹

Die deutliche Rüge kündigt jedoch keine „Abschaltung“ des „deutsch-französischen Motors“ an: Dieser steht für Fillon im Zentrum seiner Europapolitik, die gaullistisch geprägt ist. In seinem Wahlprogramm erwähnt Fillon mehrmals den Vorbildcharakter Deutschlands, gerade im Bereich des Arbeitsmarktes und des Ausbildungssystems.

Das Gemeinschaftsprinzip der Europäischen Union sieht der ehemalige Premierminister kritisch. Zurückkehren möchte er zu de Gaulles „Europa der Vaterländer“, also zu einer weiteren Stärkung des intergouvernementalen Handelns innerhalb der EU. Strategische Priorität sollen die Themen Energie, Landwirtschaft, Grenzschutz und Migration erhalten.

ZEITALTER DER „CAMEMBERT-RECHTEN“

Mit der Wahl Fillons zum Präsidentschaftskandidaten der *Républicains* kündigt sich in Frankreich ein konservativer Epochenwechsel an. Fillon, so scheint es, hat der schweigenden Mehrheit jenseits der Ballungsräume, der sogenannten *France profonde*, eine Stimme gegeben. Abseits der großen Bühnen der französischen Hauptstadt organisierte der Präsidentschaftskandidat

seine erste Wahlkampfveranstaltung in Chantenay-Villedieu, einer kleinen Gemeinde westlich von Le Mans, und ließ sich im Schweinestall sowie bei der Verkostung von Rillettes, einer deftigen Wurstspezialität, ablichten. Nach Sarkozys „Champagner-Rechten“, so schmunzeln französische Beobachter, sei nun das Zeitalter der traditionellen „Camembert-Rechten“ zurückgekehrt.

Der Landwirtschaft – auch hier lässt sich der gaullistische Einfluss nachweisen – widmet der ehemalige Premierminister einen zentralen Platz in seinem Wahlprogramm. Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland würde von vielen Landwirten begrüßt, denn sie machen die Sanktionen für schwere Einbußen verantwortlich. Auch der landwirtschaftliche Fokus im EU-Bereich, den Fillon angekündigt hat, geht in diese Richtung.

Die konservative Revolution, die Beobachter nun angestoßen sehen, findet jedoch vor allen Dingen im Hinblick auf die französische Laizismusdebatte statt. Während sich das Land im Sommer 2016 auf Burka- und Burkini-Debatten konzentriert hatte, fand sich das katholische Bürgertum – von Medien und Analysten relativ unbeachtet – als neue, zentrale Wählergruppe zusammen und bewies bei den Vorwahlen der LR eine erhebliche Schlagkraft. Spätestens seit der Ermordung des Priesters Jacques Hamel in Saint-Étienne-de-Rouvray (Normandie) im Sommer 2016 definieren sich auch zahlreiche „Nichtkirchengänger“ in Frankreich wieder verstärkt als Katholiken und suchen in ihrer religiösen Identität einen neuen Wertebezug.

So stieß die Forderung Fillons auf offene Ohren, dem „kämpferischen Laizismus“, der seiner Meinung nach insbesondere vom linken Lager vorangetrieben wird, Einhalt zu gebieten. François Fillon ist Vertreter eines liberalen Laizismus, den er nur dort anwenden möchte, „wo wirklich Gefahr besteht“, denn „Frankreich hat keine religiösen Probleme, sondern lediglich ein Problem im Hinblick auf den Islam“. Nicht unbeachtet blieb, dass seine Sprecherin Valérie Boyer im französischen Fernsehen deutlich sichtbar ein großes Kreuz um den Hals trug. Bisher gehörte ein gewisser Antiklerikalismus in der Politik Frankreichs zum „guten Ton“.

Fillon ist einer der wenigen französischen Politiker, die sich offen über ihren eigenen Glauben äußern. Dies spiegelt sich auch in seinem Wahlprogramm und seiner Wahlkampfstrategie wider. Bereits im Juni 2015 organisierte er ein Treffen französischer Katholiken zur Rettung der Christen im Orient. Fillon ist darüber hinaus als Unterstützer der Bewegung „La Manif pour tous“ („Die Demo für alle“) aufgefallen, die sich als Reaktion auf die seit 2013 in Frankreich geltende „Ehe für alle“ gebildet hat. Die politische Bewegung „Sens commun“ („Gesunder Menschenverstand“), die sich wiederum aus der „Manif pour tous“ gegründet hat und eng mit dem bürgerlich-konservativen Lager verbunden ist, hat bei den Vorwahlen für Fillon geworben. Dieser möchte zwar nicht die „Ehe für alle“ rückgängig machen, zumindest aber das Adoptionsrecht sowie die künstliche Befruchtung heterosexueller Paare vorbehalten.

Diese Forderungen, aber auch seine Nulltoleranzstrategie gegen Kriminelle, die deutliche Absage an eine Multikultigesellschaft, der Ruf nach Assimilation statt Integration und die Rückbesinnung auf Familie und Ehe scheinen angesichts eines gewissen gesellschaftspolitischen Pessimismus, der in Frankreich derzeit vorherrscht, auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein.

NEUE WEICHENSTELLUNGEN FÜR DEN WAHLKAMPF

Mit seinem deutlichen Sieg bei den Vorwahlen des bürgerlich-konservativen Lagers erwarb François Fillon die nötige Legitimation, um die Républicains bei den Präsidentschaftswahlen zu vertreten. Angesichts des Wahlergebnisses von 66,5 Prozent gilt der von Fillon verfolgte Kurs als neue Leitlinie der Partei. Dass sich dabei die wirtschafts- und sozialpolitisch weniger strikten und gesellschaftspolitisch liberaleren Wähler wiederfinden können, wird eine der großen Herausforderungen der kommenden Monate sein. Denn die Radikalität, mit der François Fillon die Teilnehmer der Vorwahlen überzeugt hat, könnte bei den Präsidentschaftswahlen zur Gefahr für ihn werden. Bereits bei der Neubesetzung des Parteivorstandes im Dezember 2016 wurde deutlich, dass Fillon als Vorsitzender der Partei eine Abspaltung des moderaten Lagers verhindern möchte.

Der überraschende Sieg Fillons hat auch für die anderen Parteien die Weichen neu gestellt. Die FN-Vorsitzende Marine Le Pen hatte sich bereits auf ein Duell Sarkozy – Hollande vorbereitet, was ihre Wahlkampfstrategie als Antikandidatin deutlich vereinfacht hätte. Fillons wertkonservatives Gesellschaftsbild erscheint jedoch auch für viele FN-Sympathisanten unterstützenswert. Die einzige Angriffsfläche bietet das strikte Wirtschaftsprogramm Fillons. Als große Verfechterin des französischen Wohlfahrtsstaates geht Marine Le Pen nun auf Stimmenfang beim „kleinen Mann“.

Im linken Lager hätte Fillons Sieg eigentlich für Jubel sorgen müssen. Eine Kandidatur gegen den „Vereiniger der Mitte“ Alain Juppé wäre ungleich schwerer gewesen. Angesichts der Zerstrittenheit im linken Lager und der Tatsache, dass die Linken gleich mehrere Kandidaten mit teilweise utopischen Forderungen ins Rennen schicken, scheint es unwahrscheinlich, dass es die Linke schaffen wird, den konservativen Kandidaten der Républicains zu schlagen.

¹ Interview des Wochenmagazins *L'Opinion* mit François Fillon, 26. Oktober 2016; <http://www.lopinion.fr/edition/politique/francois-fillon-l-armee-doit-revenir-a-missions-c-est-a-dire-se-112940>.

Für einen Neuanfang

Was Frankreich und Deutschland gegen die Desintegration Europas tun müssen

JÜRGEN RÜTTGERS

Geboren 1951 in Köln, ehemaliger Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 2005 bis 2010 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Er arbeitet als Anwalt und als Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Wer die Schlachtfelder von Verdun und das Beinhaus von Douaumont besichtigt, kann ermessen, welchen langen Weg Franzosen und Deutsche hinter sich gebracht haben, um aus der Erbfeindschaft eine Erbfreundschaft zu machen. In Colombey-les-Deux-Églises erinnert Frankreich dagegen an den General, an Charles de Gaulle, den Retter Frankreichs im Zweiten Weltkrieg und späteren Gründer der Fünften Republik, der bis heute Frankreichs Identität prägt und der zusammen mit Konrad

Adenauer die deutsch-französische Freundschaft ermöglichte. Es ist der Ort eines Neuanfangs, wie er gegenwärtig erneut notwendig ist.

Denn was damals für die Zukunft gedacht war, durchlebt heute eine tiefe Krise. Darüber haben auch die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages im Jahre 2014 nicht hinweggeholfen.

Das wiedervereinigte Deutschland hat ein Vierteljahrhundert nach der großen europäischen Freiheitsrevolution von 1989/90 und der daraus folgenden Wiedervereinigung Deutschlands und Europas Probleme, seine Rolle im vereinten Europa neu zu definieren. Nach vierzig Jahren Teilung hat Deutschland verlernt, mit Macht umzugehen. Es will weder die Europäische Union dominieren noch zum Zahlmeister Europas werden. Weil es angeblich auch das Recht hat, seine nationalen Interessen durchzusetzen, wirkt es aus Sicht seiner Nachbarn mehr und mehr rechthaberisch und kompromissunfähig.

Als wirtschaftsstärkstes Land kann Deutschland seine Interessen nicht national definieren, sondern nur europäisch. Gegen diese Maßgabe hat es in der Eurokrise mehrfach verstoßen.

NEIGUNG ZU DEUTSCHEN ALLEINGÄNGEN

Deutschland neigt zu Alleingängen. Weder die Energiewende war mit seinen Partnern abgesprochen noch die im Widerspruch zur Dublin-Verordnung erfolgte Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge 2015. Frankreichs Angebot, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu konzipieren, wurde nicht aufgegriffen, ebenso wenig der Wunsch, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Auch Frankreich durchlebt eine schwere Krise. Die jahrzehntelange Unmöglichkeit, gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen voranzubringen, ja sogar eine parteiübergreifende Konzeption für ein einiges modernes Frankreich zu entwickeln und durchzusetzen, hat zu einer Spaltung der französischen Gesellschaft in Arme und Reiche, Junge und Alte, Zugewanderte und Einheimische geführt.

Das Bild der „Grande Nation“ verblasst, weil Frankreichs Politik zu schwach geworden ist. Auch Frankreich kann als großes Land seine Interessen nicht nur national definieren. Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates muss es sie ebenfalls europäisch ausrichten, damit sie relevant sind.

WIE EIN ALTES EhePAAR

Das Verhältnis von Deutschland und Frankreich, der einstmals viel gerühmte „Motor Europas“, läuft nicht mehr rund. Die Institutionen, mit denen man nach der Wiedervereinigung versucht hat, Deutschland auf Dauer in Europa einzubinden, sind in eine Krise geraten: wirtschaftlich der Euro und außenpolitisch der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Das deutsch-französische Paar wirkt wie ein altes Ehepaar, das verlernt hat, miteinander zu reden. Das Dauerstarren auf sich selbst, der „repli sur soi“, wie Jacques Delors es nannte, der darin eine europäische Krankheit sah, hat zur Lähmung des deutsch-französischen

Tandems geführt (Wolf Lepenies, Adenauer-Vortrag 2014, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, 5. November 2014).

Als Konrad Adenauer und General Charles de Gaulle den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, übrigens gegen großen Widerstand, durchsetzten, war die Rollenverteilung klar: De Gaulle wollte, dass Frankreich im vereinten Europa die Führungsrolle übernahm. Das war für ihn die natürliche Folge der „certaine idée de la France“, für die er stand. Deutschland war nach der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg keine Weltmacht mehr; Frankreich aber war Weltmacht, weil es Atommacht war. Adenauer bekundete seine Bereitschaft, diese deutsch-französische Asymmetrie zu akzeptieren. „Ich hoffe, dass Sie solange wie möglich an der Spitze Ihres Landes stehen, denn ich weiß nicht, was sonst aus Frankreich werden würde“, sagte der Altkanzler zu de Gaulle bei seinem Besuch im Élysée-Palast am 10. März 1966 (Charles de Gaulle: *Lettres, Notes et Carnets [Janvier 1964 – Juin 1966]*, Verlag Plon, Paris 1987, Seite 286, zitiert nach Lepenies, Adenauer-Vortrag 2014).

Die heutige, umgekehrte Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland beruht meines Erachtens nicht auf der Wiedervereinigung Deutschlands und nicht darauf, dass Deutschland gestärkt aus der Finanz- und Eurokrise hervorgegangen ist. Sie beruht auch nicht auf wirklichen oder eingebildeten Vorstellungen von der eigenen Rolle in der Welt. Ihr liegen weder angestaubte Ideen der Pariser Diplomatie von einer Wiederbelebung der „Entente cordiale“ mit Großbritannien noch die Idee der Gründung einer Mittelmeerunion durch Präsident Nicolas Sarkozy als Gegengewicht zu Deutschland und dem protestantischen Norden Europas zugrunde.

Die vielen Ungeschicklichkeiten und Überheblichkeiten deutscher Politiker und Diplomaten sind ebenfalls nicht der Grund für die Disharmonie. Europa spricht nicht Deutsch. Deutschland hat keine hegemoniale Stellung in Europa und darf auch keine anstreben.

Deutschland ist vielmehr unsicher, weil es gleichzeitig machtvorgessen und integrationsscheu geworden ist. Es hat Angst vor der eigenen Kraft, wie die Debatten über Bundeswehreinätze auch innerhalb der NATO und der EU zeigen. Es hat Angst vor mehr Gemeinsamkeiten und mehr Integration, weil es Angst vor Enttäuschung hat.

ANTWORTEN AUF DIE DESINTEGRATION

Eines ist jedenfalls klar: Die Phase der Desintegration in Europa kann nur überwunden werden, wenn Frankreich und Deutschland – zusammen mit den EU-Mitgliedsländern, die dazu bereit sind – einen neuen Anfang machen und gemeinsam mehr Europa wagen. Ich erinnere mich gut daran, wie in den 1990er-Jahren Helmut Kohl und François Mitterrand den Mut hatten, zusammen mit Jacques Delors einen solchen Neuanfang zu initiieren.

In einer Zeit, in der sich Politiker, Journalisten und Wissenschaftler darin gefallen, das Ende der EU vorherzusagen, in der Rechts- und Linkspopulisten Europa für ihre nationalen Versäumnisse verantwortlich machen, müssen Frankreich und Deutschland eine Initiative „Zukunft Europa“ ergreifen. Wenn etwas helfen kann, dann sind es die Gemeinsamkeiten von Frankreich und Deutschland.

INITIATIVEN FÜR EUROPA

Solche Initiativen könnten sein: der Aufbau einer gemeinsamen Armee auf der Grundlage der Deutsch-Französischen Brigade und des Eurokorps. Kein Land in Europa ist heute allein in der Lage, in einer unsicheren Welt in allen Krisengebieten, etwa in Afrika oder im Nahen Osten, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten. Diese europäische Armee sollte offen sein für die Teilnahme anderer europäischer Länder. Die Ausrufung des europäischen Verteidigungsfalls nach Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union durch Frankreich zeigt die Notwendigkeit eines gemeinsamen Sicherheitsprotokolls. Die gemeinsamen Einsätze in Mali und Syrien zum Beispiel und wahrscheinlich bald in Libyen, die auch der militärischen Entlastung Frankreichs dienen, zeigen dies deutlich.

Der Aufbau einer europäischen „Sozialen Marktwirtschaft“, wie er in Artikel 3 des Europäischen Verfassungsvertrages normiert ist, ist in den Jahren der Krise nicht weiter vorangekommen. Dazu gehört etwa die Vollendung des Binnenmarktes. Zum Projekt Europa gehört auch der Aufbau gemeinsamer Netze. Ein gemeinsamer europäischer Energiemarkt braucht gerade im Hinblick auf den Ausstieg aus der Kernenergie und auf die Beendigung der Subventionen für die Steinkohleförderung im Jahre 2018 in Deutschland ein kompatibles Energienetz. Gleiches gilt für digitale Netze und das europäische Schnellbahnnetz.

Der europäische Hochschul- und Wissenschaftshaushalt hat in den letzten Jahren durch viele konkrete Projekte (zum Beispiel Sorbonne-/Bologna-Reform, Forschungsrahmenprogramme, Europäische Weltraumorganisation ESA, Erasmus-Programm) Fortschritte gemacht. Bisher fehlen aber eine gemeinsame Strategie für die Digitalisierung der europäischen Industrie und der Aufbau einer Start-up-Kultur.

Die EU hat es bislang nicht geschafft, ein wirksames Programm für die Bekämpfung der in vielen europäischen Ländern extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln. Der in diesen Ländern feststellbare Verlust an demokratischer Legitimation hat hier seinen zentralen Grund.

Auch die Sicherung der Außengrenzen ist ein gemeinsames Anliegen. Die ungesteuerten Migrationsströme haben die EU in eine selbst verschuldete Krise geführt. Das Schengen-System ist für die EU, den Euro und das

Selbstverständnis Europas von zentraler Bedeutung. Neben der Bekämpfung der Fluchtursachen hat die gemeinsame Sicherung der Außengrenzen für die Handlungsfähigkeit der EU und vieler Mitgliedstaaten eine zentrale Bedeutung. Es ist nicht hinnehmbar, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, ein Sicherheitssystem aufzubauen, das sowohl die ungesteuerte Einwanderung verhindert als auch mehr Sicherheit vor Terroranschlägen schafft. Die Terroranschläge von Paris, Brüssel und Berlin zeigen, dass die Zusammenarbeit binational wie europäisch dringend ausgebaut werden muss.

GEMEINSAMER „ANKER“

Frankreich und Deutschland müssen wieder gemeinsam der „Anker“ für Europa sein: Deutschland könnte die Federführung in der Wirtschaftspolitik, Frankreich die in der Außenpolitik übernehmen. Gemeinsam sollten sie in der EU dafür eintreten, das Projekt Europa zu einer immer enger werdenden Gemeinschaft weiterzuentwickeln: für Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft und Sicherheit vor dem wachsenden internationalen Terrorismus. Zusammen können sie auf gleicher Augenhöhe mit den transatlantischen Partnern USA und Kanada die Fackel der Freiheit, der Gerechtigkeit und Solidarität als Kern des westlichen Projekts in die Zukunft tragen. Darauf verweisen Verdun, Douaumont, vor allem aber auch der Neuanfang, der sich mit Colombey-les-Deux-Églises verbindet.

Literaturhinweis

Melanie Piepenschneider / Philipp Lerch (Hrsg.)

Markus Klauer

Einhundert Jahre Schlacht von Verdun. Deutsch-französische Wege nach Europa, Handreichungen zur Politischen Bildung, Band 23 (Kommunalpolitik) Sankt Augustin 2017

Es handelt sich um einen historischen und politischen Wanderführer über den Schlachtfeldabschnitt „Doppelhöhe Toter Mann“ bei Verdun in deutscher und französischer Sprache.

ISBN 978-3-95721-272-6

Tandem für drei

Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Brexit

CLAIRE DEMESMAY

Geboren 1975 in Dole (Frankreich),
Leiterin des Frankreich-Programms
der Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik (DGAP).

Angesichts zunehmender Krisen stellt sich die Frage nach der deutsch-französischen Zusammenarbeit und ihrer Fähigkeit, Lösungen für die Probleme der Europäischen Union (EU) anzubieten, mit neuer Dringlichkeit. Nach

dem Brexit besteht erstmals seit Jahrzehnten die Gefahr, dass die EU auseinanderbricht. Die bislang geltende Regel, nach der aus jeder Krise ein Fortschritt bei der Integration erwächst, scheint nicht mehr zu gelten. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass Berlin und Paris eine stabile und herzliche, wenn auch nicht spannungsfreie Beziehung verbindet und dass sich die jeweiligen Verantwortlichen bei den meisten europäischen Fragen eng abstimmen. Wenn es um den Schutz höchster Werte – wie Frieden und Sicherheit in Europa – geht, scheinen sie sogar gegen Unstimmigkeiten immun zu sein.

Die Reaktionen der Politiker in Deutschland und Frankreich auf die Terroranschläge im jeweils anderen Land belegen dies ebenso wie die Tatsache, dass das deutsch-französische Tandem in der Ukraine-Krise tonangebend ist. Aber reicht dieser Grad der Beziehung aus, um Europa aus seiner derzeitigen Dauerkrise herauszuführen? Wird es Deutschen und Franzosen gelingen, aus der Not eine Tugend zu machen und das Risiko des Zerfalls in die notwendige Energie für ein ambitioniertes europäisches Zukunftsprogramm umzuwandeln?

MYTHOS EINER HARMONISCHEN PARTNERSCHAFT

In einer Phase der Destabilisierung, wie wir sie zurzeit erleben, mag es verführerisch sein, sich in das von der deutsch-französischen Freundschaft geprägte Goldene Zeitalter Europas zurückzuträumen. So ist etwa häufig von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing die Rede, die nach der Ölkrise von 1973 das Europäische Währungssystem auf den Weg brachten. Ebenso gern wird an Helmut Kohl und François Mitterrand erinnert, die in Reaktion auf den Mauerfall und die damit einhergehende Verunsicherung ihre Partner zu einer Regierungskonferenz über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die politische Union einluden; aus dieser Konferenz ging 1992 der Vertrag von Maastricht hervor.

Verglichen mit diesen ehrgeizigen, den Erfordernissen der damaligen Zeit angemessenen Initiativen mag die Reaktion von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident François Hollande auf das gescheiterte Referendum in Großbritannien enttäuschen. Bei ihrem ersten Treffen nach der Abstimmung erklärten sie lediglich, dem europäischen Projekt „einen neuen Impuls geben“¹ zu wollen. Zwar stehen die Prioritäten fest (innere und äußere Sicherheit, Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt, Unterstützung der Jugend), aber sowohl inhaltlich als auch in zeitlicher Perspektive bleibt das Projekt außerordentlich vage. Ein deutlich wahrnehmbarer und beherzter Konsens über die Notwendigkeit, den Motor der EU wieder in Gang zu bringen, blieb auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs bislang aus. Die Außenminister beider Länder sprachen sich zwar für einen „Europäischen Sicherheitspakt“ und eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik aus, um die Integration voranzutreiben, aber so ambitioniert diese Vorschläge auch waren: Sie wurden von den Staats- und Regierungschefs nicht aufgegriffen.

Man mag also daran zweifeln, ob das deutsch-französische Tandem aktuell zugkräftig genug ist, um europaweit ambitionierte Ziele zu verfolgen, muss sich jedoch vor Augen halten, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern von jeher nicht leicht und jedenfalls nicht von Harmonie geprägt war. Die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich ist traditionell kompliziert, was sich unter anderem aus den verschiedenen politischen

und wirtschaftlichen Kulturen erklärt. Daraus resultierende unterschiedliche Vorstellungen von Europa sorgten immer wieder für Differenzen bei Themen wie der institutionellen Form, der Erweiterung oder der EU-Nachbarschaftspolitik. Hinzu kommen unterschiedliche Auffassungen etwa in ökonomischen sowie energie-, außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Zwar erschweren diese Divergenzen die Beziehung zwischen beiden Nachbarländern, aber genau hier liegt die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die europäische Integration. Denn es ist Deutschland und Frankreich stets gelungen, ihre Interessenunterschiede auszugleichen und auszuräumen, und beide Länder sind in der Lage, Vorschläge zu erarbeiten, die sie ihren europäischen Partnern unterbreiten können. Berlin und Paris steht dafür ein gut funktionierender Mechanismus zur Verfügung, der sich am Prinzip der Kompromissfindung orientiert: Dank des Systems der bilateralen Abstimmung, das beide Seiten seit den 1960er-Jahren unermüdlich verfeinert haben, können Konfrontationen vermieden werden. Deutschland und Frankreich verfügen damit über eine einzigartige „Werkstatt“² zur Überwindung bilateraler und im weiteren Sinn auch europäischer Differenzen.

ASYMMETRISCHE VERHÄLTNISSE SCHWÄCHEN DIE KOOPERATION

Wenn Deutschland und Frankreich sich heute schwertun, Dinge in Europa zu bewegen, dann liegt das nicht an ihren unterschiedlichen Sichtweisen, sondern vielmehr an einem Ungleichgewicht, das ihre Beziehung seit Langem kennzeichnet. Seit Beginn der Schuldenkrise hat sich diese Schiefelage noch verstärkt, weil von diesem Zeitpunkt an die wirtschaftlichen Divergenzen beider Länder verschärft zum Tragen kommen. Frankreich hat mit einer hohen Arbeitslosenquote, sozialen Problemen, der Reduzierung seines strukturellen Defizits und der Umsetzung von Reformen zu kämpfen, während Deutschland trotz einiger Schwierigkeiten wirtschaftlich relativ gut aufgestellt ist. Gleiches gilt auf politischer Ebene: Frankreichs Exekutive ist unbeliebt und wird von der extremen Rechten in Bedrängnis gebracht, die die Fixierung auf die nationale Identität befeuert, während Deutschland von einer Großen Koalition regiert wird und Angela Merkel zum vierten Mal in Folge gewählt werden könnte – wobei der Hinweis auf diese Tatsache den Anstieg populistischer Strömungen auch in Deutschland keineswegs verharmlosen soll. Das Ausmaß der terroristischen Attentate und die Bedrohungslage in Frankreich verschärfen die Asymmetrie beider Länder zusätzlich.

Deutschland hat so eine dominierende Position inne – nicht nur im Vergleich zu Frankreich, sondern auch gegenüber sämtlichen europäischen Partnern. Sein Einfluss auf die Geschicke der EU wiegt daher deutlich schwerer

als der seines traditionellen Verbündeten. Der französischen Bevölkerung scheint dies längst klar zu sein, sind doch hier 75 Prozent der Befragten der Auffassung, dass Deutschland in Europa tonangebend sei – im Gegensatz zu den Deutschen, von denen nur 47 Prozent dieser Meinung sind.³ In Frankreich erwächst daraus die Befürchtung, Deutschland könne seinen Nachbarn „abhängen“, was Anfang 2012 tatsächlich insofern eintrat, als die Ratingagentur S&P die Kreditwürdigkeit Frankreichs herabstufte. Der Verlust des „Triple A“, der höchsten Ratingstufe, wirkte sich zwar nur begrenzt auf die Darlehenszinsen Frankreichs aus, wurde aber als weiteres Indiz für die schrittweise Entfernung zwischen beiden Partnern gesehen. Während der Reform der europäischen Institutionen in den 2000er-Jahren wurde viel darüber gesprochen, dass Frankreich politisch abgehängt sei; nun traf dies auch noch in wirtschaftlicher Hinsicht zu. Für einen Teil der politischen und intellektuellen Führungsriege Frankreichs wurden damit die alten Dämonen eines hegemonialen Deutschland heraufbeschworen.

VERSUCH GEMEINSAMER LÖSUNGEN

Der Umgang mit der Flüchtlingskrise ist symptomatisch für den Zustand der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die zuletzt recht eingeschränkt war. Als Deutschland die an der ungarischen Grenze verharrenden Flüchtlinge einreisen ließ, erweckte das in Paris den Eindruck eines deutschen Alleingangs in Sachen liberaler Asylpolitik, mit dem die europäischen Partner vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Doch es gab keinen offenen deutsch-französischen Konflikt. Angela Merkel und François Hollande bemühten sich nicht nur, Stillschweigen über ihre Differenzen zu bewahren und öffentliche Vorwürfe zu vermeiden, sie sprachen auch vor jedem europäischen Treffen miteinander. Obgleich das Krisenmanagement unbestreitbar die Handschrift Deutschlands trägt – Berlin ergriff die Initiative zu einem Abkommen zwischen der EU und der Türkei und gestaltete die Verhandlungen maßgeblich –, stellte Frankreich das Vorgehen nicht infrage.

Neben dem Bemühen, ihre Differenzen nicht öffentlich auszutragen, versuchten Paris und Berlin, gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Dazu gehören die Vorschläge zum Schutz der Außengrenzen und zur Reform des Dublin-Verfahrens. Im Endeffekt haben Deutschland und Frankreich einen Streit vermieden, der weitere Spannungen innerhalb der EU ausgelöst hätte. Sie vermochten es jedoch nicht, ihre unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen von Beginn der Krise an zu artikulieren; je mehr die Krise anwuchs, umso schwieriger wurde eine offene Kommunikation. Vor allem konnten beide Länder weder ehrgeizige Antworten auf diese enorme Herausforderung für Europa geben, noch gelang es ihnen, ihre europäischen Partner, die das Krisenmanagement bis heute kritisieren, von ihrem Vorgehen zu überzeugen.

POTENZIALE DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN

Ist das deutsch-französische Tandem aufgrund der zunehmenden Ungleichheit dazu verdammt, zum Relikt aus der Vergangenheit reduziert zu werden, das nur noch auf eine symbolträchtige Freundschaft mit Gedenkfunktion verweist? Eines steht fest: Kurzfristig ist die Asymmetrie der beiden Länder nicht auszugleichen. Zwar werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs nicht für alle Zeiten bestehen bleiben und könnten in absehbarer Zukunft behoben oder zumindest verringert werden; umgekehrt könnte sich die Lage in Deutschland insbesondere aufgrund der Demografie verschlechtern. Aber das wären langfristige Tendenzen, die – wenn überhaupt – erst in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten zum Tragen kämen. In der Zwischenzeit besteht in der Europäischen Union die Gefahr weiterer Krisen mit destabilisierender Wirkung.

Tatsächlich hat niemand ein Interesse daran, dass Deutschland in Europa dauerhaft dominiert: Das gilt vor allem für Frankreich, dessen Einfluss auf das europäische Projekt durch eine solche dauerhafte Dominanz an Gewicht verlieren würde und wo die ablehnende Haltung gegenüber der EU sowie Abschottungstendenzen immer stärker werden. Auch Deutschland selbst hegt ein solches Interesse nicht, denn die Führungsposition ist unbequem und verpflichtet zu umstrittenen und unbeliebten Entscheidungen; zudem steht es Kritikern so letztlich allein gegenüber. Auch die EU selbst ist daran natürlich nicht interessiert, da sie mangels deutsch-französischer Vereinbarungen stagniert und Mühe hat, bei der Vielzahl von Herausforderungen zu (re)agieren. Folglich liegt es im Interesse aller Europäer, dass Deutschland die Führungsrolle in Europa nicht weiter allein ausfüllt.

ÖFFNUNG FÜR DRITTE

Daher muss die deutsch-französische Zusammenarbeit dringend intensiviert und die in eine Schiefelage geratene Beziehung für Dritte geöffnet werden. Lange Zeit spielte das Vereinigte Königreich die Rolle des diskreten Vermittlers zwischen Frankreich und Deutschland – für Frankreich war es der wichtigste Verbündete in Sachen Verteidigung und Sicherheit, für Berlin bei Fragen der Vertiefung des Binnenmarktes (Liberalisierung der Dienstleistungen, Deregulierung und so weiter). Durch den Brexit haben beide Länder diesen vermittelnden Partner eingebüßt, und das macht eine neue Öffnung dringlicher denn je. Italien wird als südeuropäisches Land die bislang vom Vereinigten Königreich eingenommene Rolle kaum übernehmen können, umso weniger als es sich seit dem gescheiterten Referendum zur Reform der Institutionen in einer politischen Krise befindet. Seine traditionell proeuropäische Haltung und seine von leistungsstarken, exportorientierten kleinen

und mittleren Unternehmen geprägte Wirtschaftsstruktur machen es aber zu einem glaubwürdigen Gesprächspartner, der bilaterale Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich langfristig ausgleichen könnte. Auch mit Ländern, die im Fokus aktueller politischer Herausforderungen stehen, ist ein „Triolog“ sinnvoll, etwa mit Griechenland zum Umgang mit der Schulden- und der Flüchtlingskrise oder aber mit Polen und den baltischen Staaten zur Krise in der Ukraine.

Durch eine Beteiligung weiterer Partner an ihren Abstimmungsprozessen können Frankreich und Deutschland dazu beitragen, ihre Beziehung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dies würde die Prozesse bereichern, den jeweiligen Positionen auf internationaler Ebene größeres Gewicht verleihen und diese Positionen gegenüber allen europäischen Partnern besser legitimieren. Eine Öffnung der deutsch-französischen Zusammenarbeit wird allerdings nur dann von Nutzen sein, wenn Paris und Berlin fest entschlossen sind, dem europäischen Projekt alsbald wieder neuen Schwung zu verleihen. Nach der französischen Präsidentschaftswahl und der Bundestagswahl könnte sich hierfür ein neues Fenster öffnen.

¹ Gemeinsame Pressekonferenz in Berlin, 27.06.2016.

² Demesmay, Claire / Koopmann, Martin / Thorel, Julien (Hrsg.): Die Konsenswerkstatt. Deutsch-französische Kommunikations- und Entscheidungsprozesse in der Europapolitik, Baden-Baden 2013.

³ Binationale Meinungsumfrage im Auftrag des Saarländischen Rundfunks und des Deutsch-Französischen Journalistenpreises, Juli 2014.

Übersetzung aus dem Französischen: Ralf Pfleger, Straßburg

Die europäische Dimension der Innenpolitik

Der saarländische Landesminister für Finanzen und Europa über Grenzregionen als Laboratorien der europäischen Idee

STEPHAN TOSCANI

Geboren 1967 in Saarbrücken, von 2003 bis 2009 Generalsekretär der CDU Saar, seit 2012 saarländischer Landesminister für Finanzen und Europa.

Am 1. Januar 2017 feierte das Saarland den 60. Jahrestag seines Beitritts zur Bundesrepublik. Können Sie für uns dieses Ereignis historisch einordnen?

Stephan Toscani: Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das Saarland einen Sonderstatus – zum Beispiel mit französischer

Währung, französischer Sozialgesetzgebung, französischer Leitung der Montanindustrie. 1952 schlug der französische Außenminister Robert Schuman eine Europäisierung des Saarlandes vor, die dann in die Form des Saar-Statuts gekleidet wurde. Die außenpolitische Vertretung sollte bei einem Kommissar der Westeuropäischen Union liegen; wirtschaftlich sollte das Saarland weiter an Frankreich angebunden werden – bei gleichzeitiger Autonomie in allen anderen Bereichen der Politik.



© picture alliance / Becker & Bredel

Beim Referendum im Oktober 1955 votierten 67,7 Prozent der Saarbevölkerung gegen das Statut. Das Ergebnis führte zum Vertrag von Luxemburg – der außenpolitischen Grundlage dafür, dass das Saarland zum 1. Januar 1957 der Bundesrepublik Deutschland beitreten konnte.

In den deutsch-französischen Verhandlungen und im Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik wurde eine „europäische Dimension“ von Innenpolitik deutlich, die zum einen die Grundlage für die weitere europäische Einigung bildete. Zum anderen war die „kleine Wiedervereinigung“ im Westen Vorbild für die Wiedervereinigung im Osten. Artikel 23 des Grundgesetzes kam also nicht erst 1990, sondern viel früher beim Beitritt des Saarlandes zum ersten Mal zur Anwendung.

Sie haben die Rolle des Saarlandes als die einer „Brücke zwischen Frankreich und Deutschland“ bezeichnet. Dafür spricht also nicht allein die geografische Lage?

Stephan Toscani: Unser Weg in die Bundesrepublik Deutschland war nur möglich, weil die Franzosen diese „kleine Wiedervereinigung“ mit Großherzigkeit und der Bereitschaft zur Aussöhnung begleitet haben. Wir Saarländer empfinden deshalb eine besondere Verantwortung, einen besonderen Auftrag für die deutsch-französische Freundschaft.

Im Saarland gibt es viele deutsch-französische Institutionen, wie die Deutsch-Französische Hochschule, das Deutsch-Französische Sekretariat für den

Austausch in der beruflichen Bildung und ein Büro des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Und: Im Saarland leben rund 10.000 Französinnen und Franzosen, die sich sehr aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen.

Die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes leben die deutsch-französische Freundschaft nicht zuletzt in den zahlreichen Partnerschaften zwischen Kommunen. Die regelmäßigen gegenseitigen Besuche von Verwaltungen und Vereinen festigen die Freundschaft und das Verständnis füreinander.

In keiner anderen Region Deutschlands gibt es bereits in den Kindergärten und Grundschulen so viele Angebote zum Erlernen der französischen Sprache. Aktuell haben rund 200 von 460 saarländischen Kitas ein zweisprachiges Konzept. An 47 der insgesamt 162 Grundschulen erfolgt Französischunterricht bereits ab Klassenstufe eins.

Nach den Erschütterungen des Brexits und der US-Wahl blickt mancher mit gemischten Gefühlen auf das Jahr 2017. Wie ist die Stimmung im Saarland im Hinblick auf die französische Präsidentschaftswahl, und wie sehr tangiert die Menschen hier das Problem des Populismus?

Stephan Toscani: Populistische Strömungen in den Staaten der Europäischen Union stellen eine Gefahr für die Resultate der europäischen Einigung und für die europäische Solidarität dar – bis zu den zentralen Grundpfeilern: den offenen Binnengrenzen und der Freizügigkeit. Wir in den Grenzregionen an den Nahtstellen zwischen den Mitgliedstaaten müssen uns dadurch besonders herausge-

fordert fühlen – schließlich würde die Einschränkung der Kooperationsmöglichkeiten gerade auch die Vision eines „Europas im Kleinen“ infrage stellen. Insofern blicken viele Saarländerinnen und Saarländer mit Sorge auf die Erfolge europafeindlicher Strömungen, besonders in unserem Nachbarland.

Wie haben die Saarländerinnen und Saarländer auf den Brexit reagiert?

Stephan Toscani: Die Menschen im Saarland sind besorgt über den Brexit. Wir hier „leben“ Europa ja Tag für Tag – in Politik und Wirtschaft, aber auch in der Zivilgesellschaft. Somit trifft diese Entscheidung jeden. Als Demokrat muss man die demokratische Entscheidung des britischen Volkes zwar akzeptieren, darf sie aber dennoch sehr bedauern. Diese Entscheidung ist schlecht für Deutschland und für das Saarland, aber auch für die gesamte Europäische Union. Mit ihr ist eine negative Signalwirkung für den gesamten europäischen Zusammenhalt verbunden. Nur gemeinsam können wir die großen Fragen unserer Zeit meistern. Aber auch speziell für das Saarland befürchte ich negative Auswirkungen – nicht zuletzt in der Wirtschaft. Denn das Vereinigte Königreich ist neben Frankreich unser wichtigster Außenhandelspartner.

Für mich ist die Entwicklung nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Frankreich ein Impuls, sich stärker mit den Ängsten vor der Globalisierung auseinanderzusetzen – auch in Deutschland.

Hat sich Ihrem Eindruck nach infolge des britischen Referendums die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland verändert?

Stephan Toscani: Das deutsch-französische Tandem spielt als Impulsgeber eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, die EU zusammenzuhalten. Die deutsch-französische Freundschaft hat sich auch in der Vergangenheit nicht ohne Brüche entwickelt. Interessanterweise war es immer dann, wenn es internationale Verwerfungen gab, so, dass der deutsch-französische Motor ansprang und europäische Initiativen entwickelt wurden, die Europa insgesamt nach vorn gebracht haben.

Unmittelbar nach dem britischen Referendum haben Angela Merkel und François Hollande reagiert und mit der gemeinsamen „Agenda von Bratislava“ für eine Priorisierung der Themen Sicherheit und Verteidigung in der Union plädiert. Ein gemeinsamer Vorschlag zur engeren Vernetzung der Streitkräfte der europäischen Mitgliedstaaten wurde präsentiert, der seither kontinuierlich vorangetrieben wird.

Sie haben das Ziel, das Saarland zum ersten zweisprachigen Bundesland zu machen. Was ist Ihre Intention dabei?

Stephan Toscani: Ziel unserer Frankreichstrategie ist es, das Saarland innerhalb einer Generation zu einer leistungsfähigen multilingualen Region deutsch-französischer Prägung zu entwickeln. Französisch soll dann als Verkehrssprache neben die Mutter- und Amtssprache Deutsch treten. Das Saarland würde dadurch zum einzigen mehrsprachigen Bundesland, ganz nach dem Motto: mehr Sprachen – mehr Chancen.

Die Frankreichstrategie bezieht sich nicht auf eine Legislaturperiode, sondern zielt auf die Gegenwart und Zukunft einer ganzen Generation und die Gegenwart

und Zukunft des Saarlandes. Leitbild ist das Saarland als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich – in Politik, Wirtschaft und Kultur. Und sie ist nicht allein ein Projekt des Landes: Wirtschaft, Hochschulen und Zivilgesellschaft bringen als „Partner der Frankreichstrategie“ ihre Vorstellungen und Beiträge ein. Das Arbeitsprogramm der Landesregierung wurde zunächst in einer sogenannten *Feuille de Route* für die Jahre 2015/16 festgehalten. Dort waren wichtige Maßnahmen aus Bildung, Wirtschaft und Sicherheit verankert.

Wir haben den deutsch-französischen Berufsschulzweig Automobil am Berufsbildungszentrum St. Ingbert eröffnet, die bundesweit einmalige Ausbildung für Grundschullehrkräfte mit verbindlichem Schwerpunktfach Französisch an der Universität des Saarlandes gestartet, eine grenzüberschreitende Ausbildung zwischen dem Saarland und Lothringen eingeführt und die Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen mit französischen Regionen wie dem Elsass, Burgund und der Normandie intensiviert. Wichtig ist auch, dass wir wieder ein Büro in Paris haben und in Brüssel eine Vertretung unter einem gemeinsamen Dach mit der französischen Region Grand Est.

Die *Feuille de Route II* für die weitere Umsetzung der Frankreichstrategie greift neue Themengebiete auf und zielt darauf ab, die guten Erfahrungen und Ergebnisse bei der Umsetzung für die Jahre 2015 und 2016 zu sichern und weiterzuentwickeln. Ein konkretes Beispiel ist das Projekt Triprimar: Auf der Basis des zum Wintersemester 2015/16 eingerichteten Studiengangs „Primarstufe“ mit Schwerpunktfach Französisch soll bis zum Wintersemester 2018/19 ein trinationaler bilingualer Studiengang eingeführt werden.

Mit diesem Studiengang sollen die Studierenden die Lehrbefähigung nicht nur für deutsche Grundschulen, sondern auch für Grundschulen in Luxemburg und Lothringen erwerben.

Nach dem Erfolg des Jahres 2015 soll ein zweiter „Runder Tisch Frankreichstrategie“ einberufen werden, in dessen Rahmen die „Partner der Frankreichstrategie“ ihre Beiträge vorstellen und in die Frankreichstrategie einbringen können.

Vom Bund wurde das Saarland jüngst finanziell überproportional bedacht: Von 3,5 Milliarden Euro Bundeszuschüssen für finanzschwache Kommunen erhalten saarländische Gemeinden aktuell 75,3 Millionen Euro. Gibt es Konzepte oder Anregungen dazu, wie diese Mittel, etwa in Projekten der sehr grenznahen Kommunen, auch dem europäischen Zusammenwachsen zugutekommen könnten?

Stephan Toscani: Das „Kommunalinvestitionsförderungsgesetz“ des Bundes stärkt die Investitionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände. Dabei ist es ebenso sachgerecht wie erfreulich, dass die saarländischen Kommunen überproportional davon profitieren.

Der europäische Aspekt bildet zwar kein eigenständiges Förderziel. Gleichwohl würde ich es sehr begrüßen, wenn einzelne Fördermaßnahmen auch das europäische Zusammenwachsen fördern. Die Auswahl der Projekte liegt aber in der Entscheidungskompetenz der jeweiligen Kommune.

Das Saarland sei – so heißt es auf der Homepage „60 Jahre Saarland“ – das „europäischste Bundesland“. Sehen Sie sich da in der Tradition des früheren Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, der das Saarland zum ersten „europäischen Territorium“ machen und in Saarbrücken alle europäischen Institutionen ansiedeln wollte? Was ist Ihre heutige – realitätsgefilterte – Europavision?

Stephan Toscani: Das Saarland war und ist Teil der Bundesrepublik Deutschland, aber ich bin überzeugt, dass das Saarland als Grenzregion eine europäische Rolle und eine ganz besondere Verantwortung für das deutsch-französische Verhältnis hat. Die vielen Nationalitäten, die hier zusammenleben, die Vielzahl deutsch-französischer Einrichtungen und die Vielfalt europäischer Expertise tragen zum großen Ganzen Europa bei. Deshalb haben wir die Frankreichstrategie als Mehrsprachigkeitsstrategie auf den Weg gebracht – um gemeinsam mit unseren Nachbarregionen diesseits und jenseits der Grenze unserem Anspruch als europäischer Referenzregion gerecht zu werden. Die Saarländerinnen und Saarländer haben das Beste aus der historischen Entwicklung gemacht, für das Saarland, für die deutsch-französischen Beziehungen und für das Zusammenwachsen Europas.

Die Fragen stellte Rita Anna Tüpper am 8. Dezember 2016.

Mehr Dampf für die Konsensmaschine

Frankreich und Deutschland in der europäischen Krise nach dem Brexit

ANDREAS JUNG

Geboren 1975 in Freiburg im Breisgau, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzender der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag.

Können Frankreich und Deutschland überhaupt noch etwas gemeinsam bewegen? Oder ist Europa handlungsunfähig geworden? Frankreich und Deutschland müssen Europa zusammen bewegen, und sie können es auch. Auch wenn der viel gerühmte „Motor“

ruckelt und stottert, so läuft er doch. In den letzten Jahren haben zahlreiche Krisen die deutsch-französischen Beziehungen auf harte Proben gestellt. Die Finanz- und Schuldenkrise hat grundlegend unterschiedliche Sichtweisen auf die europäische Wirtschaftspolitik offenbart. Während die Deutschen für eine strenge Sparpolitik plädieren, setzen die Franzosen auf weniger strikte Regelungen – um zum Beispiel das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise kam es zu einer deutsch-französischen

Asymmetrie mit unterschiedlichen Ansatzpunkten. Erst im Laufe vieler bilateraler Gespräche und EU-Gipfel konnten wesentliche Übereinstimmungen für ein abgestimmtes Vorgehen erreicht werden.

Höhepunkt der Krise war sicherlich das Brexit-Votum. Für Franzosen und Deutsche muss es ein Weckruf sein: weg von der Ereignispolitik, die erst dann reagiert, wenn die Krise schon ins Haus steht, hin zu einer strategischen Europapolitik. Damit der Brexit nicht zum Damoklesschwert wird, sind die Europäer zum Handeln gezwungen. Insbesondere Franzosen und Deutsche müssen sich dazu noch stärker zusammenschließen.

REAKTIONEN AUF DEN BREXIT

Auf dem ersten informellen EU-Gipfel nach dem britischen Referendum in Bratislava im September 2016 haben sich die Staats- und Regierungschefs einen Fahrplan für die nächsten sechs Monate bis zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge im März 2017 gegeben. Ziel ist es, der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder Orientierung zu geben. Die Herausforderungen, auf die die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Antwort finden wollen, sind enorm. Zum einen wird der Brexit Verschiebungen im Kräftegleichgewicht in Europa hervorrufen. Die Briten hinterlassen als große europäische Volkswirtschaft eine Lücke in der Wirtschaftspolitik und als diplomatisches Schwergewicht eine weitere in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese gilt es zu schließen. Hinzu kommt die Bewältigung weiterer Krisen und ihrer Folgen. Niedriges Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit im Süden Europas, politische Instabilitäten in einigen Ländern, aber auch terroristische Anschläge verunsichern die Menschen. Auch die kriegerischen Auseinandersetzungen „vor der Haustür“ in der Ukraine, in Syrien und im Irak geben Anlass zur Sorge. Glasklar ist, dass ein Staat allein gegen diese Herausforderungen nichts ausrichten kann und dass nur ein starkes, handlungsfähiges Europa den Krisen gewachsen sein kann. Das Bewusstsein dafür teilen Franzosen und Deutsche. Als größte Mitgliedstaaten der EU sind sie in der Pflicht, voranzugehen. Franzosen und Deutsche „müssen“ Europa bewegen, auch weil sie die Fähigkeit besitzen, Kompromisse auszuhandeln und Initiativen auf europäischer Ebene zu schmieden.

Beide Länder haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass der Motor der europäischen Integration funktionsfähig ist. Da hilft es, dass sie sich auf viele erprobte Kooperationsformate berufen können, die auch in Krisen funktionieren – vom jährlichen Deutsch-Französischen Ministerrat bis zum Beamtenaustausch in den Ministerien. Beide Länder sind wirtschaftlich, zivilgesellschaftlich und institutionell so eng miteinander verwoben, dass eine starke Interdependenz besteht. Im Abstimmungsprozess der Mitgliedstaaten für eine gemeinsame Politik haben beide Länder zudem die

Fähigkeit, die Zustimmung anderer EU-Mitgliedstaaten sowie die der EU-Kommission zu gewinnen und somit Gemeinschaftsentscheidungen zu beeinflussen. Paradoxerweise ist es daher von Vorteil, dass sie bei vielen Themen abweichende Ausgangspunkte haben. Wenn Franzosen und Deutsche nach vielen Diskussionen einen Kompromiss ausgehandelt haben, finden sich häufig andere EU-Mitgliedstaaten darin wieder. Beispiele, wie gut diese „Konsensmaschine“ funktioniert, gibt es zuhauf. Eines ist das Zustandekommen des Pariser Klimaabkommens 2015, für das der französische Außenminister Laurent Fabius zu Recht viel Anerkennung erhalten hat. Der vorbereitende G-7-Gipfel unter deutscher Führung, der sechs Monate zuvor im bayerischen Schloss Elmau stattfand, hat für dieses Abkommen den Grundstein gelegt und wurde eng zwischen Frankreich und Deutschland abgestimmt.

Auch im Ukraine-Konflikt haben die Außenminister – zunächst Laurent Fabius, dann Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier – ihr diplomatisches Geschick unter Beweis gestellt und eine Waffenruhe erreicht sowie den Minsker Prozess angestoßen. Es ist eine Politik der kleinen Schritte. Aber immerhin geht es voran, wenn Frankreich und Deutschland an einem Strang ziehen.

KLEINE SCHRITTE SIND ZU WENIG

Kleine Schritte sind besser als Stillstand, aber zu wenig, um Europa in dieser Phase der Bewährung voranzubringen. Mit Trippelschritten kann die notwendige neue europäische Perspektive nicht ausgemessen werden. Wenn schon eine Verfassungsreform angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedstaaten als nicht realistisch erscheint, so muss der Anspruch zumindest sein, von reiner Krisenpolitik zu strategischer Neuausrichtung zu kommen. Es gilt, dort aktiv voranzugehen, wo es möglich ist. Das heißt, es müssen Handlungsfelder ausgemacht werden, in denen zwischen den Mitgliedstaaten Einigkeit besteht. Sicherheit und Verteidigung ist ein Politikfeld, bei dem es viele Übereinstimmungen gibt. Daher erstaunt es nicht, dass die beiden Verteidigungsminister Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian vor dem „Sinnstiftungs“-Gipfel in Bratislava im September 2016 eine deutsch-französische Verteidigungsinitiative lanciert haben. Darin fordern sie ein dauerhaftes militärisches EU-Hauptquartier, ein europäisches Sanitätskommando und eine verstärkte Rüstungszusammenarbeit. Vor dem Hintergrund einer zunehmend unsicheren, politisch instabilen Nachbarschaft und einer Entwicklung in den USA, in deren Verlauf sich die Vereinigten Staaten immer weniger als Schutzmacht Europas begreifen, ist es nur folgerichtig, die europäische Verteidigung zu stärken. Das heißt konkret, Kompetenzen zusammenzulegen und die Koordinierung bei Verteidigungsfragen durch die Einführung eines „Europäischen Semesters“, das sich bereits als Koordinierungsinstrument in

der Haushalts- und Wirtschaftspolitik bewährt hat, zu verbessern. Äußere Sicherheit steht in Wechselwirkung mit innerer Sicherheit, daher ist auch hier eine bessere Absprache geboten. Mit Sicht auf die Bedrohung durch den Terrorismus schlagen die Außenminister beider Staaten vor, eine Plattform für die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und eine europäische Staatsanwaltschaft für Terrorismus und organisierte Kriminalität einzurichten. Das ist ein ambitioniertes Vorhaben, aber machbar.

Auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise besteht Einigkeit darüber, die Fluchtursachen zu bekämpfen und den weltweit ersten multinationalen, also europäischen Grenzschutz aufzubauen. Frankreich und Deutschland gehen zudem beim Thema Integration bereits gemeinsam voran. Ein Deutsch-Französischer Integrationsrat soll eingerichtet werden und nicht nur Integrations-, sondern auch Deradikalisierungsprogramme umsetzen.

DIFFERENZEN ÜBERWINDEN

Bei der Wirtschaftspolitik geht es darum, die Ungewissheiten über die politische Zukunft der EU zu reduzieren. Das heißt vor allem, zu verhindern, dass der Brexit freiwillige und unfreiwillige Nachahmer findet. Auch muss die Eurozone für größere wirtschaftliche Konvergenz sorgen und ihr Schuldenproblem in den Griff bekommen. Sonst verlieren die Eurostaaten an Glaubwürdigkeit, und das Investitionsklima wird sich weiter verschlechtern. Der französische und der deutsche Finanzminister, Michel Sapin und Wolfgang Schäuble, haben sich dafür ausgesprochen, die Bankenunion zu vollenden und den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Währungsfonds auszubauen. Wichtig ist dabei, den Währungsfonds sowie die Eurogruppe langfristig unter parlamentarische Kontrolle zu stellen.

Damit all das gelingt, müssen Frankreich und Deutschland die bewährte „Konsensmaschine“ anwerfen und ihre Differenzen konstruktiv im Sinne aller europäischen Mitgliedstaaten überwinden. Das wird nicht leicht im Superwahljahr 2017. Sowohl die französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühsommer als auch die Bundestagswahlen im Herbst bringen aber auch die Chance, einmal mehr ganz grundsätzlich über „Europa“ zu diskutieren. Die Wählerinnen und Wähler in Frankreich und Deutschland haben die Wahl: eine Fortsetzung der europäischen Integration oder eine Rückkehr in den vermeintlichen Schutzraum des nationalen Rahmens. Nicht die Subsidiarität steht zur Abstimmung; unbestritten ist, dass Europa nur dort eingreifen soll, wo der Nationalstaat an seine Grenzen stößt. Zur Abstimmung steht die Überzeugung, dass wir für die großen Fragen „Europa“ brauchen und dass gerade Deutsche und Franzosen ein Interesse daran haben, Europa gemeinsam weiterzuentwickeln – aus Dankbarkeit für die Errungenschaften und aus Verantwortung für künftige Generationen!

Erwartungen an die Grande Nation

Einschätzungen aus vier Ländern

Vereinigte Staaten: Seit den Vorwahlen der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains (LR) am 27. November 2016 wird der französische Präsidentschaftswahlkampf nun auch in den USA intensiv beachtet. Die meisten Kommentare aus den Medien und Think-Tanks konzentrieren sich auf die beiden Kandidaten, die als Favoriten für die Stichwahl am 7. Mai 2017 gelten: auf Marine Le Pen vom Front National (FN) und den konservativen Kandidaten und früheren Regierungschef François Fillon. Ihre jeweilige

Popularität und ihre Programmschwerpunkte sowie Erfolgchancen und Bedeutung für die transatlantische Partnerschaft werden nicht zuletzt im Kontext des Wahlausgangs in den USA erörtert.

Nach dem Brexit-Votum und Donald Trumps Erfolg traut sich, auch in den USA, niemand mehr, einen Sieg von Le Pen auszuschließen. Amerikanische Beobachter unterstreichen, dass harte Positionen gegenüber Migranten, Globalisierungskritik und der Elitenverdruss auch in Frankreich an Popularität gewinnen. Es wird festgestellt, dass der Triumph

Trumps dem FN Rückenwind gegeben habe. Der Sieg Fillons bei den LR-Vorwahlen wird als Rückzug aus der politischen Mitte und Rechtsruck unter den konservativen Kernwählern interpretiert. Kommentare merken an, dass auch der ehemalige Premierminister viele Themen anspreche, die ebenfalls im US-Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt hätten. Seine Islam- und Einwanderungskritik, seine Reden zu nationaler Identität, französischen Werten und katholischen Traditionen – und nicht zuletzt seine Forderung nach Respekt und Nationalstolz – könnten den FN viele Stimmen kosten, so der Grundtenor. Es bleibe aber abzuwarten, ob Fillons wirtschaftsliberales Programm die Mittelschicht und die Arbeiterklasse nicht eher abschrecken werde.

Außenpolitisch wird unter den amerikanischen Experten oft spekuliert, dass die Pflege der transatlantischen Beziehungen seitens der Europäischen Union (EU) künftig dem Tandem Merkel-Fillon zufallen könnte. Dabei werden vor allem drei Herausforderungen für eine enge Kooperation zwischen Paris und Berlin innerhalb der EU und gegenüber Washington gesehen: In europapolitischen Angelegenheiten wird auf Fillons ausgeprägte intergouvernementale Haltung sowie seinen Willen, nationalstaatliche Vorrechte zu erhalten, hingewiesen. In Bezug auf die

USA wird daran erinnert, dass der Ex-Premier sich mehrmals gegen das Freihandelsabkommen TTIP ausgesprochen habe und die gaullistische Tradition einer starken und unabhängigen französischen Außenpolitik vertrete. Schließlich wird aber seine offene Haltung gegenüber Russland am meisten kommentiert. Dabei wird betont, dass Fillons Einzug in den Élysée-Palast die Strategie der Europäer gegenüber Moskau komplett ändern könne, unter anderem in Bezug auf die EU-Sanktionen, aber auch im Hinblick auf die Ukraine und auf Syrien. Dies hätte in einer Zeit, in der parallel auch die neue US-Regierung versuchen könnte, sich dem Kreml anzunähern, unvorhersehbare Konsequenzen. Sollte Russland in diesem Kontext versuchen, osteuropäische Länder zu destabilisieren, könnte es gegebenenfalls Angela Merkel sogar dazu zwingen – so befürchten einige Experten –, sich zwischen Ost- und Westeuropa zu entscheiden.

Wissend, dass Marine Le Pen ebenfalls prorussisch eingestellt ist, wird in den USA oft betont, dass 2017 ein entscheidendes Jahr für die EU und die transatlantischen Beziehungen sein wird.

Céline-Agathe Caro
Auslandsbüro Washington
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mali: Die Beziehungen Malis zu Frankreich reichen bis in die Kolonialzeit des 19. Jahrhunderts zurück. In den 1880er-Jahren drängten die Franzosen von Senegal aus in den heutigen Westen Malis hinein und besetzten von dort aus das gesamte heutige malische Territorium, das Teil der Kolonie Französisch-Sudan war. Aus dieser Region, der Region Kayes, stammen die meisten der heute in Frankreich lebenden Malier. Auch die bis 2002 die malische Politik steuernden Politiker, wie der erste Präsident des seit 1960 von Frankreich unabhängigen Landes, Modibo Keita, kamen aus Kayes. Französisch wurde zur offiziellen Sprache des Landes, und die meisten Gesetze wurden aus dem französischen ins malische Recht übertragen. Außenpolitisch wandte sich Mali nach seiner Unabhängigkeit der Sowjetunion und China zu; das Verhältnis zu Frankreich kühlte ab, obgleich Frankreich nach wie vor durch seine Berater Einfluss auf die malische Politik nahm. Auch viele malische Militärs, insbesondere Unteroffiziere, erhielten ihre Ausbildung in Frankreich. Dies ist politisch nicht unbedeutend, weil einige von ihnen 2012 am Militärputsch gegen die malische Regierung beteiligt waren.

Einen Wendepunkt in den Beziehungen zu Frankreich stellten die Militäroperationen *Serval* und *Barkhane* ab 2013 dar. Diese Einsätze der französischen Streitkräfte erfolgten auf Anfrage der malischen Regierung. *Serval* diente zur Befreiung des von Tuareg-Rebellen und islamistischen Gruppen besetzten Norden Malis. Die spätere Operation *Barkhane* trug den Antiterrorereinsatz Frankreichs in den Sahel- und Sahararaum hinein. Die französischen Einheiten werden von 750 deutschen Soldaten bei der Aufklärung unterstützt.

Von einer neuen *Françafrique* wurde gesprochen, obwohl sich Frankreichs Präsident François Hollande von dieser Politik zu Beginn

seiner Amtszeit im Jahre 2012 lossagte. Allerdings ließ die Begeisterung aufseiten der Malier nach, als es den Franzosen misslang, neben Timbuktu und Gao auch die Tuareg-Hochburg Kidal zu befreien. Die Malier werfen den Franzosen vor, die dortigen Tuareg aufgrund eigener Interessen in der Region zu unterstützen. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens 2015 wünscht sich die malische Regierung von den Franzosen mehr Unterstützung im Friedensprozess, insbesondere in der unruhigen Region Kidal, wo die Franzosen einen gewissen Einfluss auf die bewaffneten Gruppen haben. Im Hinblick auf den Friedensprozess und den Wiederaufbau erwartet Mali von seinem Alliierten auch weitreichendere technische und finanzielle Unterstützung. Ohne Zweifel kann und möchte Mali nicht auf die Expertise Frankreichs im Kampf gegen den Terrorismus verzichten. Zur Unterstützung seiner Wirtschaft wünscht sich Mali mehr französische Investoren. Mit dem Gipfel Afrique-France, der im Januar 2017 in Malis Hauptstadt Bamako stattfand, erhält das Land die Möglichkeit, größere Aufmerksamkeit für seine Interessen zu erlangen – sicherlich ein Grund, warum gerade Mali als Austragungsort für dieses Großereignis gewählt wurde.

*Christina Wagner
Auslandsbüro Mali
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Polen und Frankreich verbindet eine lange und wechselhafte Beziehung, die bis heute voller Erwartungen, aber auch mancherlei Spannungen ist: Napoleons Errichtung des Herzogtums Warschau, die große Emigration der polnischen Eliten nach Paris sowie der Kampf der sogenannten Haller-Armee – polnischer Streitkräfte, die während des Ersten Weltkriegs in Frankreich gebildet wurden und auf der Seite der Entente kämpften – waren zentrale Momente in Polens Kampf zur Wiedererlangung der staatlichen Souveränität, deren Erfüllung sich die polnischen Patrioten auch durch die Hilfe Frankreichs versprachen. Diese Etappen des Freiheitskampfes sind im polnischen Kollektivbewusstsein ebenso präsent wie der später

gegen Frankreich gerichtete Vorwurf, es habe Polen beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht zur Seite gestanden. Die Erinnerung daran beeinflusst bis heute die Grundlinien der Außen- und Sicherheitspolitik.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs war auch für die beiden Länder der Moment gekommen, ihre Beziehungen neu zu gestalten: Im Rahmen des Weimarer Dreiecks wurden Polen und Frankreich, zusammen mit Deutschland, zum wesentlichen Motor der europäischen Integration. Zwar wurde das Format anfänglich durch die Haltung der französischen Regierung belastet, die den Beitritt Polens in die NATO befürwortete, jedoch mit der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) eine Verschiebung des politischen Zentrums befürchtete. Letztendlich aber führte der 1991 begonnene Triolog Polen an die westlichen Bündnisse NATO und EU heran. Auch nach dem EU-Beitritt blieb das Verhältnis nicht frei von Ambivalenzen, die jedoch im Rahmen des Weimarer Dreiecks selbst bei akuten Krisen überbrückt werden konnten. Nachdem Kritiker das Fehlen zukunftsfähiger Impulse moniert hatten und der französische Staatspräsident François Hollande bei seinem Antrittsbesuch in Warschau 2012 von einer strategischen Partnerschaft mit Polen gesprochen hatte, sollte ein Neustart in den Beziehungen erfolgen. Beide Länder kündigten beispielsweise an, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen.

Doch im Herbst 2016 traten in den Beziehungen zwischen Warschau und Paris heftige Turbulenzen auf: Der französische Präsident sagte seinen geplanten Besuch in Warschau ab, strich die französisch-polnischen Regierungskonsultationen von der Agenda und ließ das für Anfang November 2016 geplante Treffen der Regierungschefs des Weimarer Dreiecks ausfallen. Die Ursache? Vor dem Hintergrund der befürchteten zunehmenden Bedrohung aus dem Osten hatte die polnische Regierung beschlossen, neue Militärhubschrauber zu beschaffen, und führte darüber mit dem französischen Unternehmen Airbus Exklusivverhandlungen. Im Gegenzug wollte Airbus in Polens Luft- und Raumfahrttechnik investieren. Der Zuschlag fiel auf fünfzig Helikopter vom Typ Caracal, das Milliardengeschäft galt als gesichert. Nach einjährigen Verhandlungen über den Umfang des Auftrags ließ die neue polnische Regierung den Auftrag platzen und kündigte stattdessen an, Black-Hawk-Helikopter zu bestellen, die im polnischen Mielec produziert werden sollen – für Frankreich ein

beispielloses Vorgehen, für Polen eine beispielhafte Durchsetzung nationaler Interessen. Tatsächlich justiert Polens nationalkonservative Regierung seit Übernahme der Regierungsgeschäfte Ende 2015 die außenpolitischen Beziehungen zu ihren europäischen Partnern neu. So sucht sie vor allem mit denjenigen Staaten eine enge Zusammenarbeit, die mehr nationale Souveränität gegenüber Brüssel einfordern. Auch das Verhältnis zu Russland gilt als entscheidend – eine russlandfreundliche Politik Frankreichs stünde in ihren Augen polnischen Interessen entgegen. Daher wird Polen genau hinschauen, wenn die französische Bevölkerung demnächst an die Wahlurne tritt, um ihren künftigen Staatspräsidenten zu bestimmen: Das französisch-russische wird auch das polnisch-französische Verhältnis beeinflussen.

Insofern sind die Erwartungen Polens an die Grande Nation im Jahr 2017 vielfältig und komplex: Wirtschaftliche wie politische Kooperationen bleiben erwünscht, müssen aber „polnischen Interessen“ entsprechen. Deren Formulierung wird allerdings nach „nationalen Kriterien“ erfolgen und somit – wie im Falle von Airbus – weder eindeutig benennbar noch einsichtig sein.

*Angelika Klein, Michael Quaas
Auslandsbüro Polen
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Syrien: Das Verhältnis Syriens zu seiner ehemaligen Mandatsmacht Frankreich ist vorbelastet. Während sich in der Mandatszeit von Anfang der 1920er-Jahre bis zur Unabhängigkeit Syriens 1943 eine frankophile Elite herausbildete, die heute nur noch klein, aber weiterhin eng mit der „Grande Nation“ verbunden ist, gestalten sich die Beziehungen Damaskus’ zu Paris nach der Machtübernahme Hafiz

al-Assads 1970 schwierig. Dies setzte sich trotz einiger kurzer Phasen der Entspannung unter Baschar al-Assad fort, wobei die territoriale Fragmentierung Syriens im Bürgerkrieg ab 2011 zu einer verstärkt polarisierten Wahrnehmung Frankreichs in Syrien beigetragen hat. Eine einheitliche Perzeption gibt es daher nicht, vielmehr lassen sich gemäß den Hauptakteuren – diversen politischen und militärischen Oppositionsgruppen, dem Assad-Regime

und dem sogenannten Islamischen Staat (IS) – drei Sichtweisen unterscheiden.

Die syrischen Rebellen und die Exilopposition sehen Frankreich als wichtigste moralische Stütze im Kampf gegen das Assad-Regime. Frankreich hat sich seit Ausbruch des Konflikts als entschiedenster Befürworter eines Sturzes Assads in Europa positioniert, war der erste westliche Staat, der die Opposition als legitimen Vertreter Syriens anerkannt und sich mehrfach für eine militärische Intervention in Syrien ausgesprochen hat. Paris hat seinen Worten allerdings oftmals keine Taten folgen lassen, weshalb die syrische Opposition Frankreich mittlerweile politisch und militärisch keine größere Rolle mehr zumisst. Zudem hat die Marginalisierung der von Frankreich mit Waffen unterstützten „Freien Syrischen Armee“ und der Aufstieg salafistischer Gruppierungen, die von der Türkei, von Saudi-Arabien und Katar ausgerüstet werden, dafür gesorgt, dass der Blick der Rebellen heute stärker nach Riad, Doha und Ankara gerichtet ist als nach Paris.

Seit der Schließung der französischen Botschaft in Damaskus im März 2012 gibt es keine offiziellen Beziehungen mehr zwischen Frankreich und dem Assad-Regime. Die Franzosen werden als Gegner des Regimes wahrgenommen. Damaskus hat Paris mehrfach vorgeworfen, „Terroristen“ in Syrien zu unterstützen und durch seine entschiedene Haltung gegenüber dem Assad-Regime zum Aufstieg des IS beigetragen zu haben. Der Blick Assads geht eindeutig in Richtung Teheran und Moskau. Aus ideologischen Gründen stellt Frankreich auch für die dschihadistische Terrororganisation IS ein Feindbild dar. Spätestens durch die seit September 2014 beschlossenen Luftschläge gegen den IS befindet sich Frankreich im Fadenkreuz der Dschihadisten, die den Krieg durch Anschläge in Paris und Nizza nach Frankreich gebracht haben.

*Nils Wörmer
Auslandsbüro Syrien/Irak
der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Beirut (Libanon)*

„Alles fliegt in Stücke, nur der Islam bleibt heil“

—
Samuel Schirmbeck im Gespräch mit Norbert Seitz
über das Versagen von Linken in der Islamismusdebatte

SAMUEL SCHIRMBECK

Geboren 1941 in Göttingen, baute 1991 das ARD-Studio in Algier auf. Von dort berichtete er viele Jahre über den algerischen Bürgerkrieg und die Entwicklungen in Marokko und Tunesien. Bei orell füssli erschien 2016 sein Buch „Der islamische Kreuzzug und der ratlose Westen. Warum wir eine selbstbewusste Islamkritik brauchen“.

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden, freier Hörfunkautor und Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Der Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt stammte aus Tunesien. Sie haben lange Zeit in Nordafrika gelebt und für die ARD von dort berichtet. Dabei konnten Sie den Radikalisierungsprozess von Jugendlichen genauer beobachten. Wie stark sind hier soziale Ursachen mit religiösen Heilsversprechen verknüpft? Was macht die Attraktivität des Islamismus aus?

Samuel Schirmbeck: Die Attraktivität des Islamismus für junge Leute liegt darin, dass sie meinen, man müsse nur ordentlich glauben, damit sich in der

Gesellschaft alles zu ihren Gunsten verbessert. Das habe ich immer wieder in Nordafrika, vor allem in Algerien, erlebt. Man selbst braucht keine Fähigkeiten zu entwickeln, sich nicht zu bilden oder nach ökonomischen Chancen Ausschau zu halten, sondern man muss nur für den Sieg des Islams sorgen und die Scharia zum Maßstab aller Gesetze machen, und schon ändert sich alles wie durch Zauberhand zum Besseren.

Der politische Islam verspricht für ein Minimum an eigener Anstrengung ein Maximum an Wohltaten: „Lass dir einen Bart wachsen, gehe beten, kontrolliere deine Schwester, Sorge dafür, dass sie den Hidschab trägt, verurteile alle Andersdenkenden als ‚Feinde des Islams‘, und schon entstehen Wohnungen und Arbeitsplätze, besiegen wir den ‚gottlosen Westen‘.“

Ich habe mit anschauen müssen, wie der Boden für die Islamisten bereitet wurde, wie es in den Studentenheimen Angriffe auf junge Frauen gab, die kein Kopftuch trugen, wie die Wissenschaft für „ungläubig“ erklärt und die Geschlechtertrennung proklamiert wurde. Es ist also nicht die soziale Lage, die die jungen Leute religiös radikalisiert, sondern es ist der Islamismus, der die soziale Frage konfessionalisiert und den jungen Leuten die Illusion vorgaukelt, soziale Ungerechtigkeit sei durch die Scharia zu beseitigen und die Komplexität der Welt könne man durch deren Aufteilung in „Gläubige“ und „Ungläubige“ erklären.

Wie schätzen Sie die aktuelle Situation in Tunesien ein, das sich aus dem Zangenriff zwischen Militärregime und islamistischer Diktatur befreit zu haben scheint, dessen Status als „sicheres Herkunftsland“ gleichwohl umstritten

ist, zumal mit der Rückkehr von zahlreichen IS-Kämpfern aus Syrien und dem Irak zu rechnen ist?

Samuel Schirmbeck: In Tunesien wird die Zahl derer, die zum IS gegangen sind, auf 7.000 geschätzt – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa zehn Millionen Einwohnern. Aber immerhin wird dort offen über den Islam und seine fundamentalistischen Irrwege diskutiert, zum Beispiel in der starken Mittelklasse, der Zivilgesellschaft Tunesiens. In der Verfassungsdebatte nach dem Sturz Ben Alis sind die Ennahda-Islamisten abgeschmettert worden, nachdem sie versucht hatten, den Verfassungstext nach der Scharia auszugestalten. Damals lobten die Modernisierer die Anstrengungen, „Tunesien an den Zug einer weltweiten, vom christlichen Okzident angeführten Entwicklung gekoppelt“ zu haben. Wer dies hierzulande öffentlich begrüßen würde, müsste damit rechnen, vom linksliberalen Mainstream als reaktionärer Eurozentrist abgekanzelt zu werden, obwohl sich die tunesische Zivilgesellschaft an der großen Flamme der europäischen Aufklärung wärmt.

Man bräuchte eine Art europäischen Marshallplan für dieses Land, denn die politische Gestaltung des südlichen Mittelmeerufers ist für die Zukunft Europas von vitaler Bedeutung. Deshalb sollte auch an Mitteln für das Überleben des muslimischen Demokratieversuchs in Tunesien inmitten von Despotien nicht gespart werden. Alles andere käme uns teurer zu stehen.

Sie sind selbst ein Ur-68er, der die Mai-Unruhen in Paris miterlebt und emanzipatorische Ideale stets hochgehalten hat. Was sind die Gründe für

Ihre tiefe Enttäuschung über das Verhalten von Linken und Linksliberalen in der Auseinandersetzung mit dem Islamismus oder in der aktuellen Flüchtlingsdebatte? Welche alten ideologischen Denk- und Solidaritätsmuster sind immer noch wirksam?

Samuel Schirmbeck: Dass die Linken und Linksliberalen sich hierzulande gleichsam zum verlängerten Arm der islamischen „Theologiepolizei“ machen, war für mich nach meiner Rückkehr aus Algerien ein Schock. Niemals hätte ich für möglich gehalten, was sich seit 9/11 hier abspielt. Je mehr Verbrechen im Namen des Islams begangen wurden, umso lauter wurde der Refrain angestimmt: „Der Islamismus hat nichts mit dem Islam zu tun.“ Wer das dennoch infrage stellt, wird schnell als „islamophob“, „fremdenfeindlich“ oder tendenziell „rechtspopulistisch“, wenn nicht „rechtsextrem“ verunglimpft. Deshalb tritt die hiesige Islamdebatte seit fünfzehn Jahren auf der Stelle. Gründe für den islamistischen Terror werden in der angeblichen „Ausgrenzung“ der Täter aus der hiesigen Mehrheitsgesellschaft gesucht. Die soziologische und soziale Verortung des Islamismus verdrängt systematisch eine dringend erforderliche ideologische und religionskritische Betrachtung, getreu der horriblen Devise: „Alles fliegt in Stücke, nur der Islam bleibt heil.“

Meine Erfahrung aus den zehn Terrorjahren in Algerien ist, dass die Mehrheit der Muslime friedlich ist und sich nichts sehnlicher wünscht als eine theologisch wasserdichte Abgrenzung des „friedlichen, toleranten“ Islams vom gewalttätigen Islamismus, um endlich mehr gegen den mörderischen Fundamentalismus, aber auch den rigorosen „Halal-

haram“-Dogmatismus, das heißt „Was ist erlaubt – was ist verboten?“ in der Hand zu haben. Diese Abgrenzung aber kann es nicht geben, solange die Verbindung zwischen Islam und Islamismus geleugnet wird.

Die muslimischen „Freiheitssucher“, wie der tunesischstämmige Psychoanalytiker Fethi Benslama die Islamdissidenten nennt, fühlen sich von den westeuropäischen Intellektuellen im Stich gelassen. Ich habe deshalb das Buch geschrieben, um der muslimischen Aufklärung etwas mehr Gehör zu verschaffen und die Islamdebatte aus ihrer Erstarrung zu lösen. Der algerische Schriftsteller Kamel Daoud betont: „Der ‚Islamische Staat‘ ist auch ein Teil von uns. Wir sind selber schuld an dem, was passiert. Und wir sind diejenigen, die etwas ändern können.“

Ist es in Frankreich vor allem die Kolonialgeschichte, die eine schuld bewusste Linke dazu veranlasst, noch im reaktionärsten Islamisten letztlich ein Opfer Europas zu sehen, so ist es in der deutschen Linken das Schuldgefühl über die Shoah, die sie zur Nachsicht auch noch dem jüdenfeindlichsten Islamisten gegenüber verleitet. Dies hat in der Konsequenz zu einer Aufteilung der Welt geführt – in eine schuldige Zone, den Westen, und in eine Unschuldzone, früher „Dritte Welt“ genannt.

Wie könnte denn ein Bündnis zwischen islamkritischen Muslimen und Europäern als Gegengewicht zur massiven Islamisierung aussehen? Bassam Tibi hat ja sein Modell eines „Euro-Islams“ als gescheitert betrachtet.

Samuel Schirmbeck: Ein derartiges Bündnis wurde bereits 2005 in der „Nicht-

unterwerfungserklärung zum Gebrauch für Muslime und jene, die es nicht sind“ gefordert, das in Frankreich von Muslimen wie Nichtmuslimen ausgearbeitet und von Fethi Benslama abschließend formuliert wurde. Im Jahr zuvor hatten bereits Muslime und Nichtmuslime in Frankreich zusammen das „Manifest der Freiheiten“ veröffentlicht, unter dem Motto: „So wie Europa nicht allein Sache der Europäer ist, ist der Islam nicht ausschließlich Sache der Muslime.“ Ich bin sicher, dass es zu einem solchen Bündnis kommen wird, denn was wäre die Alternative? Ein weiteres Erstarken der extremen Rechten auf der einen Seite und im Gegenzug eine weitere Abwehrhaltung der konservativen Islamverbände gegen jegliche Islamkritik – unter geschickter Zuhilfenahme der Islamfeindschaft der Rechten – auf der anderen Seite.

Es müsste eine Instanz geschaffen werden, die den Islam endlich theologisch vom Islamismus befreit und die mit den muslimischen „Freiheitssuchern“ zusammenarbeitet, die der europäischen Aufklärung offen gegenüberstehen. Den politischen Anstoß dazu traut man aber – wegen ihrer ideologischen Barrieren – kaum den Parteien der politischen Linken, sondern eher der Union zu, weil sie das genügende europäische Selbstbewusstsein besitzt und sie allein unsere offene Gesellschaft vor der falschen Offenheit für einen religiös drapierten Obskurantismus schützt.

Haben Sie keine Befürchtungen, dass Sie mit Ihrer scharfen Kritik am Islamismus und am Verhalten der Linken und Linksliberalen im Lande von rechten Kreisen instrumentalisiert werden könnten?

Samuel Schirmbeck: Das Versagen der Linken und Linksliberalen in Sachen Islamkritik hat den Rechtspopulisten erst die Möglichkeit gegeben, sich der Islamkritik auf ihre teilweise primitive Weise zu bemächtigen. Wir können jetzt nicht aus Angst vor der Instrumentalisierung durch die Rechte mit der Kritik am Islamismus und an dessen verlogener Auslagerung aus dem Islam aufhören. Den Rechtspopulisten die Islamkritik zu überlassen, bedeutet politisch eine weit größere Gefahr als die, von ihr instrumentalisiert zu werden. Es dürfte ihnen schwerfallen, eine Islamkritik zu instrumentalisieren, die von Muslimen kommt, wie ich sie in meinem Buch zu Wort kommen lasse. Denn alle diese Muslime – Schriftsteller, Philosophen, Imame, Schauspielerinnen, Theologen, Journalistinnen samt Alltagsmusliminnen – sind multikulturell im positiven Sinn orientiert, wollen ein besseres Miteinander zwischen Orient und Okzident, während die Rechte hierzulande prinzipiell gegen Multikulturalität ist und die hiesige Linke diese Multikulturalität nie auch vom Islam eingefordert hat, was „Multikulti“ letztlich ruiniert und damit der fremdenfeindlichen Rechten in die Hände gespielt hat.

Sie beschreiben, wie schnell Islamkritiker als „islamophob“ stigmatisiert werden. Wo ziehen Sie denn die Grenzen zwischen Islamkritik und Islamfeindlichkeit?

Samuel Schirmbeck: Der Begriff „Islamophobie“ ist eine Wortschöpfung der Fundamentalisten, mit dem diese die Islamkritik auf eine Stufe mit dem Antisemitismus stellen und damit als rassistisch herabwürdigen wollen, was ihnen

leider mithilfe vieler linker „Islamversther“ auch weitgehend geglückt ist. Islamkritik bedeutet inzwischen für sie Rassismus gegen Muslime. Religionen seien respektable Gedanken und Glaubenssysteme, schrieb *Le Monde* 2012 nach einem ersten Anschlag auf das Redaktionsgebäude von *Charlie Hebdo*. Sie dürften aber „frei analysiert, kritisiert und sogar in Lächerliche gezogen“ werden.

Die Gleichsetzung von Islamkritik mit Islamophobie hat seit Jahren verheerende Folgen. Fethi Benslama hat darauf hingewiesen. So sei der antirassistische Kampf durch die falsche Weichenstellung, ihn mit einer Demütigung von Muslimen gleichzusetzen, in der Unterstützung der Religionsfreiheit von wahnhaften Verbrechern gelandet.

Islamkritik bedeutet mitnichten, Muslime zu attackieren, sondern es geht darum, sie vor menschenverachtenden Auswüchsen ihrer Religion zu schützen. Wie formulierte es Kamel Daoud: Es sei dringend notwendig, den Gott des Islams unter die Kontrolle der Menschenrechte zu bringen, so wie das Christentum es mit dem seinen getan hat.

„Islamischer Kreuzzug“ titeln Sie Ihr Buch. Passt der starke Begriff „Kreuzzug“, wenn man im Alltag an den harmlosen türkischen Gemüsehändler auf dem Wochenmarkt oder die arglose Änderungsschneiderin denkt? Sind das alles nur Schläfer bis zur endgültigen Landnahme?

Samuel Schirmbeck: Ich habe zehn Jahre in Algerien gelebt, als die Islamisten einen „Kreuzzug“ gegen die eigene Bevölkerung und außerdem gegen uns „ungläubige“ Ausländer geführt haben. Wir

seien selbst verantwortlich „für unseren plötzlichen Tod“, hieß es, sollten wir das Land nicht sofort verlassen. Ich saß also mit Muslimen in einem Boot. Dabei habe ich gelernt, zwischen islamistischen „Kreuzzüglern“ und Muslimen zu unterscheiden.

Ich habe erlebt, wie einige meiner muslimischen Freunde von den Islamisten umgebracht wurden. Wie sollte ich die einen mit den anderen verwechseln? Ich habe das Buch geschrieben, damit einige bei uns endlich aufwachen und den Muslimen behilflich sind, sich jener fanatisierten und fundamentalistischen Minderheit zu erwehren.

„Kreuzzügler“ sind aber auch jene Muslime bei uns, die die Scharia herunterspielen, die vor Gericht ziehen, um das Kopftuchtragen für Lehrerinnen oder Gerichtsbedienstete durchzusetzen, die Sonderrechte in den Schulen – etwa beim Schwimmunterricht – fordern, die Kindereren schönreden oder sich in Moscheen Hasspredigten anhören, ohne sich dagegen zu verwahren. Sie sind für mich „Kreuzzügler“, weil sie unsere Gesellschaft nach den Vorstellungen eines fundamentalistisch orientierten Islams umkrepeln wollen, obwohl wir ein nichtmuslimisches Land sind. Ich weiß aus Nordafrika, dass sie nicht lockerlassen. Die Ergebnisse sind in Algerien und Marokko zu besichtigen. Zwar wurden die Islamisten in Algerien militärisch besiegt, nicht aber kulturell.

Man müsse den Islam vom Islamismus befreien, schreibt Boualem Sansal, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels im Jahr der Arabellion 2011. Sie stellen als Erzübel des politischen Islams die Unterscheidung zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“

heraus. Hier werde die rote Linie überschritten. Ist ein weltoffener Islam aus Ihrer Sicht überhaupt vorstellbar?

Samuel Schirmbeck: Die Unterscheidung zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“ durchzieht den Koran von Anfang bis Ende, ob es nun heißt, man solle sich keine Ungläubigen zu Freunden nehmen, den Ungläubigen bis ins grausige Detail beschriebene Höllenqualen angedroht werden oder man die „Gläubigen“ zum Kampf gegen die „Ungläubigen“ aufruft. Seite um Seite wird die Welt auf diese Weise in „Gut“ und „Böse“ unterteilt.

Wie oft habe ich von den Verwandten gewalttätiger Islamisten gehört, Europa sei an ihrer Radikalisierung schuld! In Europa hätten sie angefangen, Alkohol zu trinken, mit Frauen anzubändeln. So haben es mir beispielsweise in Marokko Angehörige der Attentäter von Madrid berichtet. Es ist an der Zeit, dass die überforderten oder unwilligen Islamverbände endlich verkünden: Es gibt keinen moralischen Unterschied zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“. Natürlich wird weiterhin zwischen Muslimen und Nichtmuslimen unterschieden, die Wege zu Gott sind schließlich unterschiedlich.

Noch ein Wort zum symbolisch hoch besetzten Thema Burka/Nikab, in Frankreich seit zehn Jahren verboten,

das Burkiniverbot an Stränden gerichtlich wieder aufgehoben. Wird sich da an der falschen Front verkämpft? Wie wichtig ist dieser Konflikt um die Ausübung der Religionsfreiheit?

Samuel Schirmbeck: Er ist von zentraler Bedeutung, denn er zeigt, dass unsere Religionsfreiheit dem Fundamentalismus nicht gewachsen ist und von diesem missbraucht wird. Der Islam fordert weder Kopftuch noch Nikab noch Burka – nur der Fundamentalismus fordert dies. Die Begründung, dass die Frauenverschleierung dem Schutz vor männlicher sexueller Aggressivität diene, ist eine vorgeschobene. Burka und Nikab sind letztlich nur zugespitzte Derivate der Grundmatrix Kopftuch, das ja viel mehr verhüllt als nur den Kopf. Und dessen Signal lautet: Diese Frau gehört den Männern der Umma, sie ist von ihr beschlagnahmt. Je fundamentalistischer eine Frau gesinnt ist, umso freudiger bringt sie diese Beschlagnahme mit dem Bekenntnis zum Ausdruck: „Ich trage es freiwillig!“, vor dem dann selbst Feministinnen reihenweise kapitulieren. Diese zur Schau getragene Abgrenzung hat aber in unserer viel beschworenen „offenen Gesellschaft“ nichts zu suchen.

Das Gespräch fand am 30. Dezember 2016 statt.

Wie hältst du's mit der Religion?

—
Laizität und religiöse Wirklichkeit

JANINE ZIEGLER

Geboren 1977 in Bad Harzburg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Minor, Lehrbeauftragte am Lehrstuhl „Politik und Regieren in Deutschland und Europa“, Universität Potsdam.

Unter Berufung auf das Prinzip der Laizität wurde im Sommer 2016 zum Schutz der öffentlichen Ordnung an einigen südfranzösischen Badestränden das Tragen eines Ganzkörperbadeanzugs – des sogenannten Burkinis – verboten. Das Verbot galt jedoch nur für kurze Zeit, denn der von Gegnern des Verbots ange-

rufene Staatsrat (*Conseil d'État*) urteilte, ein Burkini sei keine Störung der öffentlichen Ordnung, sondern Ausdruck individueller Religionsfreiheit und daher mit dem Prinzip der Laizität vereinbar. Wie kann es sein, dass Befürworter und Gegner des Burkinis sich auf die sogenannte französische Laizität berufen und somit ein und dasselbe Prinzip für sich reklamieren?

Ein Blick in die aktuelle französische Verfassung verschafft in dieser Frage keine Klarheit. Er verrät lediglich, „dass Frankreich eine [...] laizistische [...] Republik ist, die ihren Bürgern unabhängig von ihrer Religion

Gleichheit vor dem Gesetz zusichert und jeglichen Glauben respektiert“ (Artikel 1)¹. Damit ist Laizität seit 1958 eines der wichtigen französischen Verfassungsprinzipien, das jedem Bürger Religionsfreiheit garantiert. Erstmals rechtlich konkretisiert wurde das Prinzip allerdings lange zuvor im „Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat“, dem „Loi concernant la séparation des Églises et de l'État“, das am 9. Dezember 1905 von der französischen Nationalversammlung verabschiedet worden war. Mit ihm endete das napoleonische Konkordat von 1801 und damit die staatliche Anerkennung und Subventionierung des Kultus. Gesellschaftspolitisch war dies ein wichtiger Schritt, denn mit der Einführung der institutionellen Trennung gelang es, den schwelenden Konflikt um das „richtige“ (Macht-)Verhältnis von Kirche und Staat in Frankreich zu beenden. Bis heute wird dem Laizitätsprinzip diese Frieden stiftende Wirkung attestiert.

Die festgeschriebene Trennung von Kirche und Staat sollte fortan sowohl die Religionsgemeinschaften vor politischer als auch umgekehrt den Staat vor religiöser Einflussnahme bewahren. In Zentrum stand dabei aber vor allem der Bildungsbereich, der sozusagen „entkirchlicht“ respektive „republikanisert“ wurde. Realisiert wurde die Entflechtung der Einfluss-sphären von Kirche und Staat durch die „Privatisierung“ der Religion. Seit 1905 sind alle Religionsgemeinschaften verpflichtet, sich privatrechtlich zu organisieren und eine dezentrale Struktur anzunehmen. Es ging in dem Gesetz aber nicht nur um die Trennung von Kirche und Staat. Artikel 1 richtet sich vielmehr an den französischen Bürger, dem – ganz im Sinne der Ideale der Französischen Revolution – Meinungs- und Glaubensfreiheit sowie die ungehinderte Ausübung seines Kultus im Rahmen der öffentlichen Ordnung garantiert werden.

NEUTRALITÄT VERSUS FREIHEIT

Laizität im Sinne des Gesetzes von 1905 bedeutet also die umfassende Garantie individueller Religionsfreiheit bei gleichzeitiger Sicherstellung absoluter religiöser Neutralität des öffentlichen Raumes durch die strikte Trennung von Kirche und Staat. Mit anderen Worten: Das französische Laizitätsprinzip ist seit jeher zweidimensional angelegt und bezieht sich sowohl auf den Staat als auch auf das Individuum. Dieses Konstrukt ermöglicht es, die Staatsziele Neutralität und Religionsfreiheit miteinander zu verbinden. Problematisch ist nur, dass sich beide Ebenen in der Praxis schlecht trennen lassen und daher in der Regel entschieden werden muss, was Vorrang hat – die Neutralität des öffentlichen Raumes oder die Freiheit individueller Religionsausübung.

Bis heute ist diese Frage das Kernstück einer jeden Debatte um die „richtige“ Interpretation des französischen Laizitätsprinzips. Dürfen Schüler in der staatlichen Schule ihre Religion bekunden? Darf der französische Staat

religiöse Privatschulen subventionieren? Darf er Religionsgemeinschaften Sonderkonditionen gewähren, zum Beispiel zur Errichtung religiöser Bauten? Seit Jahrzehnten scheiden sich die Geister an Fragen wie diesen, die alle mit berechtigten Argumenten im Sinne des Laizitätsprinzips unterschiedlich beantwortet werden können. Im wissenschaftlichen, aber auch gesellschaftspolitischen Diskurs gibt es im Wesentlichen zwei Lager: zum einen diejenigen, die den Religionsfreiheitsgedanken des Laizitätsprinzips betonen und für eine flexible oder offene Interpretation plädieren; zum anderen Verfechter einer rigiden oder strikten Lesart, die der Neutralität oberste Priorität einräumen.

Bis jetzt verfolgten die verschiedenen französischen Regierungen im Großen und Ganzen eine einheitliche Linie. Danach gilt die 1905 gesetzlich festgeschriebene Religionsfreiheit des Einzelnen lediglich im privaten Bereich in vollem Maße, nicht jedoch für den öffentlichen Raum. Hier ist bis heute Neutralität die oberste Prämisse des Staates. Nur so glaubt der französische Staat, einen öffentlichen Raum konstituieren zu können, in dem jeder Bürger fern jeglicher – besonders religiöser – Privilegien repräsentiert werden kann. Die Bekundung von Religiosität beispielsweise durch das Tragen religiös konnotierter Kleidung, durch die Vermittlung religiöser Inhalte oder das Werben für religiöse Zwecke ist daher im öffentlichen Raum untersagt.

STRIKTE LESART DES LAIZITÄTSPRINZIPS

Das bedeutet für den Alltag: In Frankreich sind staatliche Räume wie Schulen, Universitäten oder Ämter absolut neutral. Es gibt keinen staatlichen Religionsunterricht, keine theologischen Fakultäten, keine Kirchensteuer und keine Beamtinnen und Beamten mit Kopftuch, Kippa oder Turban. Mit anderen Worten: Seit 1905 das Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat verabschiedet wurde, hat sich im öffentlichen Raum eine strikte Lesart des Laizitätsprinzips etabliert, das heißt, die Abwägung zwischen staatlicher Neutralität und individueller Religionsfreiheit fällt zugunsten des Neutralitätsprinzips aus.

Bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes einigte man sich jedoch auf bestimmte Ausnahmen, sogenannte Bestandsgarantien, die bis heute Gültigkeit besitzen und in der aktuellen Debatte um die „richtige“ Lesart des Laizitätsprinzips eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt etablierten sich sieben sogenannte abweichende Rechtsregime, zum Beispiel in den Überseedepartements und -territorien sowie im ehemals deutschen Verwaltungsgebiet Reichsland Elsass-Lothringen. Sie führen beispielsweise dazu, dass es in Straßburg eine staatliche theologische Fakultät gibt, der französische Staatspräsident Kultusvertreter ernennt und das beim französischen Innenministerium

angesiedelte Zentrale Kultusbüro sich mit Fragen der Subventionierung von Gemeinden befasst. Verfechter einer offenen Auslegung der Laizität verstehen diese Ausnahmen als Indiz für die historische Flexibilität des Prinzips und fordern ein offizielles Ende seiner strikten Interpretation. Besonders für die aktuelle gesellschaftspolitische Debatte um die Vereinbarkeit von Islam und Trennungsprinzip ist diese Forderung von immenser Bedeutung.

VERHÄLTNIS VON STAAT UND ISLAM

Fakt ist zunächst, dass auch muslimische Religionsgemeinschaften dem Gesetz von 1905 unterworfen sind und sich daher in privatrechtlichen Vereinen organisieren müssen. Im Umgang mit ihnen verfolgen die französischen Staatsvertreter bisher eine zweigleisige Strategie. Trotz Neutralitätsgebot kooperieren sie mit ihnen und weichen hierdurch das strikte Trennungsprinzip auf – wohl nicht zuletzt, um die muslimischen Religionsgemeinschaften besser kontrollieren zu können. So gibt es inzwischen staatlich besoldete muslimische Seelsorger in der französischen Armee, einen vom Innenministerium initiierten Französischen Muslimrat (CFCM) und diverse Modelle zur Quersubventionierung von Moscheebauten. Die historische Flexibilität des Laizitätsprinzips wird also konsequenterweise auch auf den Islam angewendet.

Richtet man den Blick allerdings weg vom Trennungsgedanken und hin zur individuellen Religionsfreiheit der Muslime, so vertritt der Staat eine alles andere als offene Linie. Seit im Zuge der ersten Kopftuchdebatte 1989 die Frage aufkam, ob es im öffentlichen Raum der staatlichen Schulen erlaubt ist, individuelle Religiosität zu bekunden, blockt der Staat ab. Der Ausdruck individueller Religiosität ist in Frankreich weiterhin auf die Privatsphäre zu beschränken; im öffentlichen Raum ist und bleibt er, im Falle des Kopftuches sogar per Gesetz, untersagt. Der französische Staat zeigt sich also auch dem Islam gegenüber kooperativ, wenn es um organisationsrechtliche Fragen geht. Steht allerdings die individuelle Religiosität im Vordergrund, ist das Land nicht bereit, von seiner Linie der strikten Neutralität des öffentlichen Raumes abzuweichen.

CAUSA BURKINI

Wie aber ist der Burkini am Strand zu beurteilen? Ist der Strand kein öffentlicher Raum? Diese Frage führt zum Kern der jüngsten Laizitätsdebatte vom Sommer 2016 zurück. Zunächst ist die Argumentation der Bürgermeister, die in über dreißig Gemeinden ein Burkiniverbot erlassen haben, zu betrachten: Sie definieren den Strand als einen öffentlichen Raum im Sinne des Gesetzes von 1905 und führen an, mit dem Verbot religiösem Proselytismus, sprich der

Gefahr der Zwangsmissionierung, Einhaltung gebieten zu wollen. Der Burkini sei Ausdruck eines möglicherweise radikalen Islams und somit eine gezielte Provokation, die im öffentlichen Raum nicht ohne Weiteres akzeptiert werden könne. Wer sich an einem öffentlichen Badestrand aufhalte, habe sich dem Prinzip der Laizität entsprechend religiös neutral zu kleiden. Gegen diese Argumentation, die auch der Bürgermeister der südfranzösischen Gemeinde Villeneuve-Loubet vertrat, reichten die Menschenrechtsliga und das Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich beim Staatsrat Klage ein – mit Erfolg. Das Gericht entschied: In Villeneuve-Loubet bestand zu keinem Zeitpunkt ein erwiesenes Risiko für die Störung der öffentlichen Ordnung. Allein die Vermutung eines solchen Risikos reiche für die Einschränkung der individuellen Freiheitsrechte nicht aus.

TOPTHEMA DES WAHLKAMPFES

Die Auslegung des Laizitätsprinzips ist in Frankreich also alles andere als klar und eindeutig: Denn natürlich ist der Badestrand ein öffentlicher Raum, jedoch nicht in gleicher Art und Weise wie ein Klassenzimmer, ein Parlament oder ein Gerichtssaal – Orte, an denen eine bestimmte Staatsauffassung vermittelt wird und die im Sinne des Gesetzes als Plätze der Neutralität zu gelten haben. Entsprechend höher wiegt am Strand die individuelle Religionsfreiheit, die es zu schützen gilt. Tatsache ist aber auch, dass die gerichtliche Entscheidung nur die politische Strategie der Gemeinde Villeneuve-Loubet in die Schranken weist, während das Burkiniverbot in anderen Gemeinden weiterhin gilt. Den Grundtenor des gesellschaftlichen Unbehagens an muslimischer Religiosität wird die Entscheidung kaum verändern.

Vielmehr ist vor dem Hintergrund der französischen Präsidentschaftswahlen im April und Mai 2017 zu erwarten, dass „der“ Islam und somit auch „die“ Laizität Topthemen des Wahlkampfes sein werden. Denn in Zeiten, in denen die französische Politik regelmäßig die Ausweitung der Ausnahmegesetze zum Kampf gegen den islamischen Terror debattiert, eignen sich beide Themen hervorragend zur politischen Profilierung, und zwar aller Parteien. Gerade weil diese Gesetze vielschichtig sind, kann jeder, egal welcher politischen Couleur, aus dem Vollen schöpfen: Mit dem Verweis auf die Laizität lässt sich ebenso für mehr Flexibilität und eine offene Politik gegenüber dem Islam argumentieren wie auch gegen den gesellschaftlichen Vormarsch des religiösen Fanatismus und für eine Ausweitung der staatlichen Neutralitätsbereiche.

NEUTRALITÄT ALLEIN IST KEIN KITT

Tatsache ist, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in der *République une et indivisible* bereits seit vielen Jahren bröckelt. Offensichtlich ist auch das Prinzip der Laizität in seiner aktuellen Lesart nicht mehr in der Lage, die entstandene Kluft durch Neutralität zu kitten. Wäre es da nicht an der Zeit, sich flexibler zu zeigen und auf die Frieden stiftende Wirkung einer Neuinterpretation des Prinzips zu setzen? Ein offener Umgang mit „dem“ Islam könnte gesellschaftlichem Unbehagen entgegenreten und somit eine integrative Wirkung auf alle Teile der Bevölkerung haben. Denn noch immer fällt es vielen Franzosen schwer, muslimische Religiosität als möglichen Bestandteil einer französischen Identität zu akzeptieren und offensiv mit ihr umzugehen, anstatt sie ausschließlich ins Private zu verbannen.

Könnte der Radikalisierung von Jugendlichen möglicherweise auch vorgebeugt werden, indem ihrer Religion in der staatlichen Schule ein Platz zugesprochen wird? Eventuell kann eine staatliche Zusammenarbeit mit Religionsvertretern dabei helfen, Bürger zu erreichen, die von der französischen Gesellschaft nichts mehr erwarten.

In jedem Fall ist es lohnenswert, über Vorschläge wie diese zu diskutieren; denn selbst wenn der erste Eindruck oftmals ein anderer ist: Im laizistischen Frankreich hat Religion nach wie vor einen gesellschaftspolitischen Platz, und bislang haben sich alle Seiten, auch der Staat, gut mit dieser Tatsache arrangiert.

¹ „La France est une République indivisible, laïque, démocratique et sociale. Elle assure l'égalité devant la loi de tous les citoyens sans distinction d'origine, de race ou de religion. Elle respecte toutes les croyances. [...]“ Article 1 de la Constitution du 4 octobre 1958 en vigueur. Abrufbar unter <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/texte-integral-de-la-constitution-du-4-octobre-1958-en-vigueur.5074.html> (abgerufen am 16.11.2016).

Literatur

Conseil d'État: Décision contentieuse – Mesure d'interdiction des tenues regardées comme manifestant de manière ostensible une appartenance religieuse lors de la baignade et sur les plages, 26.08.2016; siehe <http://www.conseil-etat.fr/Actualites/Communiqués/Mesure-d-interdiction-des-tenues-regardees-comme-manifestant-de-maniere-ostensible-une-appartenance-religieuse-lors-de-la-baignade-et-sur-les-plages> (abgerufen am 10.11.2016).

Observatoire de la laïcité; <http://www.gouvernement.fr/observatoire-de-la-laicite>.

Ziegler, Janine: „Republik ohne Gott – Zur französischen Vision eines religionsneutralen Staates“, in: Kink, Markus/Ziegler, Janine (Hrsg.): Staatsansichten – Staatsvisionen: Ein politik- und kulturwissenschaftlicher Querschnitt, LIT-Verlag, Münster 2013, S. 319–340.



Unsere Vorfahren, die Gallier?

Was Deutschland aus der integrationspolitischen Debatte
in Frankreich lernen kann

BENEDICT GÖBEL

Geboren 1988 in Marburg,
Koordinator für Integrationspolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Sobald jemand Franzose wird, sind die Gallier
seine Vorfahren.“ Mit dieser Aussage sorgte der
ehemalige französische Präsident und inzwi-
schen ausgeschiedene Kandidat für die fran-
zösische Präsidentschaftswahl 2017, Nicolas Sarkozy, in einer Ansprache im

September 2016 für Kontroversen.¹ Dem Vorwurf ausgesetzt, seinen Wahlkampf zu „trumpisieren“² und die Integrationsdebatte zu einem neuen Tiefpunkt geführt zu haben, dämpfte der ehemalige Präsident seine Aussage. Er habe sich nicht auf Abstammung, sondern auf das Zugehörigkeitsgefühl zur gemeinsamen nationalen Geschichte bezogen.

Unabhängig von schrägen Tönen wie diesen genießt die französische Integrationspolitik in Deutschland keinen guten Ruf. Ob das Attentat

von Toulouse durch Mohamed Merah, die Anschläge auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* und den jüdischen Supermarkt im Januar 2015, die Selbstmordanschläge am Stade de France, das Massaker im Bataclan am 13. November 2015 oder der Anschlag in Nizza am 14. Juli 2016, die Hinrichtung des Priesters Jacques Hamel in einer Kirche in Saint-Étienne-du-Rouvray: Allesamt wirken sie wie traurige, doch irgendwie zwangsläufige Resultate einer gescheiterten Integrationspolitik.

Dabei hat sich Frankreich lange als Vorbild in Sachen Integration betrachtet. Entsprechend positiv äußerte sich noch vor wenigen Jahren der Hohe Integrationsrat (*Haut Conseil à l'Intégration*), wonach, „wenn auch oft kritisiert, [...] das französische Integrationsmodell tagtäglich [zeigt], dass die Integration in Frankreich funktioniert!“ Überdurchschnittlich gute Werte erreicht Frankreich den Zahlen des Europäischen Integrationsindex MIPEX zufolge sogar beim Indikator der „Diskriminierungsbekämpfung“, auf dem es mit 77 Punkten noch vor Deutschland (58 Punkte) liegt.

EINWANDERUNGSWELLEN SEIT DEM 19. JAHRHUNDERT

Aufbauend auf einer langen Einwanderungsgeschichte, die im Gegensatz zu Deutschland bis weit in das 19. Jahrhundert zurückreicht, unterscheidet sich Frankreich auch durch die Heterogenität und in der Altersstruktur seiner Einwanderer. Mehrere Einwanderungswellen haben das Land seit dem 19. Jahrhundert geprägt und eine im europäischen Vergleich heterogenere und ältere Einwanderungslandschaft hervorgebracht. Die vor den 1970er-Jahren eindeutig europäisch dominierte Einwanderung aus Italien, Spanien und Portugal wurde in den letzten Jahrzehnten von einer verstärkt aus dem Raum der ehemaligen französischen Kolonien stammenden nordafrikanischen und asiatischen Einwanderung überholt. Insgesamt unterscheidet sich Frankreich bezüglich des Einwandereranteils im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung jedoch nur wenig von seinen europäischen Nachbarn.

Nur ein Jahr nach dem deutschen Anwerbestopp von 1973 markierte auch Frankreich eine Wende in seiner Einwanderungspolitik, indem es 1974 die Einwanderung ausländischer Arbeiter einschränkte. Auf eine seit Mitte des 19. Jahrhunderts größtenteils männlich geprägte und wirtschaftlich motivierte Einwanderung folgte mit Beginn der 1980er-Jahre der Nachzug von Familien aus den Heimatländern. Der 1974 noch provisorisch ausgesprochene Anwerbestopp wurde seither von keiner Regierung infrage gestellt. Erst 2006 wurde Frankreichs Selbstverständnis, ein Einwanderungsland zu sein, durch den vom Innenminister und späteren Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy lancierten Begriff der *immigration choisie*, der für eine bewusste, selektive Einwanderung steht, wieder hervorgehoben. Seit 2007 wird Einwanderung

ähnlich wie in Deutschland in erster Linie nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Staatspräsident François Hollande hat diese Politik nach 2012 nicht infrage gestellt.

SELBSTVERSTÄNDNIS DER NATION

So weit wie die Einwanderungsgeschichte Frankreichs zurückreicht, so tief reicht auch das französische Verständnis von Integration, das in den Ideen der Aufklärung vor 1789 wurzelt. Die Integration in die französische Gesellschaft wird als beiderseitige Verpflichtung begriffen. Zum einen verpflichtet sich der Staat zu einer klaren und kompromisslosen Gleichbehandlung seiner Bürger im Sinne des Grundsatzes der „Égalité“; zum anderen verpflichtet sich der Bürger, die Grundprinzipien der Republik zu akzeptieren, ihre Gesetze zu achten und sich ihr zugehörig zu fühlen. Aus Sicht der Republik sind die Bürger, die „Citoyens“, Träger einer gemeinsamen Identität, die sich über das gemeinsame Bekenntnis zu ihren Grundwerten definiert. Den Umgang mit der Religion prägt eine strenge Neutralität des Staates, die mit der gesetzlichen Einführung der „Laizität“ 1905 im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem der fundamentalen Grundprinzipien der französischen Republik avancierte. Daraus erwuchs ein spezifisch französisches Integrationsverständnis, in dessen Zentrum die Identifikation mit dem größeren, republikanischen Ganzen steht. Integration bedeutete somit in erster Linie Einbürgerung.

Erst nach dem Anwerbestopp in den 1970er-Jahren und dem einsetzenden Familiennachzug vieler Frauen und Kinder wurden weitere politische Maßnahmen implementiert. Waren die Hilfen für Einwanderer bis dahin noch auf unterstützende Maßnahmen in den Bereichen Wohnungs- und Arbeitssuche beschränkt, folgten nun breitere integrationspolitische Angebote. Zum wesentlichen Instrument französischer Integrationspolitik avancierte der Sozialfonds FAS (*Le Fond d'Action Sociale*), dessen Ausrichtung in vielen wesentlichen Punkten (Integration in den Arbeitsmarkt, Ausbildung, Sprache, Kultur und vieles mehr) dem 2006 vorgestellten deutschen „Nationalen Integrationsplan“ ähnelt.

INTEGRATION ALS MODERNES REIZTHEMA

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat allerdings gezeigt, dass dieses integrationspolitische Konzept nicht ohne Weiteres aufgegangen ist. Die Herausbildung gesellschaftlicher Parallelstrukturen in den Vorstädten, deren katastrophale Zustände in den Aufständen vom Herbst 2005 für alle Welt offen zutage getreten sind, hat das französische Integrationsverständnis in seinen

Grundfesten erschüttert. Die Frage nach den Ursachen für dieses Scheitern spaltet seitdem die Nation. Die Auffassung, nach der vor allem die Politik für das Scheitern verantwortlich sei, weil sie versäumt habe, sich der eingewanderten Menschen rechtzeitig anzunehmen und Zukunftsperspektiven zu schaffen, hat sich seither über die Grenzen des Landes hinweg etabliert.

Dieses Argument muss allerdings hinterfragt werden. Zum einen bilden die republikanischen Grundprinzipien seit über zwei Jahrhunderten die Grundlage für ein offenes und einladendes Integrationsverständnis, von dem in den letzten 150 Jahren mehrere Millionen Menschen jeglicher Nationalität profitiert haben. Zum anderen fördert die Politik die Integration von Einwanderern mit unzähligen innovativen administrativen Programmen und Mitteln in beträchtlicher Höhe intensiv und kreativ. Aussagen zur Wirkung oder zum Erfolg der seit 1974 aufgelegten Integrationsmaßnahmen sind jedoch schwer zu treffen: Die geförderten Projekte wurden nicht langfristig beobachtet und auch nicht ausreichend evaluiert. Insgesamt liegt der Lebensstandard von Einwanderern nach Aussage des französischen Statistikamtes dreißig Prozent unter dem der einheimischen Bevölkerung. Doch zeigt der messbare Zuwachs des Lebensstandards von der ersten Einwanderergeneration zur Nachfolgeneration von zwölf Prozent, dass Aufstiegsperspektiven durchaus existieren und Integration in Frankreich alles andere als unmöglich ist.

Ein wesentliches Problem französischer Integrationspolitik sieht der französische Rechnungshof im Mangel an relevanten Indikatoren zur Messung von Integration. Gerade mit Blick auf die auffällige Korrelation zwischen einer verstärkt muslimischen Einwanderung und den Integrationsproblemen ab den 1980er-Jahren erweist sich der Datenmangel als besonders hinderlich. Der politische Wille, eine „Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Wohnviertel zu vermeiden“, hatte ein Informationsdefizit für die öffentliche Verwaltung zur Folge, das sich als „wahres Hindernis für die korrekte Evaluierung“ der Integrationspolitik erwiesen hat. Vor diesem Hintergrund legt der Bericht nahe, die besonderen Umstände der jeweiligen Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erfassen, um Integrationsmaßnahmen entsprechend anpassen zu können.

NATIONALE GRUNDSATZDEBATTE

Ein weiteres Problem liegt in der „ideologischen“ Orientierungslosigkeit, die die Krise des republikanischen Integrationsverständnisses auf politischer Ebene ausgelöst hat. Integrationspolitische Fragestellungen haben das Feld politischer Auseinandersetzungen über Wohnungsbaumaßnahmen oder arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie sie die politische Debatte in Deutschland dominieren, längst verlassen und sind zu Grundsatzfragen nach dem französischen Selbstverständnis, nach republikanischen Prinzipien oder dem

Verhältnis der Republik zum Islam mutiert. In dieser Diskussion liebäugeln die Konservativen mit überhöhtem Patriotismus, während die Sozialisten republikanische Grundwerte zugunsten kommunitaristischer Ansätze relativieren. Auf konservativer Seite sorgten die von Präsident Sarkozy angeregten Debatten über eine *identité nationale*, eine *discrimination positive* oder eine *laïcité positive* für Kontroversen. Dies greift der Front National mit neonationalistischen Argumenten auf, die zunehmend verfangen: Das Scheitern der Integration resultiere aus Überfremdung durch Masseneinwanderung und aus mangelndem Einsatz für die nationale, französische Identität. Demgegenüber steht vonseiten der Sozialisten das geläufige Argument, wonach das Scheitern der Integration auf einen strukturellen Rassismus beziehungsweise eine historisch geprägte Islamfeindlichkeit der französischen Gesellschaft zurückzuführen sei, der mit einer höheren Wertschätzung für die Identitäten der Einwanderer begegnet werden müsse. Die Wortwahl des sozialistischen Premierministers Manuel Valls, der so weit ging, von einer „sozialen, ethnischen und territorialen Apartheid“ zu sprechen, sorgte 2015 für Kontroversen. Dabei steht die Aussage im direkten Widerspruch zu dem letzten „Toleranzindikator“ des Hohen Integrationsrats, dem zufolge die Akzeptanz für Menschen anderer Religion, Nationalität oder Kultur in Frankreich „nie höher war“.

Integrationspolitik ist also zu einer nationalen Grundsatzdebatte geworden. Subjektive Identitäten, seien sie „national“, „französisch“, „ethnisch“ oder „religiös“ definiert, verdrängen zunehmend die einst verbindenden republikanischen Grundprinzipien. Fast vergessen scheint dabei die Warnung im Empfehlungsbericht des Hohen Integrationsrats von 2005; darin hieß es, Frankreich solle nicht der Verführung zu erliegen, sich vom republikanischen Ansatz „gleicher Rechte und gleicher Chancen für alle zugunsten von Maßnahmen positiver Diskriminierung sowie ethnisch oder kommunitaristisch ausgerichteter Strategien“ abzuwenden.

HETEROGENE EINWANDERUNG

Ebenso wie in Frankreich findet auch in Deutschland zunehmend eine heterogene und sozial durchmischte Einwanderung statt, auf die es nicht vorbereitet war. Auf eine zunächst von Arbeitskräften dominierte Einwanderung folgten verstärkt Familien, Frauen und Kinder, die neue gesellschaftliche Herausforderungen mit sich brachten. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich begann die politische Diskussion zur Integration mit überwiegend strukturellen Fragen. In beiden Fällen reagierte die Politik auf die Situation mit besonderen Integrationsangeboten. Wie zuerst in Frankreich avancieren nun auch in Deutschland Toleranz und Nichtdiskriminierung zu dominanten Themen der öffentlichen Debatte. Parallel zu dieser Entwicklung kam es in

beiden Ländern zur Stärkung der nationalistischen Ränder in der politischen Landschaft. So erzielte die einstige Kleinstpartei Front National während der Europawahl 1984 mit elf Prozent der Stimmen ihren ersten politischen Durchbruch und konnte sich in den Folgejahren dauerhaft etablieren. Noch bleibt es abzuwarten, ob der Alternative für Deutschland nach ihrem Einzug in zahlreiche deutsche Landtage eine solche Etablierung gelingen wird.

MENSCHENBILD ALS MIGRATIONSPOLITISCHES NARRATIV

Die Erfahrungen aus Frankreich zeigen, dass Integrationspolitik über rein strukturelle politische Maßnahmen hinausgehen muss. Trotz zahlreicher finanzieller Angebote und eines entschlossenen Kampfes gegen Diskriminierung wurde in Frankreich die Bildung der „Banlieues“ nicht verhindert. Für Deutschland bedeutet dies, den soziokulturellen Hintergrund von Flüchtlingen bei der Integration nicht außer Acht zu lassen. Darüber hinaus hat die Entwicklung der Debatte um die richtige Einwanderungs- und Integrationspolitik in Frankreich offenbart, welche Sprengkraft das Thema entwickeln kann. Für Deutschland bedeutet dies, sich rechtzeitig auf Kontroversen in der Integrationspolitik einzustellen. Dazu empfiehlt es sich, die eigenen Grundprinzipien, maßgeblich das Menschenbild des Grundgesetzes und die sich daraus ableitenden Grundrechte, zu einem soliden und kohärenten integrationspolitischen Narrativ auszubauen. Eine Assimilation an dieses Menschenbild ist dabei unabdingbar, da es die elementare Grundlage für Frieden, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bildet. Dass dieses Menschenbild auch jenem der Gallier, Germanen, Römer oder Westgoten entsprochen hätte, darf hingegen bezweifelt werden.

¹ <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/09/19/97001-20160919FILWWW00356-des-que-l-on-devient-francais-nos-ancetres-sont-gaulois-sarkozy.php> (15.11.2016).

² <http://www.lci.fr/primaire-droite/polemique-sur-les-gaulois-les-propos-de-nicolas-sarkozy-n-etaient-pas-prevus-selon-son-equipe-2005135.html> (14.11.2016).

Schreiben über den Ausnahmezustand

Die Sicht Gila Lustigers und Michel Houellebecqs

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referates Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung, außerplanmäßiger Professor für Neuere deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Michel Houellebecq: Unterwerfung. Roman. Aus dem Französischen von Norma Cassau und Bernd Wilczek,

DuMont Buchverlag, Köln 2015, 272 Seiten, 22,99 Euro.

Gila Lustiger: Erschütterung. Über den Terror, Berlin Verlag, Berlin 2016, 160 Seiten, 16,00 Euro.

Navid Kermani: Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa, C. H. Beck Verlag, 4. Auflage, München 2016, 96 Seiten, 10,00 Euro.

„Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht“, schreibt Heine 1832 in Paris, so komme „das große Völkerbündnis, die Heilige Allianz der Nationen“ zustande. Der Zeitkritiker als Prophet: Heines Haltung zu den französischen Zuständen, die seit jeher wohl ein Brennpunkt für den Zustand Europas sind, hat nichts an Aktualität verloren. Am Anfang des 21. Jahrhunderts gibt es eine Einheit der europäischen Nationen, doch wird diese Ordnung erschüttert. Woher kommt der fundamentalistische Terror? Warum ermorden selbst ernannte Dschihadisten wehrlose Menschen, und wie kommen diese „Schreckens-Männer“ (Hans Magnus Enzensberger) dazu, Jugendliche zu Selbstmordattentätern zu erziehen?

POLITISCH EINDRINGLICHE STUDIE

Die Schriftstellerin Gila Lustiger hat sich diesen Fragen gestellt. Doch sie fragt nicht als Gewaltforscherin, sondern kombiniert ihre Rolle als Zeitgenossin mit der als Mutter zweier gerade erwachsener Kinder. Besonders geht sie Frankreich natürlich auch an, weil sie seit 1987 in Paris lebt und jüdischer Herkunft ist. So hat sie 2015 damit begonnen, aufzuschreiben, was sie beobachtet und bedenkt. Herausgekommen ist eine persönlich überzeugende und zugleich politisch eindringliche Studie. Sie gilt den französischen Zuständen und den globalen Zusammenhängen des IS-Terrors.

Erschütterung beginnt mit einem Geständnis. Nach den Anschlägen des 13. Novembers 2015 in Paris wurde Gila

Lustiger regelrecht informations-süchtig. Jede Zeitungsmeldung, jede Radio- und Fernsehnachricht, jede Meldung im Netz wurde im Minutentakt verfolgt. Ein Versuch, das Chaos chronologisch zu ordnen.

LÄHMENDER HYPERREALISMUS

Doch die Details führen eine eigene Regie, die schwer durchschaubar ist. Denn was nutzt es, zu wissen, wie der sechste Song bei dem Heavy-Metal-Konzert hieß, während dessen sich die Attentäter entschlossen, blindlings auf die Zuhörer zu feuern? Und bringt es etwas, wenn man weiß, in welchen Minuten sich die Terroristen vor dem Stadion, in dem Deutschland gegen Frankreich spielte, in die Luft jagten?

Zu viele Informationen erzeugen einen Hyperrealismus, der lähmt. Deshalb bedarf es, so argumentiert Gila Lustiger, des Überblicks und des Blicks auf die Geschichte. Bildungspolitische und kulturgeschichtliche Erklärungen kommen zusammen.

Zu der Vorgeschichte des Novemberattentats gehören die Aufstände von 2005 in den Pariser Vororten, den Banlieues. Wie sich das Zerstörungspotenzial von Arbeitslosigkeit, Armut und Kleinkriminalität dort über Jahrzehnte anstauen konnte, hat Gila Lustiger bereits in ihrem letzten Roman *Die Schuld der anderen* präzise recherchiert. Sie erklärt das Scheitern der *politique de la ville*, gleichviel, ob mit Toleranz oder Radikalität.

Zugleich durchleuchtet sie das Verhalten der Täter. Warum hat sich die Destruktionswut der Banlieusards so sehr gegen das eigene Milieu gerichtet? Warum

wurden ausgerechnet die Symbole des Wohlfahrtsstaates, Schulen und Kindergärten, angegriffen? Warum brannten siebzig Bibliotheken? Niemand sei auf die Bastille gegangen, meint Gila Lustiger, der Mob war sprachlos, verachtete Bildung und Kultur und blieb innerhalb seiner soziokulturellen Umgebung. Das habe auch daran gelegen, dass damals weder Gewerkschaften noch Aktivisten noch Globalisierungskritiker etwas vor Ort unternommen hätten.

HUMOR GEGEN FANATISMUS

Diese Kritik bietet politischen Zündstoff. Lustiger fragt nach dem Anstand einer Gesellschaft, deren Institutionen dazu neigen, manche Immigrations- und Migrationsgruppen auszugrenzen. Die Folge ist eine unerträgliche Demütigung. Respekt ist ein Gegenmittel. Wo man sich gegenseitig respektiert, gerade auch in den Unterschieden, da ist der Frieden näher. Sie erinnert an die französischen Menschen- und Bürgerrechte vom August 1789, Richtinstrumente für die aktuelle Flüchtlingspolitik. Und plädiert dafür, den Humor nicht zu verlieren. Wo man lacht, da werden Unterschiede aufgehoben. Humor ist ein „gutes Rezept“ gegen den Fanatismus, der ein Angriff auf den westlichen Lebensstil ist. Die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* kommentierte die Mordanschläge: „Ihr habt die Waffen. Wir haben den Champagner.“

Gila Lustiger macht auf den Antisemitismus der Vororte aufmerksam, der in den Nachrichten und öffentlichen Diskussionen oft unterschlagen wird. So sei der Boden für einen Terror bereitet worden, der

sich alter Vorurteile über Flucht und Vertreibung, Migration und Integration bedient. Auch Michael Kleeberg hat im letzten Jahr in einem *Spiegel*-Essay auf die „zweite Parallelgesellschaft“ in Frankreich hingewiesen: Neben den Muslimen seien das die Juden.

Und Deutschland? Gila Lustiger findet Lob für die Einwanderungspolitik der deutschen Regierung, auch im Wechsel von Euphorie zur Skepsis. Sie beschreibt ihre Erschütterung angesichts der schweren Sexual- und Diebstahlsdelikte in der Kölner Silvesternacht. Wie kommt – eine zunächst tabuisierte Frage – der Terror, der „Krieg in den Seelen“ (Kermani) mit der Migration nach Europa? Gila Lustiger richtet klare Worte gegen die Frauenverachtung des radikalen Islams – und gegen die Missachtung der elementaren Menschenrechte. Hass und Ausgrenzung sind keine Lösungen. Es geht um die Verteidigung der Grundlagen unserer Zivilgesellschaft. Und Angriffe auf Frauen sind ebenso wie Gewalt gegen Juden Angriffe auf die zivilrechtliche Moral: „Es gibt keinen Knigge für Opfer.“ Wohl aber Gesetze.

REVOLUTION AUF TAUBENFÜSSEN

Ganz andere Töne hat Michel Houellebecq angeschlagen. Sein Roman *Unterwerfung* ist kein Protokoll der Jetztzeit, sondern dunkle Prophetie der kommenden. Er spielt in einem fundamentalistisch islamisierten Europa des Jahres 2022. Die muslimische Kultur regiert inzwischen Frankreich und erfasst alle gesellschaftlichen Bereiche, auch formal in der Gestalt des Präsidenten Mohammed Ben Abbès.

Der Icherzähler des Romans ist ein mittelmaßiger Held mit dem Allerweltsnamen François aus dem Hochschulbereich. Ein akademischer Tag in der Woche mit Vorlesung, Masterkurs und Seminar reicht aus, hier und da eine Affäre, meist mit den Studentinnen, und nichts steht mehr auf dem Spiel, als für den Abend das passende aufwärmbare indische Gericht auszuwählen.

Houellebecq's Roman nimmt sich Zeit, um die islamische Wende vorzubereiten. Auf Taubenfüßen kommt die Revolution daher, die Akademiker stecken den Kopf in den Sand, die Studierenden sind überfordert, das Volk hält Marine Le Pen für das größere Übel. So bahnt sich ein Überlaufen der westlichen Werte in einen Kulturkreis ein, in dem die Frau unterdrückt, die Familie tribalistisch verherrlicht und jeder Gläubige zur Unterwerfung gezwungen wird. Nach der Wahl Mohammed Ben Abbès' flieht unser Held erst einmal in die Provinz und sucht Schutz bei der Schwarzen Madonna. Aber nichts hilft: Die Verführer haben Meursault und Escortservice, François bekommt das Angebot, sein Steckenpferd, einen französischen Autor der *décadence*, Joris-Karl Huysmans, in der Bibliothèque de la Pléiade unterzubringen. Ein Teufelspakt: François, ein kleingeistiger Faust, knickt ein. Dreifaches Gehalt, eine Lebenszeitstelle an der von Saudis umgemodelten Sorbonne, das ist sein Lohn.

VOM SATIRIKER ZUM GEKRÄNKTEN IDEALISTEN

Es ist erstaunlich, wie scharfsinnig Houellebecq von einer Zukunft erzählt, die in der Gegenwart zu schlummern scheint.

Die Lesart des „Antizipationsromans“ ist in mancher Hinsicht einleuchtend, aber sie ist nicht die einzige. Houellebecq's Roman erschien am Tag des Anschlags auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo*, am 15. Januar 2015. Auf der Titelseite der Zeitschrift war eine Karikatur des Autors zu sehen, im hinteren Teil eine hymnische Besprechung von *Soumission* zu lesen. „Submission“ wiederum ist der Titel des 2004 erschienenen Films des von einem islamischen Terroristen ermordeten Regisseurs Theo van Gogh, in dem Koranverse auf einen nackten Frauenkörper projiziert wurden. Aus diesem Netz politischer und kultureller Verweise entsteht der Roman, der eben mehr ist als nur die Warntafel vor einer düsteren Zukunft.

Die andere Lesart ist eine satirische. Der Autor habe seinen Roman nur „iranisch“ gemeint, so die Auffassung von Kritikern; wir würden ihm auf den Leim gehen, wenn wir diese Zukunftswelt eines fremden Europa ernst nähmen. In der Tat spielt Houellebecq souverän mit kollektiven Ängsten vor Flüchtlingswelle, Islamisierung Europas und mit den Abstiegsphantasien der vermeintlich besseren Gesellschaft. Hier wird der Satiriker zu einem gekränkten Idealisten, der die Welt schlechter macht, als sie ist, weil sie es in seinen Augen nicht besser verdient.

Unterwerfung ist ein furchtloser und radikaler Roman über die islamistische Ausweitung der Kampfzonen auf Europa. Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen, aber diese Erkenntnis ist, anders als in Goethes freundlicher Vision, nicht mehr dem vorbehalten, der sich und andere kennt, sondern dem Ideologen, der nur ein Denken kennt, das Vereinigung aufzwingt und Trennung gewalttätig beendet. Der Islam als westlicher

Konsumfetisch, die Aufhebung der Meinungsfreiheit, das Richtschwert über der Republik: Das sind die Schreckgespenster des Buches, die bei seiner Theaterfassung im Februar 2016 unter der Regie von Karin Beier am Schauspielhaus Hamburg noch parodistisch gebannt wurden.

GEWALTFREIER UMGANG MIT DIFFERENZEN

Französische Zustände und Europa: einerseits also klare Worte, andererseits Zukunftsgleichnisse in der Debatte über Gewalt und arabische Welt. Wenn wir einen gewaltfreien Umgang mit Differenzen, geschlechtlichen, religiösen, politischen, zum Erbe der europäischen Aufklärung rechnen, können wir auf den Kölner Schriftsteller und Islamforscher Navid Kermani hören. Der hat in seiner Friedenspreisrede 2015 darauf hingewiesen, dass die Moderne bei uns als Prozess der Emanzipation, im Nahen Osten jedoch als Gewalterfahrung erlebt wurde: „Das Kopftuch haben die iranischen Frauen nicht allmählich abgelegt – Soldaten

schwärmten auf Anordnung des Schahs 1936 in den Straßen aus, um es ihnen mit Gewalt vom Kopf zu reißen.“

Navid Kermanis Reportage von der Balkanroute *Einbruch der Wirklichkeit*, Gila Lustigers Essay *Erschütterung* und Michel Houellebecqs Roman *Unterwerfung* sind Bücher der kritischen Aufklärung, unaufgeregt, einsichtsvoll, Plädoyers für eine unkriegerische Integration, mit einem Wort: höchst lesenswert.

Anmerkung: Man kann den Roman „Unterwerfung“ als Schlüsselroman zur aktuellen Situation nicht nur in Frankreich lesen. Hinter der mephistophelischen Figur des Mohamed Ben Abbès, der den Erzähler am Ende auf die Seite einer islamhörigen, daher nicht mehr freien Wissenschaft zieht, verbirgt sich bei näherem Hinsehen die reale Figur Tariq Ramadan, der mit nietzscheanischem Gedankengut einen vermeintlich reformatorischen Kurs fährt, in Wirklichkeit jedoch unter dem Deckmantel des interreligiösen Liberalismus eine fundamentalistische Position vertritt. Es bleibt dem Leser überlassen, weitere Parallelen dieser schillernden Gemengelage von Bildung, Assimilation und Ideologie zu dieser realen Figur zu ziehen. (RT)

Tödliches Programm

Motive, Entwicklung und Ziele des Dschihadismus

GILLES KEPPEL

Geboren 1955 in Paris, Professor am Institut für Politische Studien, Paris, Lehrstuhlinhaber für den Vorderen Orient und den Mittelmeerraum („Chaire Moyen-Orient Méditerranée“).

Die Fragen um die terroristische Bedrohung der Gegenwart müssen klar ausgesprochen werden: Es geht *nicht* um religiösen Radikalismus – es geht um die enorme und komplexe Herausforderung, mit der sich Europa angesichts des wachsenden Dschihadismus sowohl innerhalb seiner Grenzen als auch an seiner

südlichen und östlichen Peripherie konfrontiert sieht. Unübersehbar besitzt der Dschihadismus eine religiöse Komponente, doch es gibt zugleich eine soziale Dimension. Nicht zuletzt wirkt auch das Erbe der Kolonialgeschichte nach. Die innere Struktur der Gesellschaft spielt eine Rolle, psychologische Phänomene müssen berücksichtigt werden.

Eine einfache Beobachtung lässt vielleicht den Kern des Problems erkennen: Bei soziologischen Felduntersuchungen in Nizza, das unter den französischen Regionen, die Dschihadisten nach Syrien „exportieren“, an zweiter Stelle steht, stellten wir fest, dass in den Familien, die ein Kind an die Dschihadisten verloren hatten, kaum Väter zu finden waren. An die Stelle der Väter waren gleichaltrige „Peers“ getreten, die den für die Kinder schwerwiegenden

Makel der „Vaterlosigkeit“ kompensierten. Verbreitet war unter ihnen die Vorstellung, dass die Gesellschaft vollständig anomisch, also ebenso gott- wie gesetzlos sei und durch eine neue Ordnung, eine Art Utopia, ersetzt werden müsse – diese neue Ordnung solle auf der heiligen Schrift des Islams aufbauen – so, wie sie von der salafistischen Bewegung verstanden wird.

Diese Gemengelage von Ursachen und Kausalitäten gilt es zu entschlüsseln und zu diagnostizieren. Darin besteht die Rolle des Gelehrten, während es die Sache des Politikers ist, auf dieser Grundlage eine Therapie vorzuschlagen und anzuwenden. Die Schwierigkeit einer solchen Kooperation bestand in den letzten Jahren darin, dass einerseits die Politiker die akademischen Tätigkeiten von Grund auf verachten und andererseits auch die Wissenschaftler lieber nichts mit Politikern zu tun haben wollen.

AUFSTÄNDE DER ARABER

Frankreich und Europa sind mit den Auswirkungen des Chaos konfrontiert, in dem der Nahe Osten und Nordafrika gefangen sind und das sowohl arabisches als auch türkisches und teilweise auch iranisches Gebiet umfasst. Einst arbeiteten autoritäre Regime dem Westen insofern zu, als sie die Grenzen überwachten und im Inneren für ein gewisses Maß an sozialem Frieden sorgten. Daran war man mehr interessiert als an demokratischen Reformen im Mittelmeerraum – aus Furcht, sie könnten zu einem Chaos führen. Heute bezahlen wir mit den Migrationsproblemen für diese Politik. Als die Aufstände der Araber im Winter 2010 begannen, brach Begeisterung los: Die Araber glaubten, wieder im Mittelpunkt der Geschichte zu stehen. Sie entledigten sich der autoritären Regime – wie es früher Portugal, Griechenland oder Spanien sowie die Länder des sozialistischen Ostblocks getan hatten. Doch die Visionen erwiesen sich bald als weitgehend utopisch. Heute ist der Raum südlich und östlich des Mittelmeers instabil, und die Legitimität des Staates steht zumindest in Syrien, Libyen und im Jemen infrage. Auch in ökonomischer Hinsicht haben sich die Variablen durch den Fall des Ölpreises grundlegend verändert. Dabei hängt alles im Nahen Osten von den Einnahmen aus dem Ölgeschäft ab. Der daraus erwachsende Veränderungsdruck wird noch nicht ausreichend wahrgenommen, Europa sollte darauf aber vorbereitet sein.

Wir haben in den letzten fünfzig Jahren unsere Augen vor den undemokratischen Prozessen im Nahen Osten auch deshalb verschlossen, weil sich als Alternative zu diesen autoritären Regimen eine Auffassung herausbildet, die – wie ich sagen würde – nicht im Fundamentalismus, sondern in einem Verständnis der islamischen Schriften verwurzelt ist, das ursprünglich von der Moslembrüderschaft stammt, sich aber im Laufe der Jahre immer mehr dem Salafismus und dem Dschihadismus angenähert hat. Um das zu erklären, muss man in die Geschichte zurückschauen.

Womit Europa zurzeit konfrontiert ist, bezeichne ich als das „dritte Zeitalter“ des Dschihadismus. Das erste Zeitalter erstreckt sich über die 1980er- und die Mitte der 1990er-Jahre und hatte seinen Ursprung in Afghanistan: Der Einmarsch der sowjetischen Armee am Weihnachtstag 1979 war eine Herausforderung für die weltpolitische Machtposition des Westens. Die USA waren damals, nach dem Vietnamkrieg, der nur wenige Jahre zurücklag, nicht in der Lage, unmittelbar militärisch zu reagieren – eine der heutigen Lage ähnliche Situation. Also glaubte man, nur mithilfe regionaler Kräfte – und dann im Namen der Religion – zurückschlagen zu können. Afghanistan galt als islamisches Land, in das eine nicht islamische, atheistische Macht eingedrungen war. Daher bezeichnete man den Guerillakrieg gegen die Rote Armee als einen bewaffneten, allerdings defensiven Dschihad. Dieser wurde von islamischen Gelehrten gepredigt, von den Saudis finanziert und von den Amerikanern durch militärische Ausbildung und Ausrüstung unterstützt. Der Dschihad war sehr effizient: Innerhalb von zehn Jahren wurden die Sowjets aus Afghanistan gedrängt, am 15. Februar 1989 verließ die Rote Armee Kabul, nachdem im April 1988 das Genfer Abkommen zwischen Afghanistan, der Sowjetunion, den USA und Pakistan das Ende des Krieges besiegelt hatte.

So, wie viele Dschihadisten die Geschichte auslegen, waren sie es, die den Kampf gegen die UdSSR siegreich bestanden hatten. Die von den USA geleistete Unterstützung wurde einfach vergessen. Nach ihrer Auffassung hatte sich die Geschichte des Propheten und seiner Offenbarung wiederholt. Wie die Reiter des Propheten das Reich der Sassaniden geschlagen hatten, so wurde die Sowjetunion von den neuzeitlichen Dschihadisten besiegt. So, wie sich muslimische Kämpfer einst gegen Konstantinopel gewandt hatten und es schließlich zerstörten, so würden sie sich auch gegen Amerika wenden und es dereinst zerstören. Ähnliche Vorstellungen prägten die Weltanschauung Osama bin Ladens und seiner Anhänger. Das ist von großer Bedeutung, denn weder in Frankreich noch irgendwo sonst in Europa sind die genannten Epochen ein wesentlicher Bestandteil des Schulunterrichts.

Die Erfahrungen in Afghanistan versuchten die Dschihadisten in Ägypten, Algerien und Bosnien zu wiederholen. Das schlug fehl: Die muslimischen Massen scharten sich nicht um ihre Fahnen. Derzeit versuchen radikale Gruppen, die muslimischen Massen erneut zu mobilisieren. Eine entscheidende Frage – insbesondere für Frankreich – ist dabei, inwieweit sich die Mehrheitsgesellschaft durch die fortgesetzten Anschläge und Provokationen dazu bringen lässt, das Zusammenleben mit den muslimischen Mitbürgern aufzukündigen. Werden Pogrome angezettelt, Moscheen in Brand gesteckt? Werden sich Menschen muslimischer Herkunft folglich als Opfer fühlen können und zu den Radikalen überlaufen? Darin liegt die große Herausforderung der Provokation, die in Frankreich vorhanden ist und sich auch in Deutschland zu entwickeln beginnt.

STRATEGIEWECHSEL

Nach ihrem Fehlschlag Mitte der 1990er-Jahre, insbesondere in Algerien, dachten Osama bin Laden, Aiman az-Zawahiri und andere, der Dschihadismus habe versagt, weil er die Massen nicht mobilisieren konnte. Es folgte ein Strategiewechsel vom Dschihadismus der nahen Regionen zu einem Dschihadismus in der Ferne. Die Ursache für die fehlende Mobilisierung der muslimischen Massen sahen sie in der Angst vor Amerika, das als zu stark und mächtig erschien. Daher müsse man einen Schlag gegen Amerika führen – so wie in der Vergangenheit gegen Konstantinopel. Dann würden die Menschen glauben, dass Amerika auf tönernen Füßen stehe und seinen „Lakaien“ und „abtrünnigen“ Regimen in der arabischen Welt nicht zu Hilfe kommen könne. Das war die Logik der Anschläge von New York und Washington, aber auch noch in der Zeit nach 9/11.

Auch diese zweite Phase des Dschihadismus verfiel bei den muslimischen Massen nicht. Selbst der erneute Angriff auf den Irak, von dem bin Laden und seine Anhänger glaubten, er würde für Amerika zu einem zweiten Vietnam werden, mobilisierte nicht in dem erhofften Umfang. Der Irak ließ sich von den Dschihadisten nicht einnehmen, schon weil das Land mehrheitlich schiitisch ist. Die Widersprüche zwischen Schiiten und Sunniten traten hervor, und damit spitzte sich auch der Kampf um die Hoheit über den politischen Islam zu. Der Konkurrenzkampf zwischen dem sogenannten schiitischen Halbmond – Iran, Irak und Syrien – und dem sunnitischen Block auf der anderen Seite, der seinerseits durch interne Bündnisse tief gespalten ist, behinderte die Dschihadisten. So erschien auch die zweite Phase des Dschihad als ein Fehlschlag.

Die Dschihadisten meinten nun erneut, ihre Lektion gelernt zu haben, und begaben sich in die dritte Phase. 2005 veröffentlichte der in Frankreich ausgebildete syrische Ingenieur Abu Musab al-Suri im Internet 1.600 auf Arabisch verfasste Seiten unter dem Titel „Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand“. Die zentrale Aussage lässt sich wie folgt zusammenfassen: Amerika sei zu weit entfernt, um effektiv zuschlagen zu können. Was dagegen in den arabischen Ländern passiere, sei im Kampf gegen den Westen nicht von Belang, denn wenn Araber Araber töteten, interessiere es dort niemanden. Daher müsse der richtige Ort der Auseinandersetzung gefunden werden.

Nach dieser Wahrnehmung ist Europa der *soft underbelly* (Winston Churchill) des Westens. Vom Nahen Osten nach Europa zu gelangen, sei verhältnismäßig leicht. Europa sei ein fragiler Kontinent, besitze keinen signifikanten politischen Zusammenhalt und habe weder politische noch militärische Bedeutung. Aber es würden Millionen Kinder muslimischer Einwanderer dort leben, die nicht gut integriert und schon gar nicht assimiliert seien. Aufgrund von Arbeitslosigkeit, Rassismus und Xenophobie würden sich manche nicht mit den liberalen Werten der Aufklärung identifizieren. Deshalb seien

sie reif für eine Weltanschauung, die sich gegen die Länder wendet, in denen sie keine wirkliche Heimat hätten.

So ist Europa anstelle von Amerika und neben den Regionen des Nahen Ostens zur Zielscheibe des Dschihadismus geworden. Die theoretische Fundierung aus dem Jahr 2005 haben viele meiner Kollegen aus dem Arabischen ins Französische, Deutsche und in weitere Sprachen übersetzt, aber davon hat in der politischen Arena niemand Notiz genommen. Zehn verlorene Jahre sind inzwischen vergangen, und die damals festgehaltenen Ziele der Dschihadisten sind jetzt teilweise Wirklichkeit geworden.

Die zweite wesentliche Aussage dieses tödlichen Programms lautet kurz gefasst: Hört auf mit dem Ansatz von 9/11! In Flugzeuge zu steigen, die das World Trade Center oder das Pentagon treffen, wirke nicht auf die Basis der Gesellschaft. Das Bestreben ziele nun darauf ab, mit denjenigen zusammen zu agieren, die in der Gesellschaft leben. Man müsse ein vernetztes Phänomen initialisieren, das die Vertrauensgrundlage unterminiere. So schrieb Abu Musab al-Suri: „Tötet Ungläubige oder Konvertiten in eurer Nachbarschaft, damit die Menschen sich fürchten.“ Das soll dazu führen, dass die Mehrheit der Bevölkerung reagiert, und diese Reaktionen sollen wiederum die Muslime, die nun Opfer von Schikanen oder islamophoben Aktionen und Äußerungen werden, unter dem Banner des Dschihadismus vereinen. Die Vision ist ein Bürgerkrieg, der Europa zerstören soll, um auf dessen Ruinen das Kalifat zu errichten.

Als wir Experten diesen Text Mitte der 2000er-Jahre erstmals lasen, dachten wir, das Programm sei weit von der Wirklichkeit entfernt. Längst müssen wir feststellen, dass es von der dritten Dschihadistengeneration angewendet wird. Ob sie damit „erfolgreich“ sein wird, hängt von uns ab. Grundlage dafür ist, dass wir uns deren verquerer Logik stellen müssen, um effektiv reagieren zu können. Die Dschihadisten wollen heute einen Teil der jungen Bevölkerung für sich nutzbar machen. Als Nachkommen der ersten nach Europa eingewanderten „Gastarbeiter“ sollten sie eigentlich „europäische Bürger“ sein. Aber die kulturelle und politische Teilhabe an den europäischen Lebensformen und Werten stellt weiterhin ein Problem für diese junge Generation dar. Das gilt auch in Deutschland, obwohl die Jugend türkischer Herkunft nicht mit einem größeren Arbeitslosenproblem zu kämpfen hat.

GESPALTENE REAKTIONEN

In einer Umfrage des Institut Montaigne vom 18. September 2016 gaben etwa 46 Prozent der Franzosen, die sich zum Islam bekennen, an, dass sie die demokratischen Werte der Republik teilten und Frankreich und Europa ihre Heimat seien. Allerdings identifizierten sich bei den unter 25-Jährigen erschreckenderweise knapp dreißig Prozent überhaupt nicht mit den demokratischen

Werten; sie waren der Ansicht, dass weltliches Recht illegitim sei und die Scharia als einziges Recht zu gelten habe. Weiterhin gaben sie an, sehr positiv über verschleierte Frauen, auch mit Ganzkörperschleier, zu denken. Ein bedeutender Anteil dieser jungen Menschen hegte sogar Sympathie für den Islamischen Staat.

Auf beiden Seiten des politischen Spektrums fühlte man sich bestätigt und sagte: „Seht ihr! 28 Prozent unterstützen die Scharia.“ Andere hielten entgegen, das sei nicht von Bedeutung, denn eine deutliche Mehrheit von 46 Prozent zeige die gegenteilige Haltung. Diese Reaktion zeigt die Polarisierung oder eine *fracture*¹ in dieser Frage. Eine Zuspitzung ist in Gang gekommen, und einige glauben, dass das nachwirkende Erbe der Kolonialgeschichte dabei eine wichtige Rolle spielt. So wurde betont, dass die Ermordung der jüdischen Schüler an der Ozar-Hatorah-Schule in Toulouse durch Mohamed Merah, die erste Manifestation der dritten Dschihadgeneration auf französischem Boden, auf einen 19. März 2012 fiel – auf den Tag genau fünfzig Jahre nach dem Waffenstillstand zwischen Frankreich und Algerien. In Frankreich gibt es rund 5.000 Straßen, die *rue du 19 mars 1962* heißen. In den Gemeinden, in denen der Front National stark ist, werden diese Straßen „enttauft“, Straßenschilder abgerissen, weil das Datum an eine Niederlage Frankreichs erinnere und – so die Auffassung – Straßen nicht nach Niederlagen benannt werden sollten.

Die republikanische Rechte und die republikanische Linke kämpfen in der ersten Runde der Präsidentenwahl 2017 um den zweiten Platz. Anzunehmen ist, dass Marine Le Pen diesen Wahlgang gewinnen wird – was viel darüber aussagt, wie tief die Politik gefallen ist und wie groß die Lücke zwischen dem politischen System und seiner Fähigkeit ist, allen Teilen der Gesellschaft in der politischen Arena ihren Platz zu geben.

Wenn unsere sozialen und psychologischen Probleme eine solche religiöse oder kulturelle Dimension annehmen, dann liegt das auch daran, dass die Politik ihre grundlegende Rolle nicht zu spielen vermag. Sie hat dafür zu sorgen, dass die Menschen im Parlament und nicht auf den Straßen kämpfen; dabei muss auch die Unterscheidung zwischen religiösem Eifer – der nicht auf die Straße gehört – und politischem Kampf deutlich getroffen werden.

Der Beitrag basiert auf dem Vortrag „Religious Radicalism: A Challenge for Europe“, den der Autor am 29. September 2016 auf Einladung des Auslandsbüros Griechenland der Konrad-Adenauer-Stiftung gehalten hat. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Goethe-Institut und dem Institut für Demokratie „Konstantinos Karamanlis“ in Athen statt.

¹ Gilles Kepel: *La Fracture*, Coédition Gallimard / France Culture, Paris 2016.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

Reaktionen auf den islamistischen Terror

–
Deutsch-französische Unterschiede trotz gemeinsamer Bedrohungslage

THORSTEN MÜLLER

Geboren 1972 in Koblenz, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor für Politikwissenschaften und Soziologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

In Frankreich wie Deutschland dominieren die Terroranschläge der vergangenen Jahre nicht nur die politische und gesellschaftliche, sondern auch die polizeiliche und geheimdienstliche Agenda. Insbesondere die Doppelanschläge von Paris im Januar und November 2015, die Anschlagsserie 2016 in Brüssel, die Lkw-Anschläge von Nizza und Berlin haben

Einfluss auf die gesellschaftliche Atmosphäre. Dabei erwächst die Verunsicherung der Bevölkerung weniger aus der Höhe der Opferzahlen oder statistischen Wahrscheinlichkeiten als daraus, dass jeder sich als potenzielles Opfer fühlen kann. Die Vorschläge aus der Politik – unabhängig von der politischen Verortung – sollen die Handlungsfähigkeit des Staates vermitteln. Die Maßnahmen der Regierungen zielen sowohl auf die objektive Sicherheit als auch auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ab.

Verliert die Politik den Blick auf die nötige Balance von Freiheit und Sicherheit, hat der islamistische Terror damit sein Ziel schon erreicht: die erfolgreiche Verbreitung von Angst und Schrecken, die Destabilisierung der Gesellschaften sowie die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. Auch Überreaktionen durch Politik, Polizei und Geheimdienste sollen provoziert werden und sind Teil der Strategie.

Für Deutschland und Frankreich, aber auch alle anderen westlichen Gesellschaften lässt sich eine gemeinsame Bedrohungslage dahin gehend konstatieren, dass das westliche Lebensmodell mit einem hohen Maß an Freiheit bei gleichzeitiger Gewährleistung von sozialer Sicherheit und Wohlstand im Fokus steht. Es geht bei den terroristischen Attacken gerade nicht um einen gezielten Angriff auf einzelne Staaten, Bevölkerungsgruppen oder Orte, sondern um die Destabilisierung des „Westens“ – mithin einen Kulturkampf. Insofern sind Deutschland und Frankreich gleichermaßen Ziel und Aktionsraum für islamistischen Terrorismus.

Die verbreitete Hoffnung, dass sich Deutschland nicht im Zentrum der terroristischen Aktivitäten befinde, weil es durch die Kolonialgeschichte weniger belastet sei als etwa Frankreich, weil es sich beim militärischen Einsatz gegen den IS weniger engagiere oder freundlicher mit Flüchtlingen umgehe, hat sich als trügerisch erwiesen. Ein Anschlag in Deutschland war nie auszuschließen, sondern wahrscheinlich und eine Frage der Zeit.

Trotz der grundsätzlich vergleichbaren Situation ergeben sich für Deutschland, Frankreich, Belgien oder andere Staaten deutliche Unterschiede in der konkreten terroristischen Bedrohung. Diese beziehen sich auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, wirtschaftliche und soziale Situationen sowie polizeiliche und geheimdienstliche Ressourcen.

Frankreich stand mit dem gezielten Terroranschlag gegenüber der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* und elf Toten am Beginn der Anschlagsserie des Jahres 2015. Auch aufgrund der verringerten Ausreisen von „Gotteskriegerern“ aus Westeuropa nach Syrien und Irak zeigt sich eine Verlagerung der Auseinandersetzung nach Europa. Eine veränderte interne Bedrohungslage ist die Folge.

Frankreich hat daraufhin Maßnahmen ergriffen, die nach den Anschlägen von Paris am 13. November 2015 mit 130 Toten verlängert und sogar verschärft wurden:

- Der seit den 1970er-Jahren bestehende Maßnahmenplan im Falle von Bedrohungen (*Plan Vigipirate*) wurde modifiziert.
- Als Reaktion auf die Pariser Anschläge wurde der Ausnahmezustand für Frankreich ausgerufen, Grenzkontrollen wurden eingeführt, Reservisten einberufen und die mit der GSG 9 vergleichbaren Spezialeinsatzkräfte der Polizei aktiviert.
- Zusätzlich wurden Notstandsgesetze verabschiedet, die Mitte Dezember 2016 bis zum 15. Juli 2017 zum fünften Mal verlängert wurden. Diese sehen

Hausdurchsuchungen ohne richterliche Genehmigung, Hausarrest ohne gerichtliches Verfahren, Versammlungsverbote sowie Möglichkeiten zur Schließung von Moscheen auf Beschluss des jeweiligen Präfekten vor. Insgesamt stehen 96 Franzosen unter Hausarrest, davon 47 seit dreizehn Monaten ohne Anspruch auf eine richterliche Überprüfung.

- Im April 2016 formulierte die französische Regierung das ambitionierte Ziel, innerhalb von zwanzig Minuten an allen Orten in Frankreich polizeiliche oder militärische Antiterrorereinheiten aktivieren zu können.

Die Maßnahmen in Frankreich lassen sich nicht nur durch das Bemühen um Sicherheit erklären, sondern zeigen vielmehr die Schwäche der Politik. Unter öffentlichem Druck stehend, mit – in der Innen- und Sicherheitspolitik profilierten – politischen Gegnern konfrontiert, neigte die sozialistische französische Regierung dazu, jeglichem Ausdruck einer Schwäche des Staates entschieden entgegenzutreten zu wollen.

Nach 2001 wurde auch in Deutschland eine Reihe rechtlicher Veränderungen (sogenannter Otto-Katalog) vorgenommen, zu denen die Rasterfahndung nach islamistischen Terroristen gehörte. Trotz Einschränkungen lässt das Bundesverfassungsgericht seit 2006 eine präventive polizeiliche Rasterfahndung zu, sofern eine konkrete Gefahr für die Sicherheit des Bundes, für Leib und Leben besteht. Die kurz vor Weihnachten 2016 durch das Kabinett verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Stärkung der inneren Sicherheit sehen unter anderem die Ausweitung von Videoüberwachung, inklusive einer intelligenten Gesichtserkennung und eines automatischen Systems zum Lesen von Autokennzeichen, sowie Bodycams für die Bundespolizei vor.

Im Vergleich zu Frankreich muten die in Deutschland getroffenen Maßnahmen geradezu zurückhaltend und detailverliebt an. Entgegen öffentlichen Mutmaßungen ist Deutschland in der inneren Sicherheit ein starker Staat, der unter einer CDU-geführten Regierung nicht überreagieren muss. Die Konzentration auf Details und konkret bestehende Probleme zeigt die politische Stärke. Deutschland braucht keinen Ausnahmezustand, um sich als stark zu präsentieren.

ERHÖHUNG DER SUBJEKTIVEN SICHERHEIT

Die ergriffenen Maßnahmen zielen nicht ausschließlich auf die Erhöhung der objektiven Sicherheit, sondern auch auf die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls ab. Einige Forderungen, beispielsweise Polizeibeamte auf Weihnachtsmärkten mit Maschinenpistolen zu bewaffnen, die Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr, die Unterstützung der Polizei durch Hilfspolizisten oder generell die Erhöhung der Anzahl von uniformierten Polizisten bedienen das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung – haben aber weniger Wirkung in der Erhöhung der objektiven Sicherheit.

Die Analyse der bisherigen Terroranschläge zeigt, dass es trotz rechtlicher, polizeilicher und geheimdienstlicher Grundlagen und operativer Möglichkeiten keine vollständige Sicherheit geben kann. Der Anschlag auf *Charlie Hebdo* konnte weder durch die in Frankreich vorgesehene Vorratsdatenspeicherung noch – und das ist viel bedenklicher – durch die zuvor erfolgte Observation der beiden Haupttäter, Said und Chérif Kouachi, verhindert werden. Dass es dem Staat auch nicht grundsätzlich an den Möglichkeiten zur Überwachung potenzieller Gefährder gefehlt hat, zeigte die Einstufung von Anis Amri als Gefährder und die erfolgte, aber dann eingestellte Überwachung der Telekommunikation des Terroristen. Dies verweist eher nicht auf fehlende rechtliche oder polizeiliche Möglichkeiten, sondern auf noch genauer zu untersuchende Fehleinschätzungen, gegebenenfalls mangelnde Personalausstattung, unzureichende Kommunikation der Verfassungsschutzämter, beziehungsweise Ausbildungsdefizite der Mitarbeiter in den Verfassungsschutzbehörden. Insofern ist die vom Bundesinnenminister angestoßene Diskussion über die Zusammenführung nicht ganz unberechtigt.

TÄTER UND TÄTERGRUPPEN IM FOKUS

In der Bekämpfung von Terrorismus rücken unweigerlich die Täter, Tätergruppen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen Radikalisierung stattfinden kann, in den Fokus. Auch hier zeigen sich zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich deutliche Unterschiede, die über die gemeinsame abstrakte Bedrohungslage hinausgehen.

Die Gefährdung durch islamistischen Terrorismus besteht weniger darin, dass Terroristen vorrangig nach Europa importiert werden; in der Vergangenheit ist (West-)Europa mit circa 5.000 „Gotteskriegerern“ eher im „Export“ von Terrorismus aufgefallen. Dabei sind die absoluten Zahlen wenig aussagekräftig: Frankreich verzeichnete über 900 Ausreisen, Belgien über 500, Großbritannien über 700 und auch Deutschland war mit knapp 800 Ausreisen nach Syrien und Irak als Herkunftsland auffällig. Interessanter ist allerdings die Anzahl gemessen auf eine Million Einwohner: Hier verzeichnet Belgien 41, Österreich 31, Schweden 28, Dänemark 22, Frankreich vierzehn sowie Deutschland neun Ausreisen auf eine Million Einwohner.¹ Auch die Täter der bisherigen Anschläge innerhalb Europas kamen in der Regel aus dem Anschlagland selbst. Dieser *Homegrown*-Terrorismus stellt somit eine größere Gefahr dar, zumal in der Regel radikalisierte Jugendliche mit Kontakten in die islamistische Szene die Anschläge als Einzeltäter begehen.

Geht es um die Bekämpfung der Ursachen, so müssen die Jugendlichen in Deutschland und Frankreich in den Blick genommen werden, die in einem Selbstmordanschlag oder dem Engagement als „Gotteskrieger“ einen höheren Sinn ihres Lebens sehen.

Ein Blick in die belgischen oder französischen Vorstädte von Brüssel, Paris oder anderen Großstädten offenbart tatsächliche Parallelgesellschaften; in Deutschland hingegen kann (noch) von Parallelstrukturen gesprochen werden, die allerdings ebenfalls soziale Segregation und Ausgrenzung deutlich werden lassen. Ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik des Brüsseler Stadtteils Molenbeek offenbart eine Gesamtarbeitslosenquote von 30,7 Prozent und eine Jugendarbeitslosigkeit von 45,1 Prozent. Auch die Pariser Vorstädte weisen ähnliche soziodemografische Defizite und Problemlagen auf, die nicht nur ein Indikator für Parallelgesellschaften sind, sondern auch ein hohes Radikalisierungspotenzial bieten. Zu beobachten ist ein enger Zusammenhang mit der Art der Zuwanderung: Haben wir es beispielsweise in Frankreich eher mit einer Zuwanderung aus ehemaligen Kolonien zu tun, so war für Deutschland eine Arbeitsmigration prägend. Doch auch in Deutschland gibt es Radikalisierungsprozesse, die sich gegebenenfalls in den kommenden Jahren verschärfen können. Das Bundeskriminalamt (BKA) zählt 549 islamistische Gefährder (davon achtzig inhaftiert) sowie im weiteren Umfeld etwa 360 Unterstützer. Hinzu kommen etwa 1.200 Extremisten, die dem islamistisch-terroristischen Personenpotenzial zugerechnet werden können.

Die Studie des Verfassungsschutzes zu den „Gotteskriegerern“ aus Deutschland offenbart ähnliche Problemlagen wie die anderer Staaten, wenn sie auch nicht identisch sind. 61 Prozent der aus Deutschland Ausgereisten wurden hier geboren, teilweise waren schon vor Beginn der Radikalisierung Auffälligkeiten durch Gewalt-, Eigentums- oder Drogenkriminalität zu erkennen. Es handelt sich vorrangig um junge Männer, die sich nicht als Teil unserer Gesellschaft sehen.²

Nicht empfehlenswert ist es für Politiker, von einem „Kontrollverlust“ des Staates zu sprechen, da damit das Vertrauen nicht nur in Staat und Sicherheitsbehörden, sondern auch in die Handlungsfähigkeit von Politik unterminiert wird. Partielle und zeitlich begrenzte Kontrollverluste im Jahr 2015 an den deutschen Außengrenzen waren einer Ausnahmesituation zuzuschreiben und lassen sich nicht auf die innere Sicherheit in Deutschland übertragen. Die Reaktionsgeschwindigkeit nach der Tat – einer vermeintlichen Terrorlage – in München, zeigte eindrucksvoll, wie einsatzfähig deutsche Sicherheitsbehörden sein können. Die Forderung nach mehr (uniformierter) Polizei wird an der objektiven Sicherheit weniger ändern als vermehrte Einstellung von (nicht uniformierten) und kompetenten Mitarbeitern bei Staats- oder Verfassungsschutz. Hier gibt es allerdings auch in Deutschland einen gravierenden Nachholbedarf.

Bestehende Straftatbestände, zum Beispiel Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (Paragraf 129 a Strafgesetzbuch) sowie Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (Paragraf 89 a Strafgesetzbuch) bilden einen rechtsstaatlichen Handlungsrahmen. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht (und auch der Europäische Gerichtshof) im Hinblick

auf die Vorratsdatenspeicherung Grenzen gezogen, aber nicht alle bestehenden Handlungsmöglichkeiten genommen. Probleme bestehen weniger in rechtlich fehlenden Kompetenzen, sondern eher in deren mangelhafter Nutzung. Frankreich wirft beispielsweise den belgischen Behörden vor, dass der Terrorist Salah Abdeslam hätte verhaftet werden können, wenn Belgien die Kartei im Schengener Informationssystem (SIS) korrekt geführt hätte.

Auf europäischer Ebene gibt es nicht nur das bei Europol angesiedelte *EU Counter Terrorism Centre* (ECTC), sondern schon seit den Anschlägen von 2001 die *Counter Terrorism Group* (CTG), in der die Geheimdienste Informationen austauschen (sollen). Nach Auskunft des Europaabgeordneten Elmar Brok (CDU) geben nur fünf EU-Staaten Geheimdienstinformationen in höherem Maße weiter, zum Beispiel Belgien, die Niederlande und Luxemburg – Deutschland hingegen nicht. Hier bestehen ebenfalls Verbesserungspotenziale.

STÄRKE VON FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Die westlichen Staaten stehen nun vor der gemeinsamen Frage, wie langfristig terroristische Bedrohungen bekämpft werden können, die aus der westlichen Gesellschaft erwachsen und nicht importiert sind. Die Antworten können in berechtigten rechtlichen, polizeilichen und auch geheimdienstlichen Veränderungen liegen. Sie allein werden das Problem aber nicht beseitigen.

Vielmehr bedarf es eines gemeinsamen Verständnisses über die Errungenschaften von Demokratie und Freiheit. Dieses wird dann deutlich, wenn die Sicherheitsorgane aktive Hilfe durch die Bevölkerung erhalten. Die Hinweise zur Verhaftung des 16-jährigen Mohammed J. in Köln kamen aus einer Moschee. Auch die Verhaftung des Syrers Dschaber al-Bakr wurde durch die Hilfe von Flüchtlingen möglich. Ebenso zählen Ausreiseverbote für Jugendliche aufgrund von Hinweisen aus dem sozialen Umfeld dazu, die es ermöglichen hatten, Radikalisierung früh zu erkennen. Jeder Fußballverein kann mehr zur Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus beitragen als ein personell und technisch noch so gut ausgestatteter Sicherheitsapparat. Das haben Deutschland, Frankreich und die anderen europäischen Staaten wiederum gemeinsam.

¹ International Center for Counter Terrorism (2016): *The Foreign Fighters Phenomenon in the European Union*, Den Haag, S. 50f.

² BKA/BfV/HKE (2015): *Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind*, Fortschreibung 2015, Wiesbaden, S. 14.

Debatten um Verhüllung

Der Burkini aus der Perspektive der Modeforschung

BARBARA VINKEN

Geboren 1960 in Hannover, Literaturwissenschaftlerin, Modetheoretikerin und seit 2004 Professorin für Allgemeine Literaturwissenschaft und Romanische Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

In Frankreich ist die Debatte um das Kopftuch oder den „voile islamique“ und um die Verschleierung des Frauenkörpers mit der Erfindung und Vermarktung des Burkinis im Sommer 2016 erneut aufgeflammt. An der Côte d’Azur erließen Gemeinden wie Nizza und Cannes unter dem Eindruck des vom Islamischen Staat (IS) reklamierten Attentats am

14. Juli 2016 ein Verbot der Verschleierung am Strand. Mancher unterstellte den so Verhüllten eine Parteinahme für die Attentäter; in beiden Fällen kämpfte der Islam gegen die Werte der Republik. Oft wurde dabei übersehen,

dass unter den über hundert Opfern nicht wenige Menschen islamischen Glaubens waren.

Das Bild, auf dem voll uniformierte Polizisten nach Erlass des Verbots am Strand von Nizza eine Frau dazu nötigten, ihr langärmeliges Oberteil *coram publico* auszuziehen, ging um die Welt. Die in Frankreich stark rezipierte *New York Times* sah darin nicht eine Geste der Befreiung des weiblichen Körpers und eine Garantie demokratischer Gleichberechtigung, sondern seine Instrumentalisierung in einer Wertedebatte. Prompt wurden Fotos der 1950er-Jahre aus den Archiven hervorgeholt, die einen ebenfalls voll uniformierten Polizisten zeigen, der einer Strandschönheit im Bikini ein Strafmandat ausstellt. Beides, Bikini und Burkini – zu verschiedenen Zeiten sittenwidrig, einmal zu viel, einmal zu wenig. Die Staatsgewalt verfügt, wie viel Haut eine Frau zu zeigen oder zu bedecken hat.

Der französische Verfassungsgerichtshof hob die kommunalen Verbote mit der Begründung auf, dass diese Freiheitsbeschneidung im öffentlichen Raum nicht mit den Gesetzen der Republik in Einklang zu bringen sei. Fragen der Kleidung sind wieder explizit zu Fragen der Politik, der Gesetzgebung, des Weltbildes geworden.

„ISLAMISCHE MODE“

Im Sommer 2016 kam die „islamische Mode“ in den großen westlichen Firmen an. H&M zeigte ein Model mit Hidschab; Dolce & Gabbana (D&G) entwarf in Sachen normgerechte Verhüllung gleich eine ganze sehr üppige, mit Spitzen übersäte Abaya- und Hidschabkollektion aus Charmeuse für die betuchten Damen der Golfstaaten. Marks & Spencer vermarktete den modehistorisch aus der Sportbekleidung stammenden Burkini – eine Wortzusammensetzung aus „Burka“ und „Bikini“. Erfunden wurde er in Australien als Funktionskleidung für Rettungsschwimmerinnen muslimischen Glaubens, die aus religiösen oder kulturellen Gründen auch beim Schwimmen und am Strand Körper und Haare verhüllen wollen. Wer damit aus dem Wasser steigt, wirkt nicht wie in feuchte Tücher gehüllt. Trotzdem trocknet der Burkini so schnell wie ein Badeanzug.

In der anglophonen Welt wird all das weitgehend nicht nur als ein gutes Geschäft, sondern als eine inklusive, liberale Maßnahme verstanden. Musliminnen, die die konventionellen Regeln des Bedeckens beachten, können jetzt Rettungsschwimmerin werden, am gemischten Schwimmunterricht teilnehmen oder zum Joggen an den Strand gehen. Hautärzte wiesen darauf hin, dass es eine gute Idee sei, einen Burkini zu tragen – nicht etwa, um sich vor Blicken, sondern um sich vor der hautschädigenden Wirkung der Sonnenstrahlung zu schützen.

DIE POSITIONEN

Anders in Frankreich: Familienministerin Laurence Rossignol rief zum Boykott der Firmen auf, die „islamische Mode“ herstellen. Sie verglich die Frauen, die angeben, sich freiwillig zu verhüllen, mit „Schwarzen“, die die Sklaverei bejahten. Die französische Philosophin Élisabeth Badinter unterstützte sie trotz unglücklicher Wortwahl („nègres“) in der Sache. Argumente muslimischer Feministinnen, die die Verhüllung für den Inbegriff weiblicher Selbstbehauptung gegen ein patriarchalisches, verwestlichtes Regime halten, gelten aus dieser Perspektive als Ausdruck eines gänzlich falschen Bewusstseins. Die Frage der islamischen Mode riss Gräben im Lager der *laïcité* auf. Die einen sehen die für die Republik grundlegende Gleichheit der Geschlechter durch die islamische Mode weggewischt: Die Republik könne es nicht zulassen, dass Frauen im Lande der Menschenrechte und der Freiheit als sexuelles Eigentum des Mannes versklavt würden. Viel zu lange habe man zugesehen, wie in den Banlieues religiös-patriarchalische Paralleluniversen entstünden, wo Männer Frauen, Väter und Brüder Töchter und Schwestern als sexuelles Eigentum betrachteten. Die sexuelle Selbstbestimmung werde den Frauen durch die Verhüllung genommen, argumentierten die Verteidiger des Kopftuchverbots schon im französischen Parlament. Frauen, die angäben, aus freiem Willen und freier Entscheidung Burkini, Hidschab und andere verhüllende Kleider zu tragen, hätten die Herabwürdigung ihrer Sexualität zum Konsumgut der Männer verinnerlicht. Gotteskrieger seien am Werk, die Frauen in die dunklen sexistischen Zeiten der Herabwürdigung von Weiblichkeit zum Eigentum des Mannes zurückkatapultieren wollten.

Das Kopftuch und *a fortiori* die Ganzkörperverschleierung sind in Frankreich Staatsbediensteten und Schülern aus zwei Gründen verboten: *Erstens* wird dem Kopftuch eine eindeutige religiöse Bedeutung zugewiesen. Die öffentliche Demonstration solcher Religiosität sei in einem aufgeklärten, säkularen Staat nicht tragbar. Es wird als Flagge einer religiösen Gruppierung von Immigranten interpretiert, die eine Trennung von Kirche und Staat ablehnten und sich gegen die *laïcité* als einen der wichtigsten Grundpfeiler der Republik auflehnten. *Zweitens* richtet sich das Kopftuch für seine Gegner gegen ein in der Verfassung garantiertes Recht: die Gleichheit der Geschlechter.

Die Religion, der Islam, rückt so in eine ähnliche Rolle, wie sie die Republikaner der katholischen Kirche während des ganzen 19. Jahrhunderts zuwiesen: derjenigen des Helfershelfers einer obskuren, hinterwäldlerischen, patriarchalen Unterdrückung. Die Republik habe versagt; niemand habe den Frauen geholfen, den Weg aus dieser Unterordnung und Verdinglichung hin zur republikanisch gesicherten Freiheit und Gleichheit zu gehen. In dieser Selbstbehauptungsschlacht gegen Faschismen und Totalitarismen wäre alles andere als eine offene Kampfansage quasi ein neues „München“ und mithin „Appeasementpolitik“.

Die andere Seite in dieser Auseinandersetzung sieht die Gleichheit der Geschlechter in der Republik nicht gegeben. In dem neorepublikanischen Kampf gegen vermeintliche Fundamentalismen habe sich die *laïcité* selbst in ein fundamentalistisches Instrument verwandelt: Es zwingt zur Freiheit und betreibt de facto eine besonders perfide Form der allgemein gewordenen „Pornoprostitution“. Im Grunde regle der freie Markt die Geschlechterverhältnisse: Käufer und Gekaufte, Aushaltende und Ausgehaltene – Käufer und Aushaltende im Regelfall männlich, Gekaufte und Ausgehaltene im Regelfall weiblich. Der Philosoph und Autor Alain Badiou griff mit beißend satirischem Tonfall in die Debatte ein. Allein als Ware und nicht als freies Subjekt könne sich Weiblichkeit gegenwärtig einen Zugang zur Öffentlichkeit verschaffen: „Meanwhile the prostituted female body is everywhere. The most humiliating pornography is universally sold. Advice on sexually exposed bodies lavishes teen magazines day in and day out.“ Der Zwang zur Lust halte alle in Atem: „Enjoyment has become a sinister obligation. The universal exposure of supposedly exciting parts is a duty more rigid than Kant’s moral imperative.“

Die erbittert geführte Debatte um die „islamische Mode“, um Burkini und Hidschab, wirft also ein Licht auf das Erscheinungsbild von Frauen und Männern im öffentlichen Raum. Wer genauer hinsieht, stellt fest, dass Männer und Frauen in der Öffentlichkeit – auch über die Vermarktung des Körpers hinaus – alles andere als „gleich“ sind. Warum kräht etwa kein Hahn nach dem Turban, während Tintensturzbäche über die islamische Mode, über Kopftuch und Burka vergossen werden? Der Kampf um den Schleier verschleierte insofern auch, was nicht sein darf: unsere Ungleichheit der Geschlechter in Bezug auf das Erscheinen von Geschlechtlichkeit im öffentlichen Raum.

DER MANN SCHAUT – DIE FRAU WIRD ANGESCHAUT

Seit der Französischen Revolution lautet der die Kleidung bestimmende Gegensatz: „weiblich/erotisch markiert“ (aufreizend) versus „männlich/erotisch unmarkiert“ (bedeckt). Der Mann, als Subjekt des Begehrens, schaut; die Frau, als Objekt des Begehrens, wird angeschaut. Sie sticht ihm ins Auge. Durch die sich seit dem 18. Jahrhundert herausbildende Mode wurde der männliche Körper in seiner Geschlechtlichkeit in Gesellschaftskörpern aller Art aufgehoben, während der weibliche Körper von den Zehen bis zu den Haarspitzen im Blick der Männer erotisiert wurde. Bis zum Anbruch der Moderne stand weibliches, schamhaftes Verschleiern gegen männliche ostentative Zurschaustellung.

In der Mode zwischen dem 14. und 18. Jahrhundert waren es die Männer gewesen, die als schönes Geschlecht ihre Reize ins rechte Licht setzten. Die weibliche Mode war von der Logik des Geheimnisses geprägt: verhüllen und verschleiern, nicht zeigen, sondern errahnen lassen. Im Gegensatz zur Männermode, die zeigte, musste die Frauenmode das Zeigen auf eine paradoxe Weise verhüllen. Gestellte Schamhaftigkeit wurde das Prinzip der weiblichen Mode. Nach dem großen Epochenbruch übernahm die Frauenmode aus der vorherigen Männermode, was vor der Französischen Revolution verpönt war: schamloses Zeigen. Heute zeigen Frauen ostentativ das, was die Männer einst zeigten: Bein und Po, und sie zeigen es nach Art der Männer ostentativ.

Die Emanzipation unter der Überschrift „unisex“ scheint also nicht zu einer Angleichung, sondern zur Verschärfung des Unterschieds zwischen Frauen (erotisch markiert) und Männern (erotisch unmarkiert) geführt zu haben. Diese eklatante Ungleichheit der Geschlechter im öffentlichen Raum, ihre inszenierte Geschlechtlichkeit ist – wie der Kampf um die weibliche Verschleierung – ein ganz und gar modernes Phänomen, das nach der Französischen Revolution entstand. Diese Ungleichheit der Geschlechter konstituiert die Kleiderordnung der Moderne als Form der Öffentlichkeit. Man mag die unter der falschen Flagge der Gleichheit vorangetriebene umfassende Erotisierung des weiblichen Körpers als ein Emblem der Freiheit bejahen, mit ihr produktiv umgehen, sie genießen. Blind aber müsste man sein, wenn man sie verleugnen wollte. Nikab, Hidschab und Burkini tragen diese Sachlage mit theatralischer Gewalt in den öffentlichen Raum.

Lächelnder Blickaustausch zwischen den Geschlechtern, der das etablierte Blickregime alt aussehen lässt und die republikanische Männerroutine durchkreuzt, ist öffentlich weitaus demokratischer und befriedigender als die ins Sinnlose gesteigerte Alternative von Porno und politisch korrekter Entblößung.

Gesicht zeigen!

Julia Klöckner über Konsequenzen aus dem Anschlag in Berlin und die Bedeutung der Debatte um die Vollverschleierung

JULIA KLÖCKNER

Geboren 1972 in Bad Kreuznach, Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands.

Der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche hat die mörderische Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland endgültig vor Augen geführt. Was sind Schlussfolgerungen für die Politik, was sind nun die politischen Prioritäten?

Julia Klöckner: Der Anschlag in Berlin war ein barbarischer und feiger Akt. CDU und CSU treiben nicht erst seit dem 19. Dezember 2016 sicherheitspolitische Maßnahmen voran. Es geht uns konkret um die innere Sicherheit, um die richtige

Balance von Freiheit und Sicherheit. Es muss schonungslos analysiert werden, wie es beispielsweise sein kann, dass ein abgelehnter Asylbewerber und Gefährder überhaupt noch zwischen mehreren Bundesländern hin und her reisen konnte, wieso er über zehn Identitäten hatte und man ihn einfach gewähren ließ.

Das versteht in der Bevölkerung niemand: Wenn jemand zwei Minuten seine Parkzeit überzieht, spürt er sofort die Macht der öffentlichen Hand. Da darf man fragen, ob die Relationen noch stimmen, und muss schauen, was zu geschehen hat: ob etwa Hindernisse im Datenaustausch zwischen Bund und Ländern beseitigt werden müssen, ob es Fragen gibt, die nicht allein den Ländern überlassen werden können – wie beispielsweise, ob jemand observiert, inhaftiert oder abgeschoben wird.



Quelle: CDU Rheinland-Pfalz

Wie bewerten Sie dann die Aussage des NRW-Innenministers Ralf Jäger, dass eigentlich alles ordnungsgemäß gelaufen sei und nur die Mittel gefehlt hätten?

Julia Klöckner: Man muss fragen, ob Herr Jäger die letzten zwei Jahre in Deutschland gelebt hat. Mein Eindruck ist, dass er sich an irgendwelche vermeintlichen Buchstaben klammert, ohne den wirklichen gesetzlichen Spielraum des Landes NRW vor Augen zu haben.

Als eine der Ersten in der Union haben Sie bereits vor Jahren ein Vollverschleierungsverbot – landläufig „Burkaverbot“ genannt – gefordert. Welchen Stellenwert besitzt diese Forderung im aktuellen Kontext? Manche haben ja schon vor dem Anschlag in Berlin behauptet, dass man sich am falschen Thema festbeißt, schließlich gebe es

schätzungsweise nur 800 Burkaträgerinnen in Deutschland.

Julia Klöckner: Zum einen ist das Teil einer gesellschaftlichen Debatte. Zum anderen diskutiere ich das Vollverschleierungsverbot unter der Frage der Integrationserfolge oder -misserfolge. Darüber hinaus hat die Qualität bei der Bewahrung unseres Menschenbildes nichts mit Quantitäten der Erscheinung zu tun. Würden wir das, was erlaubt oder verboten sein soll, nur an Zahlen festmachen, würden wir der Bedeutung des Einzelnen und damit dem Kern unseres Menschenbildes nicht gerecht. Hier geht es um etwas Grundsätzliches: um Gleichberechtigung. Warum sollen sich Frauen aufgrund ihres Geschlechts verhüllen? Und die Integration in eine offene Gesellschaft wird so nicht gelingen. Denn eine Frau, die ihrer Identität in der Öffentlichkeit beraubt und hinter einem Stück Stoff

versteckt wird, wird niemals hier ankommen, niemals am Arbeitsmarkt teilhaben wie andere Frauen.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die islamistischen Attentäter männlich. Müsste man daher nicht eher beispielsweise die typische Bekleidung und die Bärte der Salafisten – Kamel Daoud spricht von einem „behaarten Tumor“ – als Ausdruck ideologischer Verblendung interpretieren und vielleicht dann auch verbieten?

Julia Klöckner: Durch eine Rasur bekommen Sie eine Verblendung nicht weg.

Aber auch nicht durch Entschleierung.

Julia Klöckner: Ja, aber das sind doch zwei sehr unterschiedliche Paar Schuhe. In einem Patriarchat entscheiden die Männer über die Frauen. Eine Frau kann dort selten selbst Entscheidungen treffen, wo der Vater, Bruder oder Sohn die Frau begleiten muss, wenn sie das Haus verlässt. Das ist bei den Männern anders, denen weitaus mehr Freiraum zur selbstständigen Entscheidung bleibt.

Dass unzählige Frauen in vielen muslimisch geprägten Ländern unter fundamentalistischen und patriarchalischen Diktaten und Konventionen zu leiden haben, steht außer Frage. Aber wie sicher können wir uns sein, dass muslimische Frauen in Deutschland die Vollverschleierung nicht als Ausdruck ihrer religiösen Freiheit verstehen?

Julia Klöckner: Hundertprozentige Selbstbestimmung kann es nicht geben – allenfalls vielleicht bei Eremiten. Wo die

Freiheit des einen auf die des anderen trifft, braucht es Regeln. Wer in einer Gesellschaft lebt, muss auch die Regeln des Zusammenlebens mit anderen beachten. So betrachtet es manch einer vielleicht als zentralen Ausdruck seiner Selbstbestimmung, nackt durch die Fußgängerzone zu laufen. Das funktioniert aber nicht und stößt auf den Widerstand anderer – weswegen es in Deutschland auch nicht erlaubt ist.

Insofern kann nicht immer das eigene Befinden der alleinige und entscheidende Maßstab sein, sondern die zentrale Frage in unserem Zusammenhang ist, wie Integration möglich wird. Und das heißt: Wer sich weigert, in einer offenen Gesellschaft Gesicht zu zeigen, und damit quasi als Werbebanner des fundamentalistischen Islams agiert, dem können wir nicht mit offenen Armen und Toleranz begegnen, sondern müssen ihm sagen, wie die Spielregeln bei uns sind.

Kritikerinnen des Vollverschleierungsverbots wenden ein, dass Emanzipation ein Vorgang des „Sich-selbst-Befreiens“ sein müsse und nicht verordnet werden dürfe.

Julia Klöckner: Ganz ehrlich, das ist dummes Zeug. Ich halte es für zynisch, Frauen sagen zu wollen, sie müssten sich selbst befreien. Sagen Sie das mal einer Frau, die nicht ohne männliche Begleitung das Haus verlassen darf, geschweige denn jemals einen Beruf erlernen könnte – sie lebt in einer totalen Abhängigkeit! Ich kenne eine muslimische Frau, die in einem Frauenhaus Zuflucht suchen musste, weil sie den Schleier abgelegt hat.

Mich erstaunen Feministinnen, die zwar für eine gendergerechte Sprache,

gesetzliche Frauenquoten und für vieles andere eintreten und dennoch im Jahre 2017 für voraufgeklärte Geschlechterbilder Verständnis aufbringen.

Der Burkini ist in Australien erfunden worden, damit traditionelle Musliminnen Rettungsschwimmerinnen werden konnten. Kann der Burkini nicht auch in Deutschland ein Instrument zu mehr Teilhabe von muslimischen Frauen sein?

Julia Klöckner: Das sehe ich differenziert und gelassen, bin aber, was den Schwimmunterricht an den Schulen betrifft, gegen den Burkini, weil er dort eine falsche und schädliche Sicht vermittelt: Wenn Jungen und Mädchen mit einem kruden Geschlechterbild aufwachsen, das quasi besagt, dass der Mädchen- und Frauenkörper Anstoß erregt und deshalb verhüllt werden muss, dann trägt sich das natürlich bis ins Erwachsenenleben weiter.

Wer sich aber individuell entscheidet, am Strand einen Burkini zu tragen, wie andere sich entscheiden, einen Neoprenanzug zu benutzen, folgt darin einem freien Willen – selbst wenn ich dabei immer noch ein beklommenes Gefühl habe und mich frage, warum Frauen glauben, sie müssten sich verhüllen, nur weil sie Frauen sind. In den Badeanstalten gilt die jeweilige Hausordnung: Wenn dort andere Kleidung als die übliche Schwimmbekleidung zugelassen ist, okay. Aber wenn T-Shirts und Neoprenanzüge aus hygienischen Gründen untersagt sind, aber Burkinis aus angeblich religiösen Gründen nicht, dann ist das nicht nachvollziehbar. Und noch einmal: Im Schwimmunterricht geht das nicht. Die Verhüllung der Mädchen, die der Gleichberechtigung

und einem aufgeklärten Geschlechterbild widerspricht, kann nicht auch noch von der Schule unterstützt und anderen Kindern gelehrt werden.

An der Côte d'Azur, wo Polizisten zu Louis de Funès' Zeiten gegen zu viel Nacktheit vorgingen, ist eine Frau vor nicht allzu langer Zeit für zu viel Bedecktheit polizeilich verfolgt worden. Inwieweit ist körperliche Freizügigkeit inzwischen ein Zeichen von weiblicher Emanzipation? Oder anders gefragt: Stellen sich in Anbetracht der Burkini-debatte nicht auch selbstkritische Fragen an die westliche Kultur, die den weiblichen Körper in der Werbung und noch mehr in leicht zugänglicher Pornografie vermarktet?

Julia Klöckner: Aber das gibt es inzwischen ja auch mit Männern. Die Grenzen des guten oder schlechten Geschmacks mögen in der Tat oft fließend und fragwürdig sein, aber entscheidend ist doch die Frage, ob eine freie Entscheidung des Einzelnen zugrunde liegt, die wiederum nicht absolut sein kann, wie ich eben erläutere habe. Denn nackt darf keiner in der Fußgängerzone rumlaufen und kein Motorradfahrer darf mit Helm in die Bank gehen. Das Vorgehen der Polizei am offenen Strand von Nizza fand ich überzogen. Grundsätzlich bleibe ich aber dabei, dass es voraufgeklärt und problematisch ist, wenn Frauen sich verhüllen müssen, nur weil sie Frauen sind. Ob jemand einen kurzen oder langen Rock anzieht, ist herzlich egal, das muss jeder selbst entscheiden – unabhängig davon, ob es stilsicher ist oder nicht. Gesicht zu zeigen oder nicht, ist hingegen keine Modefrage.

Aber ist es denn nachvollziehbar, dass man heute sagt, der verhüllte Körper macht Frauen zu Lustobjekten und nicht mehr der unverhüllte? Salafisten ködern junge Mädchen bekanntlich mit dem Satz: „Bei uns seid ihr mehr als euer Körper!“

Julia Klöckner: Mag sein, aber das ist wiederum nicht die entscheidende Frage, sondern: Warum laufen denn nicht auch Männer in dieser Weise verhüllt herum? Wogegen ich mich wehre, ist, dass Frauen und junge Mädchen das Gefühl suggeriert bekommen, dass sie nur dann, wenn sie ihren Körper verhüllen, anständig sind. Dabei liegt die Frage, was anständig oder unanständig ist, im Auge des Betrachters. Die Problematik resultiert, wie gesagt, daraus, dass nur an einem Geschlecht exemplifiziert wird, was Anständigkeit oder Unanständigkeit bedeuten.

Seit dem Essener Parteitag im Dezember ist die Forderung nach einem Vollverschleierungsverbot die offizielle Position der CDU – allerdings soll sie „unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen“ verwirklicht werden. Warum dieser Zusatz?

Julia Klöckner: Weil es unter Juristen unterschiedliche Interpretationen gibt, was rechtlich möglich ist. Die einen sagen, die Vollverschleierung falle unter die Religionsfreiheit. Die anderen sind überzeugt, die Vollverschleierung sei nicht religiös begründet, und selbst wenn doch stehe die Religion nicht über dem Grundgesetz, was bedeutet, dass die Gleichheit und Gleichberechtigung ebenso ihren Stellenwert besitzen. Deshalb macht der

Beschluss einerseits klar, dass wir Vollverschleierung ablehnen, weil sie frauenverachtend und integrationshemmend ist und nicht zum Leben in einer offenen Gesellschaft wie Deutschland passt. Andererseits übergeht er nicht die Schwierigkeit der unterschiedlichen Rechtsinterpretationen – wobei ich hinzufügen möchte, dass ich, gestützt auf Verfassungsrechtler wie Friedhelm Hufen oder Udo Di Fabio, ein umfassendes Verbot der Vollverschleierung für verfassungsfest halte – also nicht nur auf Ämtern und Gerichten, sondern generell in der Öffentlichkeit.

Seit dem Parteitag ist noch nicht viel Zeit vergangen, dennoch die Frage: Wie geht es mit dem Beschluss weiter?

Julia Klöckner: Das ist nicht zuletzt auch eine Frage an die Länderparlamente. In den rheinland-pfälzischen Landtag haben wir zum Beispiel einen Antrag für ein solches Verbot eingebracht, der aber leider von Rot-Grün und Gelb abgelehnt worden ist. Andererseits wird Herr Minister de Maizière jetzt im Bund das regeln, was der Bund in dieser Frage regeln kann – zum Beispiel ein Verbot der Vollverschleierung auf Ämtern oder etwa ein Verbot zur Gewährleistung der Sicherheit beim Autofahren. Dabei braucht man für vieles aber auch Mehrheiten, und da blockieren Rot und Grün weitergehende Schritte. Andererseits sind Parteitage glücklicherweise Versammlungen, bei denen der eigene politische Standpunkt deutlich wird und bei denen man nicht den Koalitionsausschuss vorwegnehmen muss.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 6. Januar 2017.

Trumps fataler Triumph

Eine Analyse zur Wahl des neuen US-Präsidenten

„Wenn ihn auch die Tat anklagt,
so muss ihn der Erfolg doch entschuldigen.“
Niccolò Machiavelli,
*Discorsi sopra la prima deca di
Tito Livio* (1531)

STEPHAN EISEL

Geboren 1955 in Landau, 2007 bis 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis Bonn.

Das Entsetzen über den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat seine Ursache vor allem darin, dass sich der Wahlsieger Donald Trump den Zynismus von Machiavelli ohne Einschränkung zu eigen gemacht hat.

Dass der Zweck die Mittel heiligt, ist aber kein Bestandteil demokratischer Kultur. Deprimierend ist, dass Trump damit – wenn auch knapp – erfolgreich war.

Ermutigend ist, dass die klare Mehrheit der Wähler Trump nicht folgte: Hillary Clinton erhielt insgesamt fast drei Millionen Stimmen mehr als Donald Trump. Dennoch setzte sich dieser in populistischer Arroganz bei seiner Amtseinführung selbst mit „dem Volk“ gleich: „Der 20. Januar 2017 wird in Erinnerung bleiben als der Tag, an dem das Volk wieder zum Souverän wurde.“ Denen, die nicht auf seiner Seite sind oder vor ihm Verantwortung trugen, spricht er damit unumwunden die demokratische Legitimation ab. Auch nach seiner Wahl will Trump ganz offenbar der Strategie treu bleiben, die ihn ins Weiße Haus brachte. Die Freunde Amerikas werden damit auf eine harte Probe gestellt.

Trump hatte mit seinem radikalpopulistischen Ansatz bereits im Wahlkampf kein Interesse an inhaltlicher Substanz, sondern pries sich als

Meister der einfachen Lösungen in einer komplizierten Welt an. Zugleich waren Trump und Clinton die unpopulärsten Präsidentschaftskandidaten, die Demokraten und Republikaner jemals aufgestellt hatten. Deshalb verfolgten beide auch die gemeinsame Strategie, die Wahl zum Referendum über den jeweils anderen zu machen.

Es entwickelte sich der bitterste und zugleich ungewöhnlichste Präsidentschaftswahlkampf in der modernen US-Geschichte. Ständige Überraschungen, die nichts mit politischen Inhalten, aber alles mit der Person der Kandidaten zu tun hatten, bestimmten die Schlagzeilen: Vier Wochen vor dem Wahltag wurde ein Tonbandmitschnitt bekannt, in dem Donald Trump mit sexuellen Anzüglichkeiten zu hören war und damit prahlte, als bekannter Star könne er mit Frauen machen, was er wolle. Fast zeitgleich begann Wikileaks mit der Veröffentlichung vertraulicher E-Mails aus dem demokratischen Lager. Die Verantwortung für die dafür ursächlichen Hackerangriffe sehen die amerikanischen Sicherheitsbehörden einmütig bei Putin, der erkennbar auf einen Sieg Trumps hoffte. Die gestohlenen Mails gaben zwar Einblicke in die Interna der Clinton-Kampagne, enthielten aber nichts Skandalöses. Ihre anhaltende Veröffentlichung vermittelte dem Publikum jedoch den Eindruck eines Dauerskandals.

Zehn Tage vor der Wahl teilte der FBI-Direktor der Öffentlichkeit mit, man ermittle gegen Hillary Clinton wegen der eventuell strafbaren Nutzung eines privaten E-Mail-Servers in ihrer Zeit als Außenministerin. Vier Tage vor dem Wahltag erklärte das FBI dann, die Ermittlungen seien ergebnislos beendet worden. Clinton selbst meinte nach der Wahl, auch diese letzte Mitteilung habe ihr geschadet, weil sie das leidige Thema einmal mehr in die Schlagzeilen gebracht hatte.

LEHRBUCH POPULISTISCHER STRATEGIE

Trump dominierte den Wahlkampf, indem er lehrbuchartig fünf Leitsätze einer radikalpopulistischen Strategie anwandte:

- (1) Diskreditierung demokratischer Institutionen: Trump diffamierte in ständiger Wiederholung das politische System pauschal als „korrupten Sumpf“ und „moralisch verkommen“. Zuvor hatte er jahrelang wahrheitswidrig behauptet, Barack Obama sei nicht in den USA geboren und deshalb kein legitimer Präsident.
- (2) Nationalistische Abschottung: Trump stellte offensiv einen radikalen amerikanischen Nationalismus in den Mittelpunkt seiner Aussagen und nahm dafür die Konfrontation mit internationalen Verbündeten und Partnern bewusst in Kauf.
- (3) Gesellschaftliche Polarisierung: Trump setzte auf die Vergiftung des politischen Klimas, Minderheiten wurden als Sündenböcke für alle

Probleme gebrandmarkt und politische Konkurrenten durch abstruse Verschwörungstheorien zu politischen Feinden stilisiert oder durch systematische Beleidigungen lächerlich gemacht.

- (4) Politischer Fanatismus: Trump radikalisierte seine Anhänger gezielt durch ständige Tabubrüche und feierte dann ihre blinde Gefolgstreue: „I could stand in the middle of Fifth Avenue and shoot somebody and I wouldn't lose any voters“.
- (5) Verleugnung der Wirklichkeit: Trump verbreitete ständig Halb- und Unwahrheiten, sprach Journalisten und Medien jegliche Glaubwürdigkeit ab („Lügenpresse“) und verführte seine Anhänger so in einen realitätsfernen eigenen Kommunikationsraum.

Um selbst das zentrale Gesprächsthema zu bleiben, zog Trump alle Register. Über Twitter produzierte er einen unaufhörlichen Strom ständiger Provokationen, die insbesondere Fernsehsender bereitwillig aufnahmen, denn die Gier des Publikums nach immer neuen Grenzüberschreitungen versprach hohe Auflagen und Einschaltquoten. Trump brauchte keine Werbespots, er war mit seinen Ausfällen Bestandteil des regulären Programms. Das war der Kern seines Geschäftsmodells: Den eigenen Namen hatte er durch nachhaltige Präsenz in den Boulevardmedien und TV-Realityshows zur kommerziell nutzbaren Marke gemacht.

MEHR NIEDERLAGE ALS SIEG

Die qualitative Analyse von Trumps Wahlkampfstrategie offenbart, dass er vor fast keinem Mittel zurückschreckte, um den eigenen Wahlsieg zu sichern. Die quantitative Wahlanalyse zeigt nicht nur, wie knapp das Wahlergebnis tatsächlich war, sondern offenbart auch, dass es sich weniger um einen Sieg Trumps als vielmehr um eine strategische Fehleinschätzung Clintons handelte. Dabei profitierte Trump vom amerikanischen Wahlsystem mit seinem auf Bundesstaaten bezogenen Mehrheitswahlrecht.

Die Wahlbeteiligung war gegenüber 2012 um fast sechs Prozent auf circa sechzig Prozent angestiegen. Mit 65,8 Millionen Stimmen gewann Hillary Clinton in etwa so viele Stimmen wie zuletzt Barack Obama. Trump erhielt mit 62,9 Millionen Stimmen zwar mehr Stimmen als Mitt Romney 2012, blieb aber beim Stimmenzuwachs hinter dem Anstieg der Wahlbeteiligung zurück.

Prozentual entfielen auf Hillary Clinton 48,0 Prozent (Obama 2012: 51,0) und auf Donald Trump 46,0 Prozent (Romney 2012: 47,2) der Stimmen. Gegenüber diesen Einbußen haben die weiteren Kandidaten – vor allem der *Libertarian* Gary Johnson (3,3 Prozent) und die Grüne Jill Stein (1,4 Prozent) – ihren Stimmenanteil von zusammen 1,7 Prozent 2012 auf 5,9 Prozent 2016 mehr als verdreifacht. Die „Third-Party“-Kandidaten erhielten insgesamt mehr

als 8,2 Millionen Stimmen und hatten erstmals seit Ross Perot (1992/1996) und Ralph Nader (2000) wieder einen direkten Einfluss auf den Wahlausgang.

Dies galt insbesondere für die „Swing-States“ mit einem geringen Abstand zwischen Demokraten und Republikanern. Clinton verteidigte dabei Colorado, Maine, Minnesota, Nevada und ganz knapp New Hampshire. Trump verteidigte Arizona (trotz deutlicher Verluste), Georgia und North Carolina, nahm aber den Demokraten Florida, Iowa, Michigan, Ohio, Pennsylvania und Wisconsin ab. In allen Staaten, in denen Trump einen Mehrheitswechsel schaffte, gewann er selbst jeweils deutlich weniger Stimmen hinzu als Clinton verlor.

Dabei war der Vorsprung für Trump in Michigan (circa 11.000 Stimmen), Wisconsin (circa 22.000 Stimmen) und Pennsylvania (circa 70.000 Stimmen) besonders knapp. Man kann davon ausgehen, dass hier die „Third-Party“-Kandidaten Anti-Trump-Stimmen auf sich zogen, die sich nicht für Hillary Clinton entscheiden wollten. Zugleich hatte Clinton diese sicher geglaubten Staaten in ihrer Wahlkampfstrategie sträflich vernachlässigt. Hätte sich auch nur die Hälfte der Wähler von Johnson und Stein für Clinton entschieden, hätte diese in Pennsylvania, Michigan, Wisconsin und auch Florida Trump überholt und die Präsidentschaftswahl gewonnen.

DAS EGO IM FOKUS

Wer gehofft hatte, nach der Wahl würde Trump anders vorgehen als im Wahlkampf, wurde enttäuscht. Auch in Vorbereitung auf die Amtsübernahme polarisierte er und attackierte meist mit Beleidigungen jeden, der ihn zu kritisieren wagte – sei es Meryl Streep, der Nachrichtensender CNN, der republikanische Senator Graham oder der demokratische Kongressabgeordnete Lewis, der als Bürgerrechtler schon an der Seite von Martin Luther King aktiv war.

Damit wollte er von einem für ihn besonders heiklen Punkt ablenken: den erkennbaren Interessenkonflikten zwischen seinen Amtspflichten als Präsident und dem Wohlergehen seiner über 500 Unternehmen in mindestens vierzehn Ländern, deren Eigentümer er bleiben will. Ausgerechnet seinen Söhnen – also denen, die ihm am nächsten stehen – überträgt Trump die Führung seines Unternehmensimperiums. Da er seine Steuererklärungen nicht veröffentlicht, ist dabei der tatsächliche Umfang der internationalen Verflechtung seiner Unternehmen nicht bekannt. Trump ignoriert so die ethischen Maßstäbe, die seine Vorgänger etabliert haben, und beansprucht für sich ein Sonderrecht, das rechtlich bei keinem seiner Minister möglich wäre. Dagegen haben über die Parteigrenzen hinweg die Ethikberater der Präsidenten George W. Bush und Barack Obama Klage eingereicht.

Im Wahlkampf hatte Trump Hillary Clinton unaufhörlich eine Vermischung von staatlichen und privaten Interessen („play for pay“) vorgeworfen.

Für sich selbst lässt er dies nicht gelten und sagte zur *New York Times*: „The law is totally on my side, the president can't have a conflict of interest.“ Die Aussage erinnert fatal daran, wie sich Richard Nixon auf dem Höhepunkt der Watergate-Affäre verteidigte: „When the president does it, it's not illegal.“

Auch Trumps Personalentscheidungen offenbaren, dass der Populist vor allem sich selbst als Bezugspunkt sieht. Gleich mehrfach berief er Finanzjongleure von der Wall Street, die er im Wahlkampf noch zur Stimmenmaximierung gezeißelt hatte. Wie wenig es Trump dabei auf Inhalte ankommt, zeigt das überraschende Eingeständnis des von ihm vorgeschlagenen Außenministers, der nach seiner Nominierung sagte, über das zentrale Thema Russland habe er mit Trump nicht gesprochen.

Dass seine Kabinettskandidaten bei den Anhörungen im republikanisch dominierten Senat reihenweise von Positionen des gewählten Präsidenten abrückten, ist ungewöhnlich, aber wenig überraschend: Ob er die NATO für überflüssig erklärt, für Investitionsprogramme die Staatsverschuldung erhöhen oder Freihandel durch Protektionismus ersetzen will – viele von Trumps Vorhaben stehen in diametralem Widerspruch zu den bisherigen Grundsätzen der Republikaner. Deren Stimmen aber brauchten Trumps Kandidaten, um für die Berufung ins Kabinett bestätigt zu werden.

DIVIDED STATES OF AMERICA

Zu seinem Amtsantritt musste sich Trump mit einer Zustimmungsrate von lediglich vierzig Prozent begnügen. Siebzig Prozent der Amerikaner meinen – im Unterschied zu Trump selbst –, dass Putin die Wahlen zu Trumps Gunsten beeinflussen wollte. Mehr als die Hälfte hält den neuen Präsidenten für „unqualified for office“. Über sechzig Prozent glauben nicht, dass er die richtigen Entscheidungen für Amerikas Zukunft treffen werde. Das sind bei Weitem die schlechtesten Werte, seit solche Daten zum Amtsantritt eines Präsidenten erhoben werden.

Trump hat die Wahl gewonnen, aber nicht zu Unrecht bezeichnete ihn das *Time*-Magazin als „President of the Divided States of America“. Noch nie haben sich so viele Abgeordnete geweigert, an der offiziellen Amtseinführung des Präsidenten teilzunehmen, noch nie war die Zahl der Gegendemonstranten so hoch. Mit seiner Rede zur Amtseinführung vertiefte Trump die Gräben. Er sprach nicht zur Nation, sondern bediente die eigenen Anhänger mit den üblichen Pauschalurteilen: „Politikern ging es gut, aber die Arbeitsplätze gingen ins Ausland, und die Fabriken wurden geschlossen. Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürger dieses Landes. [...] Während sie in unserer Hauptstadt feierten, gab es für viele Familien in unserem Land kaum einen Grund zur Freude. [...] Dieses amerikanische Gemetzel hört auf, und zwar hier und jetzt.“

Die Rede trug die Handschrift von Trumps Chefberater Steve Bannon, der lange für eine radikale rechtspopulistische Website voller Verschwörungstheorien, Diffamierungen und wahrheitswidriger Irreführungen verantwortlich war. Im Weißen Haus ausdrücklich mit dem Stabschef gleichgestellt, kündigte Bannon an: „Wir werden eine völlig neue politische Bewegung aufbauen.“ Er machte dabei keinen Hehl aus seinem destruktiven strategischen Ansatz: „Darkness is good. Dick Cheney. Darth Vader. Satan. That’s power.“ Das sollten die Republikaner als Drohung ernst nehmen: Entweder sie geben ihre programmatische Identität zugunsten von Trumps populistischer Ideologie auf oder sie müssen mit der Konkurrenz von Trumps „Bewegung“ rechnen.

Für viele republikanische Abgeordnete zeichnet sich das Dilemma ab, durch Zurückhaltung gegenüber Trump die eigene Nominierung für die Parlamentswahl 2018 zu riskieren oder durch allzu große Nähe zu ihm ihre Wahlkreise an die Demokraten zu verlieren. Vor Ort hat man nicht vergessen, dass Trump drei Millionen Stimmen weniger als Clinton bekommen hat, denn dieser Abstand spiegelt sich in fast jedem Wahlkreis wider.

Dass er als Präsident nicht wie im eigenen Unternehmen Alleinherrscher ist, sondern im Kongress die republikanische Mehrheit braucht, scheint Trump bisher wenig zu interessieren. Er ist nicht als Republikaner, sondern als Populist ins Amt gekommen. Je mehr Trump freilich die Erwartungen seiner Anhänger befeuert, desto mehr manövriert er sich selbst in das unauflösbare Dilemma, beim Versuch der Umsetzung seiner Wahlversprechen an deren Realitätsferne zu scheitern oder von Wahlversprechen abzurücken und mit bisher nicht geübtem Realitätssinn die eigene Anhängerschaft zu enttäuschen. Auf Dauer wird Trump dabei auch nicht helfen, dass er ständig in einer Endlosschleife von Superlativen von sich selbst spricht: Er sei beispielsweise „der größte Arbeitsplatzbeschaffer, den Gott je geschaffen hat“, und sein Kabinett habe „den höchsten IQ aller Zeiten“.

Dass europäische Rechtspopulisten vom Front National bis zur AfD ausgerechnet den amerikanischen Präsidenten Trump zu ihrem Vorbild erkoren haben und sich Putin über dessen Erfolg demonstrativ freut, ist für Freunde Amerikas besonders schwer erträglich. Umso mehr gilt es, einer Gleichsetzung von Trump mit „den Amerikanern“ entgegenzutreten. Viele in den USA sind von seinem Wahlsieg tief getroffen und machen sich große Sorgen um die Zukunft.

Zugleich wächst die Verantwortung der Europäer. Misst man ihn an seinem bisherigen Verhalten, kann man sich Präsident Trump kaum als „Führer der freien Welt“ vorstellen. Umso wichtiger ist es, dass ein geeintes und selbstbewusstes Europa die gemeinsamen Grundwerte der transatlantischen Partnerschaft verteidigt, wie sie nach 1945 gewachsen sind. Dabei geht es um mehr als um den neuen Hausherrn im Weißen Haus, zumal wenn sich dieser – was zu befürchten steht – im Amt nicht verändert.

„Make Europe strong again!“

Folgen und Folgerungen aus der US-Wahl

FRANK PRIESS

Geboren 1957 in Wolfsburg, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nimmt man den weltweiten Erregungszustand als Maßstab, der seit dem Bekanntwerden der amerikanischen Wahlergebnisse Anfang November 2016 herrscht, müssen die Folgen der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewaltig sein und deutlich über das hinausgehen, was man ohnehin von einem Regierungswechsel bei einer Weltmacht erwarten würde. Was dort passiert, lässt niemanden uneindrückt; amerikanische Entscheidungen, gerade auf den Feldern der Sicherheitspolitik, der Wirtschaft und der Finanzen, haben unmittelbare Folgen für die internationale Ordnung, für Europa, für Deutschland. Auch bei den gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen und Trends in den USA schaut man genau hin, kommen sie doch oft früher oder später auch bei uns zum Tragen. Für Festlegungen ist es noch zu früh, einige Aspekte aber zeichnen sich schon jetzt klar ab.

Nicht besser geworden ist mit dieser Wahl leider das Bild, das sich die Deutschen von den Amerikanern machen, der ohnehin vielfältig spürbare Antiamerikanismus hat neue Nahrung gefunden. „Wie konnten sie nur, diese Amis“, fragt man sich landauf, landab und offenbart sowohl ein tiefes Unverständnis, das bekannte kulturelle Überlegenheitsgefühl, aber auch wieder einmal erhebliche Informationsdefizite: Obwohl fast ohne Ausnahme ein knappes Rennen vorausgesagt wurde, mochte man das einmal mehr nicht glauben. Zu bizarr erschien einer der Kontrahenten, zu wenig hatte man die tiefe Abneigung der Amerikaner gegenüber seiner Gegnerin auf dem Bildschirm. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach lieferte kurz darauf die Zahlen zu diesem Befund: Nur noch zwanzig Prozent der Deutschen sehen in den USA die einzig zuverlässige Weltmacht. Für nur noch sieben Prozent sind die USA ein Vorbild, gerade einmal achtzehn Prozent halten die USA für den besten Freund Deutschlands (von 1977 bis 1990 immer über fünfzig Prozent). Und klar: Nur vier Prozent der Deutschen haben über Trump eine gute Meinung. Dabei ist sein Sieg eigentlich auch ein schöner Beweis, dass die Demokratie funktioniert: Hillary Clintons „deplorables“, die Bedauernswerten, die Zurückgebliebenen, siegten gegen die Elite. Trotzdem: Ein Vertrauensvorschuss sieht anders aus.

Aber liegen die Gründe der amerikanischen Wähler für die Wahl Trumps eigentlich so weit von dem entfernt, was in Europa die Erfolge sogenannter Populisten von links und rechts ermöglicht? Es gab in den USA unverkennbar eine generelle Wechselstimmung – siebzig Prozent der Amerikaner glaubten laut Umfragen, ihr Land entwickle sich in die falsche Richtung. Ein in seinem Ausmaß vielleicht unterschätzter Zorn auf Establishment und Eliten, gepaart mit entsprechender Verachtung, spielte einem Kandidaten in die Karten, der trotz eigener Elitenzugehörigkeit dafür stand, das System ordentlich aufzumischen. Das mag man unvernünftig finden, es zeigt aber, wo rationale Argumentation ihre Grenzen findet: Wer sich von gesellschaftlichen Entwicklungen, die seinem Weltbild offen widersprechen, in die Enge gedrängt sieht, Zukunftsangst verspürt, dramatische materielle Einbußen erwartet oder schon hinnehmen musste, sich vielleicht fremd im eigenen Land fühlt, reagiert nicht immer so vernünftig, wie es die rationale Politik- und Medienszene gern hätte. Einen Verstärkungseffekt scheint es zudem zu haben, wenn Zustimmung aus dem politischen Mainstream auch Positionen hoffähig macht, die sonst an der allgegenwärtigen Political Correctness zerschellt wären. Für Francis Fukuyama ist klar: „Trump hat zwei sehr reale Probleme der US-amerikanischen Politik deutlich gemacht: die wachsende Ungleichheit, die vor allem die traditionelle Arbeiterklasse hart getroffen hat, und die Übernahme des politischen Systems durch gut organisierte Interessengruppen. Unglücklicherweise hat er keinen Plan, auch nur eines dieser Probleme zu lösen.“

Ein Alarmsignal bei aller Verschiedenheit auch für die Kräfte der politischen Mitte bei uns: Klassische Argumentationsmuster und das berühmte „bessere Erklären“ der eigenen Programmatik scheinen derzeit jedenfalls nicht auszureichen. Wieder und wieder hört man, die Sorgen der Menschen seien nicht ernst genug genommen worden – aber warum passiert das immer wieder? Wird vielleicht zu wenig zugehört? Medienschaffende können aus der US-Erfahrung lernen, die Wohlfühlzone der journalistischen Peergroup zu verlassen und mehr dahin zu gehen, wo es wehtut: Deutschland mit seinem traditionell engagierten Lokaljournalismus und einem wahrlich flächendeckenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat dafür eine gute Basis. Den Reportern, die von dort berichten, muss man allerdings auch zuhören, ihnen Platz einräumen und ihre Themen prominent platzieren. Dass ein intensiver Blick in die sozialen Netzwerke immer lohnt, um Trends frühzeitig zu identifizieren, ist eine Binsenweisheit; trotzdem ist sie richtig.

KÄMPFEN STATT KUSCHELN

Auch mit Sprache und Kontakt hat die Entfremdung von Bürgern und Eliten offenbar zu tun. Der Technokraten-sprech, der sich in Politik und Bürokratie eingebürgert hat, die blutleeren Floskeln nach Gipfeltreffen oder auf Pressekonferenzen strahlen nichts aus, was Begeisterung und Zustimmung wecken könnte – auch lassen sie sich natürlich nicht zu 140 Twitter-Zeichen verdichten. Verständnis lässt sich aber wecken, auch wenn Positionen nicht geteilt werden. Wahlergebnisse wie vom 18. September 2016 in Berlin zeigen ja, dass die berühmten „Typen“, die in ihren Wahlkreisen vernetzt sind, die immer da, zuhörer- und gesprächsbereit sind, hervorragende Ergebnisse erzielen können, auch wenn ihrer Partei generell gerade der Wind ins Gesicht bläst und diese „klare Kante“ nicht immer honoriert wird. Es lohnt sich, erkennbar für etwas zu stehen und für seine Positionen zu kämpfen – Anbiederung kommt in der Regel nicht gut an. Menschen haben ein feines Sensorium dafür, was ehrlich ist und was Fassade.

„Klare Kante“ heißt dabei nicht, verletzend und pöbelnd mit Andersdenkenden umzugehen, auch wenn es kurzfristig Beifall bei aufgeputschten Anhängern verspricht. Der amerikanische Wahlkampf war ein Negativbeispiel, das weltweit die Akzeptanz von Demokratie beschädigt hat. Die Art der Auseinandersetzung zeigte genau das Zerrbild, das Autokraten in aller Welt von Demokratie malen: Sie war ein gefundenes Fressen für die gelenkten Medien von Russland bis China, die in Ergüssen über die „kranke Demokratie der USA“, im angeblichen „Chaos“, in der „Rebellion gegen die politische Klasse“ badeten, die die USA dem allgemeinen Gespött ausgesetzt sahen. Die Botschaft an die eigenen Bürger lautete: Wollt ihr eine solche Show oder Stabilität und Ordnung, wie wir sie euch bieten?

Volker Perthes, den Chef der Stiftung Wissenschaft und Politik, führte dies inhaltlich zudem zu dem Schluss: „Die Wahl Donald Trumps bedeutet eine Niederlage des Liberalismus und damit der normativen Grundlage des Westens. Liberale Werte [...] sind in der Defensive.“ Führer wie der Präsident der Philippinen scheinen daraus unmittelbar Folgerungen gezogen zu haben: „Amerika hat verloren“, tonte er und ging gleich auf Anbiederungstour nach Peking. Andere formulieren vorsichtiger, machen sich aber ebenfalls große Sorgen. Amerikas Verbündete von Australien über Neuseeland und Korea bis Japan fragen sich nach der Absage Donald Trumps an die Transpazifische Partnerschaft (TPP), was amerikanische Zusagen noch wert sind und worauf sie sich noch verlassen können. Manchen dieser Staaten gleich einmal eine eigene nukleare Bewaffnung anzuraten, statt sich auf einen amerikanischen Schutzschirm zu verlassen, mag Wahlkampfgeklingel gewesen sein, Nachwirkungen hat es allemal. In dieser Hinsicht gehören Amerikas Antipoden in der Welt mindestens kurzfristig zu den Gewinnern des Urnengangs in den USA.

NEUBEWERTUNG DES TRANSATLANTISCHEN VERHÄLTNISSES

Sorgen macht man sich auch in Europa, zumindest dort, wo europäische Integration und transatlantische Partnerschaft zu den Säulen eigener Sicherheit, Stabilität und Prosperität gezählt werden. „Die grundsätzlichsste Herausforderung ist [...], dass Europa die Welt nicht mehr automatisch durch das Prisma der transatlantischen Beziehungen betrachten kann. Die Sicherheitsgarantien aus Washington sind durch Trump infrage gestellt, Europa wird jetzt selbst entschieden in seine Sicherheit investieren müssen. Washington und Europa stehen möglicherweise nicht mehr Seite an Seite, wenn es um die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der globalen Governance-Strukturen geht. Daher sollte Europa jetzt sehr eng mit anderen Akteuren arbeiten, um den globalen Ordnungsrahmen zu schützen.“ Diese Analyse der Leiterin des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Daniela Schwarzer, enthält alle Ingredienzien, über die es jetzt intensiv nachzudenken gilt.

Gleichwohl scheint ein Abgesang auf die transatlantische Wertegemeinschaft, die sie zuvörderst immer noch ist, verfrüht. Auch ein mächtiger amerikanischer Präsident entscheidet nicht allein, das Fundament der Zusammenarbeit bleibt, institutionell vielfältig abgesichert, stabil. Es spielt den traditionellen Gegnern dieser Partnerschaft in die Hände, wenn man unmittelbar nach der demokratischen Entscheidung in den USA und ohne dass die neue Mannschaft im Weißen Haus komplett ist und wirklich tätig werden konnte, voreilig ruft: „Leinen los!“ Die entsprechenden Lockrufe kommen

gerade aus Ländern, mit deren aktueller politischer Führung eine gemeinsame Wertebasis kaum erkennbar ist und deren Verhalten jeden Tag zeigt, wie wichtig ein einiger und starker Westen nach wie vor ist.

In diese Beziehung gilt es jetzt mehr denn je zu investieren. „Das Verhältnis zu den USA hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren stetig verschlechtert“, meint der ehemalige US-Botschafter in Berlin, John Kornblum, mit Sorge und redet den Europäern ins Gewissen: „Allmählich sollten Europäer überlegen, wie man einerseits Einfluss ausüben und andererseits für Amerika interessant bleiben könnte.“ Und der Kölner Politikwissenschaftler Thomas Jäger ergänzt: „Europa wird von den USA mehr und mehr abgeschrieben. Für die amerikanische Regierung spielt die Musik im Pazifik.“

WIE BLEIBEN WIR RELEVANT FÜR DIE USA?

Entsprechend oft ist von einem „Weckruf für Europa“ die Rede, Optimisten sehen das amerikanische Wahlergebnis gar als Startsignal eines neuen europäischen Bewusstseins für die Notwendigkeit eines engeren Zusammenrückens gerade bei einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Allerdings bietet der aktuelle Zustand der Europäischen Union (EU) wenige Anknüpfungspunkte, diesen Optimismus zu teilen. Denn gleichzeitig sehen sich jene Kräfte durch das amerikanische Ergebnis gestärkt, die zu größerer nationaler Autonomie zurückwollen, die Freihandel und offene Märkte kritisch sehen, die im „America first“ Donald Trumps Amerika nur durch den Namen des eigenen Landes ersetzen. Über die Schwächung der EU durch die Brexit-Entscheidung haben sie sich gefreut, Schwierigkeiten bei der Konsensfindung in brennenden Fragen wie der Migration sind Wasser auf ihre Mühlen. Nur mit Mühe gelingt es derweil, gegenüber externen Bedrohungen einen Minimalkonsens zu erzielen. So sieht Relevanz im internationalen Kontext nicht aus! Besorgniserregend ist nicht die Stärke der anderen, sondern eigene Schwäche und Handlungsunfähigkeit.

Vieles muss sich ändern, will man gerade einen Präsidenten beeindruckten, der „Unberechenbarkeit“ für ein zentrales außenpolitisches Strategiemittel hält. Das heißt für Europa und nicht zuletzt für Deutschland, dass man sich wieder mit den „harten Themen“ beschäftigen muss. Ein Blick auf die europäischen Verteidigungshaushalte, den Zustand der europäischen Armeen und die fehlende Koordination in der Rüstungspolitik zeigt Beschämendes, weit bleibt man hinter eigenen Zusagen und Verpflichtungen zurück, selbst wenn minimale Kurskorrekturen schon jetzt als Trendwende gefeiert werden. In einer Welt, in der wichtige Akteure zuerst geostrategisch denken, kann sich Europa den Verzicht auf ein solches Denken nicht leisten und muss es vielleicht neu lernen. Dafür braucht der „Softpower-Riese“ Muskeln.

Populär ist das nicht, wie auch jüngste Zahlen der Körber-Stiftung zeigen: Die Bereitschaft, größere Verantwortung zu übernehmen, bleibt im Falle Deutschlands jenseits humanitärer Missionen begrenzt.

Größte Unsicherheit herrscht etwa mit Blick auf das künftige Verhältnis zu Russland. Was, wenn die neue Regierung in Washington pragmatisch die von Moskau reklamierten Einflusszonen akzeptiert und Abstand von der bisher gemeinsamen Sanktionspolitik nimmt? Ist ein solcher Deal „starker Männer“ vorstellbar, trotz großer Vorbehalte im US-Militär, im außenpolitischen Establishment, in der amerikanischen Öffentlichkeit? Die Sorgen, Präsident Wladimir Putin könnte amerikanische Sicherheitsgarantien testen wollen, sind nicht nur im Baltikum spürbar. Realistisch erscheint das derzeit nicht, ausgeschlossen aber ebenso wenig, gerade angesichts durchaus wahrnehmbarer russischer Interessen an einer Destabilisierung der Europäischen Union und der deutschen Kanzlerin. Für das anstehende Wahljahr allemal ein Anlass für Wachsamkeit!

Eine Herausforderung bleibt, die USA und ihre neue Regierung für Engagements in multilateralen Zusammenhängen zu gewinnen und weiter für eine regelbasierte internationale Ordnung zu kämpfen. Dies fängt bei der dringend nötigen Umsetzung der Klimavereinbarungen an und hört beim gemeinsamen Engagement für die *sustainable development goals* und die entsprechende Agenda nicht auf. Bisher scheinen das keine Herzensangelegenheiten des neuen Präsidenten zu sein, entsprechend niedrig sind die Erwartungen. Der Freihandel ist ein weiterer Punkt, bei dem Vereinbarungen schwierig werden: TTIP dürfte ein ähnliches Schicksal ereilen wie TPP – das immerhin freut zumindest die Globalisierungsgegner in Europa, und die zögerlichen Befürworter finden einen Sündenbock für eigene Mobilisierungsschwäche. Eine harte Antidumpingpolitik der USA könnte gerade gegenüber China Nachahmer in Europa finden.

Für die Bewältigung der angesprochenen Aufgaben ist Deutschland allein zweifellos zu klein, es braucht eine handlungsfähige EU. Auch wenn verunsicherte Bevölkerungsgruppen in diesen Zeiten Schutz und Sicherheit zuerst von ihrem Nationalstaat erwarten, wird er überfordert. Europa kann, wenn es will und seine Mitglieder es zulassen, einen Mehrwert gerade an äußerer und innerer Sicherheit produzieren. Sein Binnenmarkt sichert Arbeitsplätze in Deutschland, Innovation und internationaler Wettbewerb – auch im Kampf um Werte – lassen sich am besten gemeinsam fördern. Als leistungsfähigster Staat der EU wird Deutschland mehr Lasten für den Zusammenhalt zu schultern haben als andere, aber Führung besteht auch in der Wahrnehmung dieser Verantwortung. 2017 als Jahr des 60. Jahrestages der Römischen Verträge ist ein Anlass, daran zu erinnern, was wir der europäischen Integration verdanken, und dafür zu kämpfen, dass ihre Zukunftspotenziale ausgeschöpft werden. Dies wäre der beste Weg, um Einfluss zu behalten und für Amerika einer starker und interessanter Partner zu bleiben.

„Dienst am Menschen, Dienst an der Gemeinschaft“

In memoriam Peter Hintze
(* 25. April 1950, † 26. November 2016)

„Zeit ist nichts, was vergeht“, schreibt der große Schweizer Literat Adolf Muschg in seinem Roman *Sax*. „Was vergeht, ist nicht Zeit, sondern wir, und mit uns alle Kreatur. Von der Veranstaltung, in der wir uns befinden, fehlen uns die Begriffe so sehr, dass wir schon die Ahnung unseres Nichtwissens mit dem Wort ‚Religion‘ bezeichnen, als wären wir dann irgendwo zuverlässig angebunden.“ Peter Hintze war zuverlässig angebunden – in seinem Glauben, der ihn im Leben leitete und der ihm angesichts des Todes Halt gab. Am 26. November 2016 ist er nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Und es ist nicht ohne Symbolkraft, dass dies die Nacht zum ersten Advent war, der am Beginn des Kirchenjahres für Hoffnung und Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Trost steht, woran der ehemalige Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, beim bewegenden Gedenkgottesdienst im Berliner Dom erinnerte.

Peter Hintze war ein Parlamentarier mit Leib und Seele, einer der erfahrensten und angesehensten Politiker, der unser Land über drei Jahrzehnte mitgestaltet hat. „Eine still prägende Gestalt der Republik“ hat man ihn in einem Nachruf genannt – es hätte ihm gefallen, und es ist nicht übertrieben. Die zwei großen Themen, die sein Leben bestimmten, Politik und Religion, hatten sich bereits früh herausgeschält. Geboren in Bad Honnef, wurde Peter Hintze nach dem Studium der Theologie zunächst Pfarrer in Königswinter. In die CDU trat er 1968 ein, ein Zeichen gegen den Zeitgeist; von 1972 bis 1974 führte er als stellvertretender Bundesvorsitzender den Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Einer größeren Öffentlichkeit wurde er in den 1980er-Jahren bekannt, als der damalige Bundesminister für Jugend und Familie Heiner Geißler

ihn zum Bundesbeauftragten für den Zivildienst berief. In dieser Funktion verstand er sich als Ansprechpartner derer, die „Dienst an der Gemeinschaft, Dienst am Menschen“ leisten.

Dem Deutschen Bundestag gehörte er über ein Vierteljahrhundert an, 1990 wurde er erstmals gewählt – in das erste gesamtdeutsche Parlament. In seiner ersten Rede im Bonner „Wasserwerk“ zur damaligen Hauptstadtdebatte beschwor er vor 25 Jahren den weiteren Bau Europas als vorrangige Aufgabe. Es blieb eines seiner zentralen Anliegen, das er später auch als langjähriger Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und der Christlich-Demokratischen Internationale nachhaltig vertrat. Die Brexit-Entscheidung im Sommer kommentierte er noch vom Krankenbett als „rabenschwarzen Tag für Europa“.

Peter Hintze bekleidete in seiner politischen Karriere zahlreiche Ämter, in Partei, Parlament und Regierung, unter anderem als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend, das zu dieser Zeit von Angela Merkel geleitet wurde, später acht Jahre im Bundeswirtschaftsministerium, zusätzlich als Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt. Helmut Kohl und Angela Merkel war er ein wichtiger, ein enger Berater, sein Wort hatte Gewicht.

Seine Wahl zum Vizepräsidenten des Bundestages zu Beginn dieser Legislaturperiode war Ausdruck der hohen Wertschätzung, die er unter den Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen über die Fraktionsgrenzen hinweg genoss. Seine bemerkenswerten Fähigkeiten, ausgleichend zu wirken und Brücken zwischen unterschiedlichen Auffassungen und Interessen zu bauen, wurden nun einer breiten Öffentlichkeit bewusst, in der viele ihn vor allem als Generalsekretär der CDU in den 1990er-Jahren in Erinnerung hatten – ein polarisierendes Amt, in dem er in zwei Bundestagswahlkämpfen, die er organisierte, auch zuzuspitzen wusste und durchaus gern die Kontroverse suchte: mal mit und mal ohne „rote Socken“. Innerparteilich trat er dabei als Modernisierer der CDU auf; so fiel etwa die Einführung eines Frauenquorums vor genau zwanzig Jahren in seine Amtszeit.

Peter Hintze war ein Mann mit Überzeugungen, der das offene Wort ebenso pflegte wie seinen rheinländischen Humor und seine Selbstironie. Wichtigster Maßstab seiner politischen Arbeit war „die Freiheit des Menschen“, verstanden als „Autonomie der Person“. „Die Selbstbestimmung ist der Kern der Menschenwürde“, betonte er immer wieder, vor allem in seinen stark beachteten Redebeiträgen zu den großen ethischen Debatten innerhalb wie außerhalb des Parlaments über Grundsatzfragen, die den Beginn und das Ende des Lebens betreffen. Hier meldete er sich als theologisch versierte und religiös geprägte, aber liberal argumentierende Stimme regelmäßig zu Wort, zuletzt und unvergessen zu den angemessenen rechtlichen Rahmenbedingungen der Sterbegleitung, in einer parlamentarischen Debatte, die von zahlreichen Beobachtern als bemerkenswert, wenn nicht gar als Sternstunde der Debattenkultur bewertet wurde.

Peter Hintze hatte eine ausgeprägte Liebe zum Leben, aber wie nur wenige andere Politiker hat er sich intensiv mit dem Sterben beschäftigt. Bei Fragen im Grenzbereich von Leben und Tod pochte er auf seine persönliche Gewissensentscheidung gegenüber der Mehrheitsmeinung der Fraktion. Dass die Antworten bei dieser existenziellen Frage

zwischen Leben und Tod unterschiedlich ausfallen können, gehörte für ihn „zur evangelischen Freiheit“; streitbar war er, der gläubige Christ, eben auch in seinem Glauben und im Umgang mit seiner Kirche. „Zwei zentrale Gebote tragen unsere Werteordnung“, rief er im Juli 2015 in Erinnerung, „das Gebot der Menschenwürde und das Gebot der Nächstenliebe.“ Und auch wenn er so aus einem christlichen Grundverständnis heraus argumentierte, stellte er – abweichend von der Haltung der Kirchen – aus seiner Sicht klar: „Leiden im Sterben ist sinnlos.“ Eine Gottesvorstellung, die einen Todkranken leiden lasse, sei ihm fremd, präzisierte er diese Auffassung einmal, und dass aus dem Schutz des Lebens „kein Zwang zum Quatod“ abgeleitet werden dürfe.

Auch als er selbst längst sterbenskrank war, hat er dieses Schicksal mit bewundernswerter Haltung ertragen, ohne jede erkennbare Verbitterung. Und solange es ihm überhaupt möglich war, hat er auch vom Krankenbett aus an politischen Entwicklungen und Entscheidungen Anteil genommen.

Freundschaft, Loyalität und Treue bedeuteten Peter Hintze viel – in der Politik genauso wie im übrigen Leben. Das zeichnete ihn als Menschen aus – und das wird vielen, die in ihm einen einfühlsamen Zuhörer, klugen Ratgeber und guten Freund hatten, ebenso in Erinnerung bleiben wie die Lebensleistung eines Politikers, der seinem Land gedient hat und dabei stets mit Nachdruck auch für die europäische Idee eingetreten ist. Die große Anteilnahme an seinem viel zu frühen Tod macht es deutlich: Der Politiker wie der Mensch Peter Hintze wird uns sehr fehlen.

Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages

Der Stiftung auf das Engste verbunden

Zum Tode von Roman Herzog
(* 5. April 1934, † 10. Januar 2017)

Am 10. Januar 2017 verstarb Bundespräsident a. D. Professor Dr. Roman Herzog. Er war eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die unser Land maßgeblich geprägt und gestaltet hat. Tief verwurzelt im christlichen Glauben, hat Roman Herzog jahrzehntelang Verantwortung in Staat und Gesellschaft übernommen, in vielen gesellschaftlichen und politischen Ämtern unserem Vaterland gedient und sich dabei bleibende Verdienste erworben.

Roman Herzog: Staatsrechtler, Politiker, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes – und unser Staatsoberhaupt. Eine unabhängige Persönlichkeit mit großer Erfahrung, mit Selbstironie und tiefgründigem Humor.

Geboren 1934 in Landshut und in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen, macht er 1953 als Jahrgangsbester sein Abitur und studiert in München Rechtswissenschaft. Als Assistent von Theodor Maunz promoviert er und habilitiert sich. Er heiratet 1958 seine erste Frau Christiane und sie bekommen die beiden Söhne Markus und Hans-Georg. Nach dem Tod von Christiane Herzog im Jahre 2000 heiratet Roman Herzog die verwitwete Alexandra von Berlichingen. Schon 1965 folgt er dem Ruf an die Freie Universität Berlin und wechselt 1969 an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften nach Speyer. In diesem Jahr lernt er den jungen Politiker Helmut Kohl kennen und tritt 1970 in die CDU ein. Sein politischer Weg führt ihn unter den Ministerpräsidenten Kohl und Bernhard Vogel als Staatssekretär und Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund nach Bonn.

Der gläubige Christ Herzog ist von 1971 bis 1980 Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und seit 1972 ordentliches Mitglied der Synode der EKD. Von 1978 bis 1983 ist er Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

1978 wird er Minister für Kultus und Sport in Baden-Württemberg. Der Minister Herzog schreibt anonym an einem Stuttgarter Gymnasium 1980 mit Bravour die lateinische Abiturarbeit aus Seneca mit, um die Bedeutung des Faches zu unterstreichen. Für ihn war immer wichtig: „Bildung muß weit angelegt sein. Sie muss sich auf den Menschen in seinen jeweiligen Verstehenshorizonten in seiner jeweiligen Zeit konzentrieren. Und sie muß vor allen Dingen auf die Titelseite“, so Annette Schavan. Diesem Anspruch fühlte er sich über sein Wirken als Kultusminister in Baden-Württemberg hinaus stets verpflichtet.

1980 wird er Innenminister von Baden-Württemberg und erwirbt rasch Profil mit dem ihm eigenen Streben nach „klaren Linien“ in der Sicherheits- und Rechtsstaatspolitik. Er setzt sich für die Ausrüstung der baden-württembergischen Polizei mit Gummiwuchtgeschossen und CS-Reizgas ein, das er zuvor mit zwei Beamten im Selbstversuch getestet hat.

1983 wird Herzog Vizepräsident und Vorsitzender des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes, dessen Präsidentschaft er 1987 übernimmt. In den Diskussionen um den Einigungsvertrag und die Änderungen des Grundgesetzes schließt er eine Totalrevision des Grundgesetzes aus, hält aber eine Generalüberholung für diskutabel. Auch die Diskussionen über das Asyl- und Einwanderungsgesetz und die folgenden Änderungen dieses Gesetzes sowie die Rentenregelung für „Trümmerfrauen“ fallen in seine Amtszeit.

Am 23. Mai 1994 wählt die erste gesamtdeutsche Bundesversammlung Roman Herzog zum siebten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Im August 1994 reist er zum Staatsbesuch nach Polen anlässlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes. Im Bewusstsein, „der Vergebung bedürftig zu sein, aber auch zur Vergebung bereit“, ruft er in seiner Rede zur Verständigung und Versöhnung der beiden Völker auf.

In seinen Reden mahnt Herzog, die Missstände in Staat und Gesellschaft deutlich zu benennen und die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. So wird der 27. Januar auf seine Initiative hin alljährlich als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (Holocaust-Gedenktag) begangen.

Er selber hat als Kind miterlebt, wie Häftlinge eines KZ-Außenlagers durch seine Heimatstadt getrieben wurden: „Das sind Dinge, die einen bis ans Lebensende beherrschen und die einen absolut sicher machen gegen den Mißbrauch von Staatsgewalt, im übrigen auch gegen den Mißbrauch von Freiheit.“

Herzog bemüht sich sehr, zur Integration der Bürger der alten und der neuen Länder beizutragen. Auf zahlreichen Reisen machte er sich ein genaueres Bild der Situation in den neuen Ländern.

Die Nutzung moderner Medien mit dem Ziel, gesellschaftliche Debatten anzustoßen und die politische Tagesordnung zu bestimmen, ist ein deutliches Zeichen der Präsidentschaft Herzogs. Am 26. April 1997 hält er im Hotel Adlon die berühmte „Berliner-Rede“. Mit dieser Ansprache fordert er die Deutschen auf anzupacken: „Durch Deutschland muß ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen.“

Roman Herzog war ein deutscher Patriot und zugleich ein überzeugter Europäer. Er war kein Nationalist, der nur auf Deutschland schaut, sondern er hat immer den Blick geöffnet für die europäischen Zusammenhänge, für die Einheit unseres Kontinents, und das ist das, was bleibt und was der Auftrag für die Zukunft ist, was wir verwirklichen müssen: die Einheit unseres Kontinents, in dem auch die Mitgliedstaaten, die einzelnen Nationen ihre Bedeutung behalten. Er hat den europäischen Einigungsprozess nachhaltig beeinflusst. Wie oft hörten wir ihn sagen: „Solidarität braucht Subsidiarität. Subsidiarität stärkt die Solidarität in Europa.“ Als Vorsitzender des Europäischen Grundrechte-Konvents hatte er maßgeblich Anteil an der europäischen Einigung. Roman Herzog glaubte an Europas Zukunft in „Einheit in Vielfalt“.

Für sein unermüdliches Eintreten für die Verständigung und Friedenswahrung in Europa wird ihm am 8. Mai 1997 der Internationale Karlspreis zu Aachen verliehen. In seiner Laudatio beschreibt der spanische König Juan Carlos ihn wie folgt: „Ich fühle mich persönlich von seiner eigentümlichen Art angezogen, seiner Begeisterung für große Ideen, letztendlich seinen Idealismus mit einem unbestrittenen und notorischen Pragmatismus in Einklang zu bringen. Von wohlwollendem und entspanntem Gemüt, selbstsicher, voller Geistesgegenwart gegenüber den Schwierigkeiten sowie menschlicher Wärme angesichts der Probleme Dritter, bietet Roman Herzog uns allen ein lebendiges und nachahmenswertes Beispiel für das erreichbare Maß an Reife bei der Verrichtung öffentlicher Aufgaben.“

Wer Roman Herzog begegnen und reden hören durfte, erlebte einen Menschen, der in die Tiefe der Zeit und die Weite des Raumes dachte und seinen Gedanken ausgesprochen bildhaft und unverschnörkelt Ausdruck verlieh. Diese Eigenschaft machte ihn in der Bevölkerung beliebt und geachtet.

Als langjähriges Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender des Kuratoriums war Roman Herzog der Konrad-Adenauer-Stiftung auf das Engste verbunden. Er hat uns viele Impulse und Anregungen für unsere Arbeit gegeben und neue Wege aufgezeigt. Sein Engagement und sein Rat werden uns fehlen!

Hans-Gert Pöttering

*Präsident des Europäischen Parlaments a. D.,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Orte der Erinnerung

Der Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung
zur Bewahrung jüdischen Kulturguts in Osteuropa

Es ist für mich einer der einprägsamsten Momente in einem gewiss von vielen Eindrücken geprägten Jahr 2016: Wir stehen Mitte November auf dem bereits tief verschneiten jüdischen Friedhof im westukrainischen Sdolbuniw. Zalman Shneyerson, der Rabbiner der Region Riwna, spricht bedächtig eines der traditionellen jüdischen Gebete. Die Gruppe der Anwesenden rückt nah zusammen und gedenkt derer, deren Grabsteine teils verwittert sind, aber auch ihrer Nachkommen, die aufgrund der schrecklichen historischen Ereignisse die Grabstätten nicht mehr pflegen konnten. Oft sind die hebräischen Schriftzeichen kaum mehr erkennbar – sie sind verblasst, wie lange Zeit auch die Erinnerung an die mannigfaltige jüdische Vergangenheit der Region. Doch damit sei es – Gott sei Dank – nun vorbei, freut sich Shneyerson und wertet die gerade abgeschlossenen Restaurierungsarbeiten auf dem Friedhof als ein Zeichen dafür. Erst vor einigen Jahren war er aus Israel in die Region Riwna gekommen, weil es dort keinen Rabbiner mehr für die Gemeinden gegeben hatte.

Unser Besuch auf dem jüdischen Friedhof in der Westukraine war keine Routine, sondern markierte eine wichtige Etappe eines einzigartigen

Projekts jenseits des Stiftungsalltags. In Kooperation mit der *European Jewish Cemeteries Initiative* (ESJF), der Initiative für jüdische Friedhöfe, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Jahren 2015/16 zur Restaurierung zahlreicher jüdischer Friedhöfe in Osteuropa beigetragen. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in der Ukraine, wo Juden vor dem Zweiten Weltkrieg in vielen Städten die Mehrheit der Bevölkerung stellten und 1,5 Millionen Juden in den Jahren 1941/42 dem nationalsozialistischen Vernichtungswillen zum Opfer fielen. Über siebzig Jahre später waren viele dieser Friedhöfe noch immer völlig verwahrlost. Die Idee zur Restaurierung hatte eine Gruppe um den ehemaligen israelischen Außen- und Justizminister Jossi Beilin. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble fand das Projekt derart überzeugend, dass er während der Pilotphase eine Million Euro aus dem Bundeshaushalt zusagte und das Auswärtige Amt mit der Projektverwaltung beauftragte. Dessen Suche nach möglichen Kooperationspartnern führte schließlich zur Konrad-Adenauer-Stiftung – langjährige Partner wie das *American Jewish Committee* hatten uns empfohlen.

In der Tat hatte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung bisher nie an der baulichen Erhaltung religiöser Gedenkstätten beteiligt. Aus meiner Zeit als Auslandsmitarbeiter der Stiftung in Jerusalem war mir aber in Erinnerung geblieben, wie wichtig und teilweise auch umstritten im Judentum Fragen der richtigen Pflege und Instandhaltung von Friedhöfen sind. Gleichzeitig war uns bewusst, dass die Orientierung an unserem Namensgeber gleichsam Wesenskern der Stiftung ist. Konrad Adenauer steht bekanntlich wie kaum ein anderer für die Aussöhnung Deutschlands mit Israel und für die Wahrnehmung unserer historischen Verantwortung für die millionenfache Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten: „Wir mußten das Unrecht, das den Juden angetan worden ist von den Nationalsozialisten, soweit gutmachen, wie das irgend möglich war“, erinnerte er sich später. Es ist dieser Geist Adenauers, in dem wir uns seit Langem für die Intensivierung der deutsch-israelischen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen weltweit einsetzen. Daher war es in diesem außergewöhnlichen Fall für die Stiftung ein besonderes Anliegen, sich zu engagieren und die jüdischen Gemeinden bei der Erhaltung ihrer Friedhöfe zu unterstützen – können wir dadurch doch die historische Erinnerung an das einst weitgehend zerstörte jüdische Leben in der Ukraine wachhalten.

Doch waren die Arbeiten in Borodjanka, Kaniw, Koselez, Ostroh, Ruske und anderen Kommunen nicht immer einfach: Verschiedene rituelle und religiöse Vorschriften machten es notwendig, Rabbiner hinzuzuziehen, um die Festlegung der Friedhofsgrenzen bei der Konstruktion der Mauern zu überwachen. Dabei sind unsere Stiftungskollegen vor Ort natürlich keine Experten für Baufragen. Die Errichtung und Konstruktion der Zäune und Eingangstore übernahm deshalb ein ukrainisches Ingenieurbüro. Außerdem schloss mit jeder Kommune, in der sich die Friedhöfe befinden, ein

einheimischer Jurist Verträge für deren Pflege und Instandhaltung ab. Bei den politischen Gesprächen mit den Kommunalverwaltungen waren die Netzwerke der Stiftung vor Ort allerdings wieder stark gefragt. Und unsere Arbeit scheint Früchte zu tragen: Der bisherige Projektpartner ESJF und die Vereinigung der jüdischen Organisationen und Gemeinden der Ukraine führen das Projekt mittlerweile eigenständig weiter.

Auf dem Rückweg nach Kiew machen wir in der Musikschule des Ortes Sdolbuniw halt. Der karge Raum ist bis auf den letzten Platz gefüllt, viele Bewohner des Ortes sind gekommen, Juden und Christen gleichermaßen. Sie alle tragen dicke Winterkleidung, die Raumtemperatur unterscheidet sich kaum von der in der verschneiten Außenwelt. Doch als uns ein Chor älterer Damen voller Inbrunst alte jüdische Volksweisen vorträgt, wird es uns „warm ums Herz“. Nach meiner kurzen Ansprache kommt Ilja Klebaner auf mich zu. Dem älteren Herrn steht das entbehrungsreiche Leben in der Westukraine ins Gesicht geschrieben. Einen jüdischen Gottesdienst könne man hier schon lange nicht mehr feiern, winkt er ab. Mir wird klar, dass es in dem Ort nicht einmal mehr zehn männliche Gläubige gibt, was nach jüdischer Glaubenslehre Voraussetzung zur Abhaltung eines Gottesdienstes ist. „Aber dank der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Restaurierung unseres jüdischen Friedhofes hier haben wir nun wieder einen Ort der Erinnerung an unsere reiche jüdische Kultur“, sagt er zum Abschied.

Gerhard Wahlers

*Stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung
Europäische und Internationale Zusammenarbeit,
von 1994 bis 1996 Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel*

Daniel Nivel kann den Tätern nicht verzeihen, die 1998 bei der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich brutal auf ihn einprügelten. Mit schweren Kopfverletzungen lag der französische Gendarm damals sechs Wochen lang im Koma und ist seitdem schwerbehindert. Es waren deutsche Hooligans, die ihm das antaten. „Wir sind wieder einmarschiert“, hatten sie vor dem Gewaltrausch gebrüllt.

Nationale Ressentiments blieben Daniel Nivel dennoch fremd. Er gab seinen Namen für eine Stiftung, die von der FIFA und der UEFA sowie dem deutschen und dem französischen Fußballverband finanziert wird – mit dem Schwerpunkt: Abbau von Feindbildern zwischen Fans und Polizei.

Das Foto zeigt Daniel Nivel und seine Frau Lorette 2016, wie sie ein Trikot mit den Autogrammen der deutschen Nationalspieler entgegennehmen. Überreicht wird es von Reinhard Grindel, dem Präsidenten des DFB und Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Die nächste Ausgabe erscheint im April 2017
zum Thema

Demokratie

Vertrauen in die Zukunft

Hierzu schreiben unter anderen Roland Jahn, Volker Kauder,
Angelika Nußberger und Arne Schönbohm.

IMPRESSUM

Nr. 542, Januar/Februar 2017, 62. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering
und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsrat

Alexander Brakel, Ulrike Hospes,
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Fotowettbewerb

Vertrauen in die Zukunft

Deutschland ist ein starkes Land in der Mitte Europas. Deutschland hält an dem europäischen Gedanken fest und übernimmt Verantwortung. Deutschland kann mit Vertrauen in die Zukunft sehen. Gleichzeitig stellen sich erhebliche wirtschaftliche, soziale, kulturelle Herausforderungen, in denen Deutschland mit Weltoffenheit, Dynamik und neuen Ideen bestehen kann.

Wer?
Alle von 14 bis 29 Jahre

Warum?
1. Preis: 1.500 EUR
2. Preis: 1.000 EUR
3. Preis: 500 EUR
sowie zahlreiche Sachpreise

Wie?
Weitere Infos unter:
www.kas.de/fotowettbewerb
Einsendeschluss: 30. April 2017

Was?
Bringt Eure Ideen zum Fotowettbewerb „Vertrauen in die Zukunft“ ins Bild!


Als Portrait, Inszenierung, Collage, Schnappschuss oder Dokumentation: Jeder fotografische Beitrag ist bei unserem Wettbewerb willkommen.

Wir danken der Civitas-Bernhard-Vogel-Stiftung für die großzügige finanzielle Unterstützung.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Foto: © deyanggeorgiev / photocase.de



Mittelstandsbank

Weil wir die beste Bank für den Mittelstand bleiben wollen.

Die Mittelstandsbank der Commerzbank arbeitet auch weiterhin hart daran, Unternehmen erfolgreich zu begleiten: mit individuellen Finanzierungslösungen, kompetenter Beratung anhand der Wertschöpfungskette, detaillierter Markt- und Branchenkenntnis im In- und Ausland – alles aus einer Hand. Überzeugen Sie sich selbst von unserem Angebot.

www.commerzbank.de/mittelstandsbank

COMMERZBANK

Die Bank an Ihrer Seite

